

Als Hamburger Werkstatt für Erwerbsbeschränkte 1920 gegründet, vereinigen die Elbe-Werkstätten heute die vormals drei Werkstattträger unter einem Dach. Es war und ist ein langer Weg, um das Bewusstsein für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung in der Gesellschaft zu erreichen. Das Buch zeichnet die Geschichte der Elbe-Werkstätten nach, die seit 100 Jahren Wirkungsstätte und Interessensvertreter für Menschen mit Behinderung sind.

Nicht über uns ohne uns – das war und bleibt das Motto für Menschen mit Behinderung für die Gleichstellung in allen Lebenslagen.



Von der Segregation zur Inklusion

100 Jahre
ELBE-WERKSTÄTTEN

Von der Segregation zur Inklusion

1920 – 2020
100 Jahre
Elbe-Werkstätten

Sven Tode

100 Jahre
ELBE-WERKSTÄTTEN

Sven Tode

Elbe-Werkstätten 1920 – 2020
Von der Segregation zur Inklusion

Inhalt

Vorworte	4
Chronik der Hamburger Werkstätten	
Prolog	8
1920 – 1945:	
Arbeit ist die beste Wohlfahrt	11
1946 – 1973:	
Erwerbsbeschränkte am Rande der Gesellschaft	31
1974 – 1994:	
Der Kampf für die Integration	43
1995 – 2020:	
Auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft	71



Die Werkstätten	93
Abteilungen	94
Standorte	95
Arbeitsbereiche im Fokus	98



Ausblick in die Zukunft	109
Danksagung	126



Sehr geehrte Damen und Herren,



vor hundert Jahren wurden die heutigen Elbe-Werkstätten durch den Hamburger Senat gegründet. Heute können wir sagen: Sie sind eine Erfolgsgeschichte!

Die Elbe-Werkstätten sind mit Menschen erfolgreich. In unterschiedlichen Rechts- und Organisationsformen sind die Werkstätten mit großer Kontinuität ein verlässliches Angebot für Menschen mit Behinderungen, deren Angehörige, Leistungsträger und -erbringer und weitere Akteure aus dem Sozialwesen. Heute sind die Elbe-Werkstätten mit derzeit rund 3100 Beschäftigten die größte Werkstatt für Menschen mit Behinderung im gesamten Bundesgebiet. Die Elbe-Werkstätten sind gewiss kein herkömmliches Unternehmen, aber gleichwohl auch unternehmerisch erfolgreich – und zwar mit und durch Sie, die im Unternehmen tätig sind. Passgenaue berufliche Qualifizierungsplätze in-

nerhalb und außerhalb der Werkstatt, fachliche Begleitung und pädagogische Unterstützung greifen ineinander, um die Beschäftigten in den Mittelpunkt zu stellen. Ziel ist die Qualifizierung und Eingliederung in den beruflichen Alltag – auch im allgemeinen Arbeitsmarkt.

Die Elbe-Werkstätten machen Menschen erfolgreich. Für viele Menschen führt der Weg zur Teilhabe am Arbeitsleben über die Elbe-Werkstätten. Es geht dabei, das versteht sich fast von selbst, um weitaus mehr als einen Beitrag zum Broterwerb: Gebraucht zu werden, mitmachen und mitbestimmen zu können, selbst Verantwortung zu übernehmen – das schafft Selbstwirksamkeitserfahrungen, stiftet Identität und stärkt Persönlichkeiten. Das Ziel der Integrationsbegleitung und Qualifizierung bei „Elbe“ ist der Übergang auf einen Arbeitsplatz, der so arbeitsmarktnah wie möglich ist und zugleich den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Beschäftigten entgegenkommt. Dafür kann es ganz unterschiedliche Formen geben – von der Tätigkeit direkt in der Werkstatt, über Außenarbeitsplätze bis hin zum Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Mit dem Budget für Arbeit gibt es dafür einen Anreiz, der es für Unternehmen attraktiv macht, solche Möglichkeiten zu bieten, und künftig weitere Chancen eröffnen wird.

Die Elbe-Werkstätten sind in Hamburg erfolgreich. Aus unserer Stadt sind Sie nicht wegzudenken. In den unterschiedlichsten Bereichen – von Verpackung und Konfektionierung über Elektro und Montage, von Papier und Digitalisierung über Gastronomie bis hin zu Gartenbau sowie Holz, Metall und Textil – werden Dienstleistungen erbracht und wird produziert. Viele hundert namhafte Unternehmen in der Metropolregion Hamburg gehören zu den Kunden der Elbe-Werkstätten GmbH, häufig bereits in einer langjährigen Partnerschaft. Für viele gehört die Zusammenarbeit mit den Elbe-Werkstätten einfach dazu. Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft ist dieses ein wichtiges Zeichen von Anerkennung und Wertschätzung. Eine wichtige Rückmeldung ist dabei, dass trotz mancher Unterschiede in der Betriebsorganisation sich die Zusammenarbeit so gestaltet, wie mit anderen Betrieben auch: verlässlich und professionell!

Hundert Jahre alt zu werden – das ist nicht nur ein Anlass, zurückzublicken, sondern auch nach vorn. Die Elbe-Werkstätten, ihre Beschäftigten und Partner haben jeden Anlass zu einem optimistischen Blick in die Zukunft. Sie sind fest in unserer Stadt verankert und leisten einen wichtigen Beitrag für ein gelungenes, selbstbestimmtes Leben. Das alles gelingt nur mit Freude an der Sache und einer den Menschen zugewandten Haltung – beides zeichnet die Elbe-Werkstätten aus. Für das Engagement in Ihrer täglichen Arbeit möchte ich Ihnen herzlich danken und gratuliere Ihnen allen im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg zum Jubiläum.

Ich wünsche Ihnen viele weitere erfolgreiche Jahre!

Ihre

Dr. Melanie Leonhard (Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration)

100 Jahre Elbe-Werkstätten!



Betrachtet man die Meilensteine der geschichtlichen Entwicklung von der vor einhundert Jahren gegründeten Hamburger Werkstatt für Erwerbsbeschränkte bis zur heutigen Elbe-Werkstätten GmbH wird deutlich, welche tiefgreifenden organisatorischen und standortbezogenen Veränderungen das Unternehmen bis heute durchlaufen hat.

In meiner Zeit als Aufsichtsratsvorsitzende ist mir klar geworden: Mit der Zeit gehen, das können die Elbe-Werkstätten!

Diese Anpassungsfähigkeit hat das Unternehmen erfolgreich gemacht. Es verfügt heute über eine Vielfalt von Arbeitsangeboten, die dazu führen, dass sich Menschen mit Behinderung auch außerhalb Hamburgs mit gutem Grund für die Elbe-Werkstätten entscheiden.

Durch eine Vielzahl von Kooperationen mit Hamburger Firmen baut das Unternehmen das Angebot an Außenarbeitsplätzen kontinuierlich aus – schon jetzt arbeitet fast ein Drittel der Beschäftigten auf Arbeitsplätzen außerhalb der Werkstätten – und eröffnet ihnen dadurch zahlreiche positive Entfaltungsmöglichkeiten.

Und dieser kontinuierliche Anpassungs- und Veränderungsprozess geht weiter!

Die bestehenden Arbeitsangebote verändern sich. Es werden zum Beispiel digitale Hilfsmittel in die Arbeitsabläufe integriert, die es auch Menschen mit stärkeren Beeinträchtigungen ermöglichen, komplexere Arbeiten durchzuführen.

Auch das Bundesteilhabegesetz stößt Veränderungen an. So schafft es die Möglichkeit für weitere Anbieter, Leistungen im Tätigkeitsfeld der Elbe-Werkstätten anzubieten.

Für die Elbe-Werkstätten gilt es daher, ihre große Vielfalt und hohe Attraktivität der Arbeitsangebote aufrecht zu erhalten und kontinuierlich weiter zu entwickeln, um ihren Platz im zunehmenden Wettbewerb bewahren zu können.

Und auch Standortfragen werden die Elbe-Werkstätten weiter begleiten.

Werden aufgrund der stetigen Zunahme der Außenarbeitsplätze noch alle Standorte im bestehenden Umfang benötigt?

Sind die Standorte attraktiv genug? Welche Modernisierungen sind in welchem Umfang notwendig?

Die Antworten auf diese Fragen werden das Unternehmen weiter verändern hin zu einem Ort, an dem Menschen mit und ohne Behinderung auch in Zukunft gerne und erfolgreich zusammenarbeiten.

Denn wie bereits erwähnt: Mit der Zeit gehen, das können die Elbe-Werkstätten!

Liebe Elbe-Werkstätten, man sieht Ihnen Ihr Alter gar nicht an! Alles Gute für die nächsten 100 Jahre!

Ihre


Angelika Grubert

Aufsichtsratsvorsitzende der Elbe-Werkstätten GmbH



Ich gratuliere der Elbe-Werkstätten GmbH herzlich zum 100. Geburtstag. Denn das bedeutet ein Jahrhundert Unterstützung und Förderung von Menschen mit verschiedensten Behinderungen im Hamburger Raum.

Und ich bin stolz, ein Teil dieser Geschichte zu sein – die für mich spannend und herausfordernd war: Mit der verlorenen Wahl der SPD 2009 ging meine Zeit als Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zu Ende und ich trat im Februar 2010 meine neue Stelle als Geschäftsführer bei der Pier Holding GmbH an. Diese war die 100%ige Gesellschafterin der Elbe-Werkstätten, der Hamburger Werkstatt und der Winterhuder Werkstätten. Alle Werkstätten befanden sich in einem extrem schwierigen wirtschaftlichen Fahrwasser. Um die Zukunft der Werkstätten zu sichern,

haben wir innerhalb eines Jahres die Werkstätten zur Elbe-Werkstätten GmbH fusioniert. Der Weg war richtig und notwendig, aber nicht leicht: Wir haben einige Bereiche geschlossen, die uns wirtschaftlich zu schaffen machten, auch haben wir unseren Personalbestand reduziert, ohne – und das war stets die oberste Prämisse – dass einer unserer Beschäftigten arbeitslos wurde.

Erwähnen möchte ich auch, dass wir Vorreiter waren, als wir – damals nämlich noch ohne gesetzliche Grundlage – das Budget für Arbeit eingeführt haben und so vielen Menschen mit Behinderungen eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen konnten.

Im März 2011 wurde ich zum Senator und Präses der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration berufen und ich verließ die Elbe-Werkstätten. Dort und auch jetzt als Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit profitiere ich von meiner Zeit und dem damals erworbenen Wissen rund um das SGB IX und denke gerne an die Zeit zurück.

Den Elbe-Werkstätten wünsche ich, dass sie auch in den kommenden Jahren weiterhin viele Menschen wirkungsvoll auf ihrem beruflichen Weg begleiten kann – getreu ihrem Motto „Mit Menschen erfolgreich“.

Detlef Scheele

Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit

Liebe Leserinnen und liebe Leser,



wenn uns etwas prägt, so sind es die vielen kleinen Geschichten, die sich im Laufe der Zeit unseres Lebens ereignen. Die Geschichten, die wir im Privaten, bei unserem Engagement in Vereinen, Kirche und Politik und nicht zuletzt in der Arbeitswelt erleben, fügen sich zur Geschichte einer Stadt, eines Vereins oder eines Unternehmens zusammen. Und über 100 Jahre Geschichte eines wirklich besonderen Unternehmens wollen wir in dieser Festschrift erzählen.

Am 1. August 1920, die Folgen des 1. Weltkrieges waren noch hautnah spürbar, gründete das Hamburger Arbeitsamt die Hamburger Werkstatt für Erwerbsbeschränkte. In erster Linie sollten Beschäftigungsmöglichkeiten für Invaliden des Ersten Weltkrieges geschaffen werden. Im Laufe der Jahre entwickelte sich das Unternehmen immer mehr zu einer Werkstatt für Menschen mit kognitivem und

körperlichem Assistenzbedarf sowie für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.

In Hamburg bildeten sich neben einer diakonischen drei stadtnahe Werkstätten für Menschen mit Behinderung: Aus der ursprünglichen Hamburger Werkstatt für Erwerbsbeschränkte wurde die Hamburger Werkstatt. In den späten fünfziger Jahren wird die Keimzelle der Winterhuder Werkstätten in der Richardstraße in Eilbek eingeweiht, und aus deren Dependancen in Harburg, Altona und Bergedorf wurden schlussendlich 1986 die Elbe-Werkstätten gegründet. Im Zuge der Fusion 2011 wurden die drei stadtnahen Werkstätten unter dem Dach der Elbe-Werkstätten gewissermaßen wiedervereint. Es entstand mit 3.100 Beschäftigten und Teilnehmern der größte Werkstattträger in Deutschland. Aber Größe allein sichert nicht die Zukunft eines Unternehmens. Vielmehr folgte eine umfangreiche inhaltliche, organisatorische und wirtschaftliche Neuausrichtung. Die Elbe-Werkstätten verstanden und verstehen sich seit nun an als Wegbereiter der Inklusion und wollen die Autonomie und Selbstbestimmung im beruflichen Leben von Menschen mit Behinderung erweitern. Nicht mehr die Fürsorge, sondern die Befähigung zur Teilhabe am Arbeitsleben möglichst nahe am allgemeinen Arbeitsleben bestimmt das Handeln der neuen Elbe-Werkstätten. Die Zahl der ausgelagerten Arbeitsplätze bei Kooperationspartnern der Wirtschaft und der öffentlichen Hand wurde deutlich ausgeweitet, und mit dem Hamburger Budget für Arbeit wurden die Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt nachhaltig erhöht.

Was wäre, wenn es die Elbe-Werkstätten nicht gäbe? Diese Frage haben wir verschiedene Wegbegleiter, die die heutigen Elbe-Werkstätten als Aufsichtsrat, Geschäftsführer oder Betriebsrat mitgeprägt haben, gefragt. Lesen Sie die Kurzstatements auf Seite 104. Auch die Werkstatt-beschäftigten kommen mit ihren Eindrücken zu Wort.

Wie wird sich die Zukunft der Werkstätten gestalten? Wie kann die Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention nach einem ungehinderten Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt erfüllt werden? Wird es in 100 Jahren noch Werkstätten geben? Sollten diese sich bis dahin nicht in einer dann inklusiven Arbeitswelt überflüssig gemacht haben? Auf Seite 110 wird der Versuch unternommen, auf diese Fragen Antworten zu finden und hierüber eine unvoreingenommene Diskussion anzuregen. Die Gesellschaft und die Werkstätten stehen vor großen Herausforderungen, um die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen nachhaltig an der von Nichtbehinderten anzugleichen, und es bleibt keine Zeit, sich auf den Erfolgen der Vergangenheit auszuruhen. Nur so können wir weiterhin „Mit Menschen erfolgreich“ sein!

Ich wünsche Ihnen viele neue Erkenntnisse beim Lesen dieser Festschrift und danke allen, die an dieser Festschrift mitgewirkt haben.

Rolf Tretow

Sprecher der Geschäftsführung Elbe-Werkstätten

Prolog

Behindert – krank, heilig, anders? Vom Umgang miteinander

Was ist eigentlich eine Behinderung? Wie gingen Gesellschaften in der Vergangenheit mit Menschen mit Behinderung um? Wie hat sich dieser Umgang bis in die heutige Zeit entwickelt? ‚Behindert‘ war den Menschen im Mittelalter ein völlig unbekannter Begriff. Damals war die Rede von ‚Buckligen‘, ‚Kranken‘ und ‚Gebrechlichen‘. Früher nahmen Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen vor allem in zweierlei Weise am gesellschaftlichen Leben teil: Sie spielten zur Belustigung der Fürsten den Narren oder stellten sich auf Jahrmärkten zur Schau. Der kleinwüchsige Perkeo zum Beispiel war noch Anfang des 18. Jahrhunderts ‚Hofzwerg‘ beim Kurfürsten Karl III. Philipp von der Pfalz und hütete das berühmte Große Fass von Heidelberg. Schon im Mittelalter zeigte sich ein anderer Weg der Besonderung von Menschen mit Behinderung. Zuweilen wurden sie als Heilige verehrt, die von Gott mit einer besonderen Gabe gesegnet wurden: Der blinde Musiker Conrad Paumann, der um 1410 in Nürnberg geboren wurde, erlangte aufgrund sei-

nes außerordentlichen musikalischen Talents weit über seine Heimatstadt hinaus große Berühmtheit. Er wurde 1450 vom Herzog Albrecht III. von Bayern als Hoforganist angeworben und in Italien sogar als „wundersamer Blinder“ („cieco miracoloso“) angehimmelt.

Doch der Umgang mit Behinderten war nicht immer freundlich: Nach der christlich-jüdischen Lehre wurde Menschen mit Behinderung eine teuflische Besessenheit nachgesagt. Dem Aberglauben nach soll der Teufel selbst das „seelenlose Fleisch“ (massa carnis) in die Wiege gelegt haben. Christen sahen Krankheiten und Behinderungen wie Lähmungen oder ‚Schwachsinn‘ als eine Strafe Gottes für begangene Sünden. Diese Auffassung teilte auch der Reformator Martin Luther: Er empfahl, „Wechselbälger“ und „Kielkröppe“ schlichtweg zu ertränken. Aber auch antik-heidnische Quellen zeugen bereits vom Glauben daran, dass äußerlich erkennbare Behinderungen auf einen ‚schändlichen‘ Charakter schließen lassen. Menschen mit Behinderung

wurden rechtlich schlechter gestellt und waren auf Betteln oder die Aufnahme in ein Kloster angewiesen. Die Erwerbsethik der Protestanten sorgte dafür, dass sich die Situation der Menschen mit Behinderung noch verschlimmerte: Während das Streben nach Reichtum im vorreformatorischen Europa noch als sündig galt, wurden nach der Reformation ein erfolgreiches Arbeitsleben und Reichtum als Zeichen dafür gesehen, dass Gott dem tüchtigen und erfolgreichen Menschen gnädig ist. Erfolgreiches Arbeiten für das Seelenheil.

Was bedeutete dieser Bedeutungswandel für Menschen mit Behinderung? Im Grunde genommen wurde ihre gesellschaftliche Sonderstellung noch verstärkt: Zunehmend erfolgte gesellschaftlich wie politisch eine Einteilung in ‚vollwertige‘ und ‚minderwertige‘ Teile der Gesellschaft. Menschen, die nur eingeschränkt arbeitsfähig war, wurden als geringwertig, sogar als Last empfunden. Ein häufiges Argument war, dass die Fürsorge für die Allgemeinheit hohe Kosten verursache – einmal mehr offenbart sich hier das Gewinnstreben der Zeit. Dieses gesellschaftliche Stigma stürzte auch bekannte Persönlichkeiten wie beispielsweise Ludwig van Beethoven in tiefe Krisen: Ab 1800 begann er sein Gehör zu verlieren; daraufhin haderte er mit sich selbst und wandte sich zunehmend von seinen Mitmenschen ab.

Ein Freund Friedrich Hölderlins berichtete beispielhaft: „Ich besuchte Hölderlin im Klinikum und bedauerte ihn sehr, daß ein so schöner Herlicher Geist zu Grund gehen soll.“

Der erstarkende Kapitalismus seit dem frühen 19. Jahrhundert verfestigte die Überzeugung, Menschen mit Behinderungen seien ‚minderwertig‘, sobald sie nicht voll arbeitsfähig waren. Obgleich besonders bedürftig, hatten sie keinen Anspruch auf medizinische Leistungen. Dies zeigt in erschreckendem Ausmaße, wie stark die damalige Gesellschaft Menschen in Gruppen einteilte und Menschen mit Behinderungen an den Rand drängte. Mit der Industrialisierung und der Zeitmessung begann ein neues Zeitalter: alles musste höher, schneller weiter sein, wurde gemessen, rationalisiert, Menschen durch Maschinen ersetzt. Die Angst vor den Kosten von verletzten und ‚beschädigten‘ Menschen sollte nicht der der Unternehmer sondern die Gemeinschaft tragen. Effizienz war gefragt, jegliche Einschränkung galt als fortschrittsfeindlich. So war es nicht verwunderlich, dass Kranken-, Invaliden- und Rentenversicherungen eingeführt wurden.

Während und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sollte sich der Umgang mit Behinderten erneut drastisch verändern:



Der ‚Hofzwerg‘ Perkeo

Der „wundersame Blinde“ Conrad Paumann

Beethoven mit Hörrohr



Arbeit ist die beste Wohlfahrt

Erste Schritte zur Selbstbestimmung

Während sich die bürgerlichen Gesellschaftsschichten den Schrecken der Hyperinflation in den „Goldenen Zwanziger“ beim Charleston aus den Gliedern schütteln konnten, wurden die Invaliden des Ersten Weltkriegs und Menschen mit Behinderung noch immer zu Hause versteckt oder in geschlossene Anstalten gesperrt. Mit dem Aufstieg der Rassenhygiene und Eugenik nahm die soziale Ausgrenzung zu, Diskriminierung war an der Tagesordnung. Durch das Euthanasieprogramm wurden sie systematisch ermordet. Inmitten dieser Phase der sogenannten Segregation bestand jedoch auch Hoffnung auf eine bessere Zukunft für Menschen mit Behinderung: Bereits im 19. Jahrhundert gab es erste Bemühungen, die sogenannte Segregation von Menschen mit Behinderung zu beenden und ihnen ein höheres Maß an Selbstbestimmtheit zuteil werden zu lassen. Im 19. Jahrhundert entstanden zahlreiche Stiftungen und Heime für Menschen mit Behinderung, in denen diese Arbeit, Freizeitbeschäftigung und ein Zuhause finden konnten.

1920 – 1945

Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung nach dem Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg wird als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts verstanden, die Nachkriegszeit der 1920er Jahre ist gekennzeichnet durch weitreichende wirtschaftliche, soziale und politische Verwerfungen.

Die Kriegsschuldfrage führte in der Weimarer Republik zu Diskriminierungen gegenüber verschiedensten sozialen, ethnischen und politischen Gruppen. Während die Dolchstoßlegende den Mythos vom Verrat der Sozialdemokraten und des ‚internationalen Judentums‘ am deutschen Heer nährte, vertieften Akademiker und Politiker immer weiter die Kluft zwischen ‚vollwertigen‘ und ‚minderwertigen‘ Mitgliedern der Gesellschaft. Dabei griffen sie letztendlich eine Vorstellung auf, die schon jahrhundertlang im Denken vieler Menschen verankert war. Ganz ohne Umschweife fragte beispielsweise Ignaz Kaup, Ordinarius für Sozialhygiene an der Universität München, schon im Jahr 1913: „Was kosten die minderwertigen Elemente dem Staat und der Gesellschaft?“



Ab 1863 wurden in der Stiftung Alsterdorf Menschen mit Behinderung unter anderem in der Gärtnerei beschäftigt.

Die Rückkehr hunderttausender Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg verschärfte die Frage nach dem gesellschaftlichen Stand von Menschen mit Behinderung. Die Kriegsmaschinerie des Ersten Weltkrieges hatte Soldaten in einem nie zuvor gesehenen Ausmaß teilweise bis zur Unkenntlichkeit entstellt. So wurden Behinderungen in der Gesellschaft sichtbarer als zuvor. Das Bewusstsein wuchs, dass es jeden treffen konnte. Kaum eine Familie, die nicht Opfer des Kriegs beklagte, die mit „Behinderung“ umzugehen lernte. Erste sozialpolitische Meilensteine setzte die Weimarer Regierung mit der Verordnung über die Behandlung Schwerbeschädigter vom Januar 1919 und dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom April 1920. Im Rahmen dieser Verordnungen er-

hielten rund 100 000 der 350 000 „Schwerbeschädigten“ Arbeit – Betriebe mussten erstmals 1% der verfügbaren Stellen für „Schwerbeschädigte“ anbieten. Zwar wirkte diese Neuregelung dem Leiden der Kriegs- und Arbeitsinvaliden entgegen. Zugleich führte sie doch auch die gefährliche Differenzierung von Menschen in „Vollwertige“, „Teilnutzbare“ und „Unwertige“ bzw. „Krüppel“ fort, wie sie im Preußischen Krüppelfürsorgegesetz vom Mai 1920 vorgenommen wurde. Den zeitgenössischen Sozialhygienikern diente diese Differenzierung dazu, Ansprüche auf teure Therapiemethoden zu verhindern.

Parallel zu diesen Entwicklungen gründete sich ab 1917 auch eine Selbsthilfebewegung, die tatsächlich aus Menschen mit Behinderung bestand. Sie wehrte sich gegen die abwertende und ausgrenzende Bezeichnung „Krüppel“ und setzte sich für die Etablierung des Begriffs „Körperbehinderung“ ein.

Trotz aller Veränderungen im frühen 20. Jahrhundert ist der Umgang mit Menschen mit Behinderten ambivalent zu sehen: Letztlich waren es lediglich die Kriegs- und Arbeitsinvaliden, die eine reelle Chance darauf hatten, sozial und wirtschaftlich wiedereingegliedert zu werden. Vielen anderen Menschen mit Behinderung wurde dies nicht zuteil.



Arbeitsdienst in der Anstalt von Bethel: Patienten beim Steineklopfen (um 1922)

Gründung der Hamburger Werkstätten für Erwerbsbeschränkte

Kriegsbeschädigte in den Arbeitsalltag zu reintegrieren, war die große Aufgabe nach dem Ersten Weltkrieg. Viele Stiftungen widmeten sich der Aufgabe, Menschen mit körperlicher wie geistiger Behinderung vor Verfolgung zu schützen und ihnen eine Perspektive zu bieten. Vorreiter war 1839 die Kernsche Anstalt in Möckern bei Leipzig als erste deutsche Privatanstalt. Weitere Anstalten und Heime folgten. 1850 gründete Heinrich Matthias Sengelmann in Hamburg die Alsterdorfer Anstalten, heute bekannt als Evangelische Stiftung Alsterdorf, die ab 1863 Kinder mit Behinderung aufnahm, sie unterrichtete und in Werkstätten beschäftigte. Neben der Stiftung Alsterdorf folgten weitere Einrichtungen in



Stetten (1849), in Neuendettelsau bei Ansbach (1854) und in Bethel bei Wuppertal (1867). Diese Stiftungen führten dazu, dass ein neuer Diskurs über den Umgang mit Menschen mit Behinderung, deren Betreuung und Förderung geführt wurde: Während die meisten Ärzte weiterhin der Meinung waren, man solle die ‚Idioten‘ lediglich pflegen und bewahren, plädierten die Gründer der neuen Einrichtungen, Behinderungen auf pädagogischem Wege zu begegnen. So formulierte der Pastor und Gründer der Alsterdorfer Anstalten, Heinrich Matthias Sengelmann: „Die einen wollen nur Bekämpfung des Idiotis-

mus auf medizinischem, die Anderen dieselbe nur auf pädagogischem Wege“.

In der Tradition dieser Stiftung stehen die im Jahr 1920 gegründeten Hamburger Werkstätten für Erwerbsbeschränkte (HAWEE). Damit wurde ein Betrieb geschaffen, der vorrangig den vielen arbeitslosen Kriegsinvaliden, aber auch Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen Arbeit gab – und bis heute gibt: ein großer Fortschritt für die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung. Die erste Werkstatt etablierte das Hamburger Sozialamt in den Großen Bleichen (Gothenstraße 10). Durch die damals hohe Arbeitslosigkeit (im Jahr 1919 rund 3 Millionen im Deutschen Reich) und die steigende Inflation zog die Werkstatt aber auch den Unmut von Arbeitern und Handwerkern auf sich, die in ihr eine bedrohliche Konkurrenz sahen. Diese Bedenken wurden jedoch von einem Prüfungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zerstreut: Die HAWEE legte

Wir sind alle Gefährten: Der Otto Perl-Bund zur Förderung der Selbsthilfe von Menschen mit körperlicher Behinderung



Otto Perl wurde am 19. Oktober 1882 in dem kleinen Dorf Wildenhain im Kreis Torgau/Sachsen geboren. Er zählt zu den Gründern des Selbsthilfebundes des Körperbundes, der am 10. März 1919 in Berlin als erster Zusammenschluss von Menschen mit körperlicher Behinderung ins Leben gerufen wurde. Ziel des Bundes war, die menschliche Gleichstellung mit ‚gesunden‘ Menschen. Mitglieder nannten sich selbst Gefährtinnen und Gefährten. Eine Vertreterin des Bundes führte dazu aus: „Wie die sozialpolitischen Verbände stellen auch wir Forderungen auf gesetzliche Unterstützung unserer Bestrebungen, die dem Krüppel eine wirtschaftliche Existenz ermöglicht.“ Im Juli 1919 zählte der Bund etwa 200 Mitglieder, 1929 waren es bereits 6 000 Mitglieder. Obwohl Otto Perl für Menschen mit körperlicher Behinderung das Recht auf Selbstbestimmung einforderte, grenzte er körperliche Behinderungen streng von geistigen Behinderungen ab und befürwortete sogar die Verfolgung von Menschen mit geistigen Behinderungen im Dritten Reich.

seit Beginn ihrer Gründung großen Wert darauf, eine gute Beziehung zu den Gewerbetreibenden aufzubauen. Deshalb wandte sich der Geschäftsführer Arthur Rehberg in einem Schreiben an die Gewerbekammer und den Ortsausschuss und versicherte, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten der HAWEE „nicht das Interessensgebiet der Gewerbetreibenden berühren“ solle, doch leider ohne Erfolg: Die Antworten auf das Schreiben werden in den Protokollen des Aufsichtsrates als negativ bezeichnet.

Arbeit ist die beste Wohlfahrt!

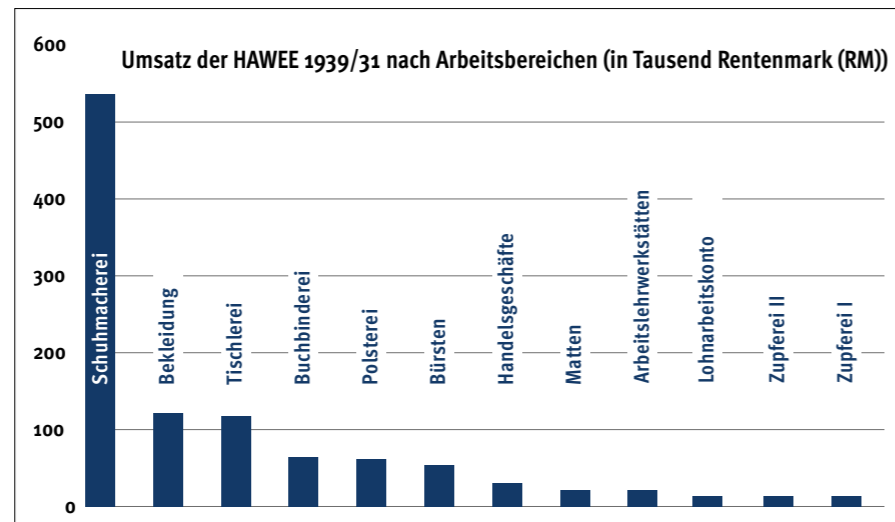
Die Anfänge der Werkstatt waren recht beschwerlich: Nicht nur der Druck der Handwerker machte den HAWEE-Betrieben zu schaffen. Nur mit geringem Kapital ausgestattet, waren Umzüge für die verschiedenen Abteilungen an der Tagesordnung. Die Behindertenwerkstatt der frühen 1920er Jahre wurde als Beschäftigungsbetrieb verstanden, in der vorwiegend einfache Arbeiten verrichtet wurden: Absätze wurden geschliffen, Besen und Bürsten gebunden, Stühle gepolstert oder Kriegstornister zu Schulranzen umfunktioniert. Von dieser Arbeit konnten die meisten der rund 200 Mitarbeiter allerdings selbst bei sehr bescheidenen Ansprüchen nicht leben. Das Hamburger Wohlfahrtsamt musste

„Arbeit ist die beste Wohlfahrt.“

viele derjenigen unterstützen, die in den HAWEE-Betrieben tätig waren. Dennoch wurde schnell klar, dass die Werkstätten für Erwerbsbeschränkte nicht nur ideale, sondern auch finanzielle Vorteile bieten könnten. Ein Ausbau und eine Umgestaltung der Werkstätten würde, darüber war man sich einig, sowohl für die Beschäftigten selbst als auch für die Hamburger Landeskassen Vorteile bergen. Einem Geschäftsbericht der HAWEE aus dem Jahr 1925 ist kurz und prägnant zu entnehmen: Arbeit ist die beste Wohlfahrt.

Umwandlung der HAWEE in eine GmbH

Die HAWEE war also in ihren ersten Jahren als Beschäftigungsbetrieb für Kriegs- und Arbeitsinvaliden auf die Unterstützung des Wohlfahrtsamtes angewiesen. Häufige Umzüge



(Gesamtumsatz: 963.494,40 RM)

und die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Umstände erschwerten die Marktteilnahme. Als weiteres Problem erwies sich, dass die Produktion in vielen Abteilungen nur sehr schleppend voranging. Im November 1924 konstatiert der Aufsichtsrat etwa: „Völlig tot liegt unsere Tütenkleberei und es dürfte sich empfehlen, diesen Betrieb wenigstens für das Winterhalbjahr, nach Aufarbeitung unseres Auftragsbestands, einzustellen“. Erst mit der Umwandlung der Werkstatt in eine GmbH im Jahr 1924 gewannen kaufmännische Prinzipien die Oberhand. Oberstes Ziel der Hamburger Werkstatt war und ist, nicht nur soziale Hilfe für Menschen mit Behinderung anzubieten, sondern auch Inklusion durch Arbeit zu erreichen. Menschen mit Behinderung werden als Arbeitnehmer beschäftigt, statt als Hilfsempfänger behandelt zu werden. Ab 1924 standen die Werkstätten also vor der Herausforderung, Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit miteinander in Balance zu bringen. Es sollten Menschen statt Maschinen eingestellt werden und zugleich sollten die Werkstätten auf lange Sicht am Markt überlebensfähig bleiben. In diesem Sinne wurden Tariflöhne vereinbart, die je nach Auftragslage erhöht und den Industrielöhnen angeglichen werden sollten. Die Einigung auf kaufmännische Prinzipien war auch dringend notwendig, wie die Mitglieder des Aufsichtsrates in ihren Sitzungen festhielten:

Kein Almosen! Kauft unsere Erzeugnisse:

Diesen Aufruf richteten die Hamburger Werkstätten im Jahr 1929 an die Hamburger Bevölkerung. Er versinnbildlicht die großen Veränderungen, die es im Umgang mit Menschen mit körperlicher Behinderung in den 1920er Jahren gab. Nachdem das unmittelbar präsente Leid der Kriegsversehrten gelindert werden konnte, strebten Menschen mit Behinderung zunehmend nach einer Normalisierung der Arbeitsverhältnisse und einem gleichberechtigten Umgang. Sie wollten endlich nicht mehr als bemitleidenswerte Fremdkörper der Gesellschaft wahrgenommen, sondern für ihre gute Arbeit anerkannt werden und an der Gesellschaft selbstverständlich teilhaben können. Ihr Anliegen war und ist noch heute die Integration in die alltägliche Arbeitswelt. Auch wenn heute keine einfachen Lodenmäntel, sondern moderne Produkte und Dienstleistungen angeboten werden. Die Forderung nach Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe könnte aktueller nicht sein.



Deutschland im Umbruch – Waffenstillstand, Frauenwahlrecht, Sozialgesetzgebung

Nach dem Ende des Weltkriegs am 9. November 1918 war die politische Situation in Deutschland noch ziemlich chaotisch: Der Kaiser dankt ab, sowohl die Republik als auch die Arbeiter- und Soldatenräte werden ausgerufen und auf den Straßen bricht beinahe der Bürgerkrieg aus. Um das System vorerst zu stabilisieren, bildeten die kommunistische USPD und die gemäßigte MSPD unter Reichskanzler Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann eine Übergangsregierung: den Rat der Volksbeauftragten, der die Aufgaben des Kaisers und des Reichskanzlers übernahm, bis eine Verfassung verabschiedet wurde. Dieser akzeptierte nicht nur den Waffenstillstand mit den Alliierten am 11. November 1918, er führte auch das Frauenwahlrecht und



das Verhältniswahlssystem ein. Der Rat setzte außerdem die im Krieg eingeschränkten Arbeiterschutzgesetze wieder ein und dehnte diese auf Schwerbeschädigte, sprich Kriegsinvaliden, aus. Neben diesen Neuerungen fanden auch zahlreiche Grundrechte Eingang in die damals überaus fortschrittliche Weimarer Verfassung vom 11. August 1919. Die Verfassung enthielt Elemente der allgemeinen Menschenrechtserklärung und basierte auf „den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle“ (Art. 151). Mit dem darauf aufbauenden Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 wurden Arbeitgeber dazu verpflichtet, mindestens 1% ihrer Arbeitsplätze mit Kriegs- und Unfallbeschädigten mit einer Erwerbsminderung von mindestens 50% zu besetzen. Dieses und weitere Sozialgesetze waren erste wegweisende Weiterentwicklungen des Sozialstaates im Weimarer System und dienten auch als Inspiration für die Gesetzgeber in der jungen Bundesrepublik ab 1949.

Die HAWEE hatte zu dieser Zeit Schwierigkeiten, Außenstände einzutreiben, während die Umsätze von 38 000 Goldmark im Januar 1924 auf 21 000 im Mai sanken und viele Abteilungen, wie zum Beispiel die Tütenkleberei und die Bürstenabteilung, erhebliche Probleme hatten, ihre Waren zu verkaufen.

Um die Entwicklung der Werkstätten voranzutreiben, rät das Wohlfahrtsamt dem Aufsichtsrat im März 1925, eine Tischlerei in Betrieb zu nehmen. Außerdem lässt der Aufsichtsrat im Mai 1926 einen Betriebsrat wählen, der über die Geschäftsentwicklung zu informieren war. Diese sehr modernen (und in den 1920er Jahren alles andere als selbstverständlichen) Entscheidungen tragen schnell Früchte: Die HAWEE konnte im Januar 1927 eine volle Auslastung aller Betriebe und eine Umsatzsteigerung von 30% verbuchen. Dank dieser Entwicklung konnte die Tütenkleberei um eine Buchbinderei erweitert werden. Im April 1927 wurden schon rund 280 Erwerbsbeschränkte beschäftigt. Zugleich wurde beschlossen, eine Lehrwerkstatt für „Psychopathen, Hilfsschüler und Schulentlassene“ in die Hamburger Werkstätten einzugliedern. Diese sollten in der Werkstatt so weit gefördert werden, dass sie selbst ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Obwohl die HAWEE ihren Mitarbeiterkreis durchaus erweiterte, kommunizierte die HAWEE klare sittliche Vorstellungen nach außen: So lehnte der Aufsichtsrat etwa im Juni 1928 die Anfrage des Pflegeamtes entschieden ab, neben Psychopaten und Schulentlassenen auch ehemalige Prostituierte zu beschäftigen. Die Angst vor einer „zu erwartenden Schädigung unserer Erwerbsbeschränkten durch die Beschäftigung solcher Personen“ war zu groß.

Die steigenden Umsätze ab 1924/25 ermöglichte es dem Aufsichtsrat, das Stammkapital der HAWEE von 20 000 auf 220 000 Rentenmark zu erhöhen, um sie in Maschinen, neue Abteilungen und Erhöhungen der Belegschaft zu investieren. Für anhaltende Diskussionen sorgte jedoch weiterhin die zentrale Frage, wie die beiden Unternehmensziele Fürsorglichkeit und Rentabilität miteinander vereinbart werden können: Im August 1928 diskutierte der Aufsichtsrat vor dem Hintergrund der starken Konkurrenz der Handwerksbetriebe, ob die HAWEE nicht wieder in die Strukturen der Wohlfahrtsbehörde rücküberführt werden sollte.

Elisabeth Pape, als Betreuerin des Wohlfahrtsgedanken von der Bürgerschaft in den Aufsichtsrat gewählt, kam resigniert zu dem Schluss, dass „*unser Versuch, diesen Betrieb rentabel zu gestalten, mißlungen ist*“. Tenor in der Diskussion darüber, ob die Werkstätten wieder in die Strukturen der Wohlfahrtsbehörde aufgenommen werden sollen, war, dass eine Wiedereingliederung mehr Aufwand als eine angemessene Bezuschussung bedeuten würde. Auch der Präsident des Aufsichtsrates, zugleich Präsident des Wohlfahrtsamtes Oskar Martini, schloss sich dieser Sichtweise an. Schließlich sprach sich der Aufsichtsrat dann entschlossen dafür aus, die Wettbewerbsfähigkeit der Werkstätten mithilfe öffentlicher Zuschüsse aufrechtzuerhalten. Denn letztendlich stellte die HAWEE für die Hamburger Landeskassen eine deutliche Entlastung dar: Die unternehmerisch verdienten Löhne in Höhe von 120 000 Rentenmark mussten von der Stadt nicht mehr als

„Arbeit nicht Mitleid“: Das Motto der Behindertenbewegung in Österreich der 1920er



Nicht nur im Deutschen Reich, auch in Österreich wurde nach dem Ersten Weltkrieg die Forderung laut, Menschen mit Behinderung den Kriegsbeschädigten gleichzustellen und beiden einen rechtlichen Anspruch auf Sozialleistungen und einen gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren. In Österreich konnten Menschen mit Behinderung lange Zeit nur schwer der Mitleidsfalle entkommen; viele suchten händeringend nach Beschäftigung in Werkstätten und Bildung in Heimen. In dem Verband „Krüppelarbeitgemeinschaft/Vereinigung der Körperbehinderten Österreichs“ organisierten sich ab den 1920ern Betroffene, Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen, Selbsthilfeeinrichtungen und Rehabilitationspersonal (Ärzte) und Sonderschullehrer nach dem Motto „Arbeit nicht Mitleid“. In der Zeitschrift „Der Krüppel“ wurden die Interessen des Verbandes diskutiert und kommuniziert. Gemeinsam stellten sie am 19. Februar 1928 sieben konkrete Forderungen an die Gesetzgeber auf:

- ▶ **Amtliche Zählung aller „Krüppel“**
- ▶ **Ein Krüppelfürsorgegesetz**
- ▶ **Förderung der Sonderschulen für Krüppel. Anwendung des Reichsvolksschulgesetzes auf alle „Krüppelkinder“**
- ▶ **Einrichtung von Fürsorge- und Beratungsstellen in allen Bundesländern mit Ärzten, Lehrern, Fürsorgerinnen und einem Vertreter der „Ersten österr. Krüppelarbeitgemeinschaft“**
- ▶ **Errichtung von kommunalen Krüppelwerkstätten und Förderung vergleichbarer privater Einrichtungen**
- ▶ **Freie Fahrt in staatlichen Bahnen fürs schwergefähige Krüppel und ihre Begleitperson**
- ▶ **Anschaffung von Prothesen, orthopädischen Apparaten, Krankenwagen, Selbstfahrer, also Behelfen, die der Arbeitsmöglichkeit dienen.**

„unproduktive“ Unterstützungszahlungen ausgewiesen werden. Im Gegenzug forderte die HAWEE einen deutlichen Mieterlass für die Werkstätten-Räumlichkeiten und eine bevorzugte Behandlung der HAWEE bei Staatsaufträgen, was der damalige Finanzsenator Carl Cohn jedoch ablehnte. Stattdessen einigte man sich im Januar 1929 darauf, die Marktnachteile der HAWEE durch Zahlungen des Wohlfahrtsamtes auszugleichen und die Mieten der künftigen Werkstätten auf ein Drittel der marktüblichen Preise festzusetzen. Das Ende der HAWEE konnte gerade noch einmal abgewendet werden.

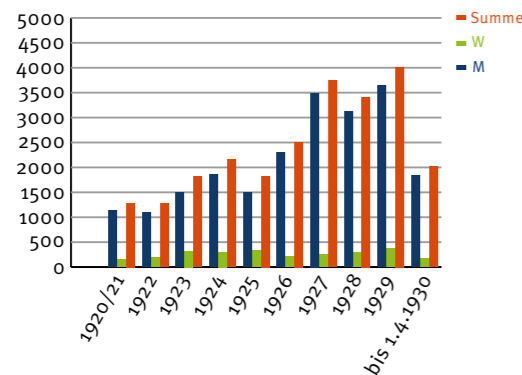


Einfache Tätigkeiten als Korbflechter waren eher Beschäftigungs- als Erwerbstätigkeit.

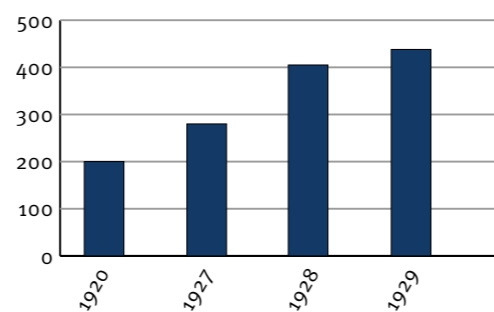
Die HAWEE konnte sich nicht vor Bewerbungen retten! Die Anfangsjahre in Zahlen

Bereits während der Anfangsjahre wurde das große Interesse am Konzept der Werkstatt für Behinderte deutlich: Während sich 1920 zunächst noch 1 140 Menschen mit Behinderung auf einen Platz in der Werkstatt bewarben, waren es 1924 schon 1 857. Drei Jahre später wurde dann erstmals die 3 000er-Marke durchbrochen und vor dem Ende des Jahrzehnts hatten sich insgesamt schon fast 25 000 Behinderte bei der HAWEE beworben. Hierbei fällt vor allem der hohe Anteil männlicher Bewerber auf. Nur rund jeder zehnte Bewerber war im ersten Jahrzehnt der HAWEE weiblich. In den Anfangsjahren hatten die weiblichen Bewerber dadurch bessere Erfolgsaussichten auf eine Vermittlung: Während die Vermittlungsquote für Frauen mit rund 50 – 85% recht hoch war, hatten nur 20 – 30% der Männer eine Chance. Bis 1929 stiegen die Bewerberzahlen auf 4 000 an, während 1929 erst 438 Plätze zu besetzen waren. Dies hatte zur Folge, dass die Vermittlungsquoten auch für Frauen auf rund 15 – 20% sanken.

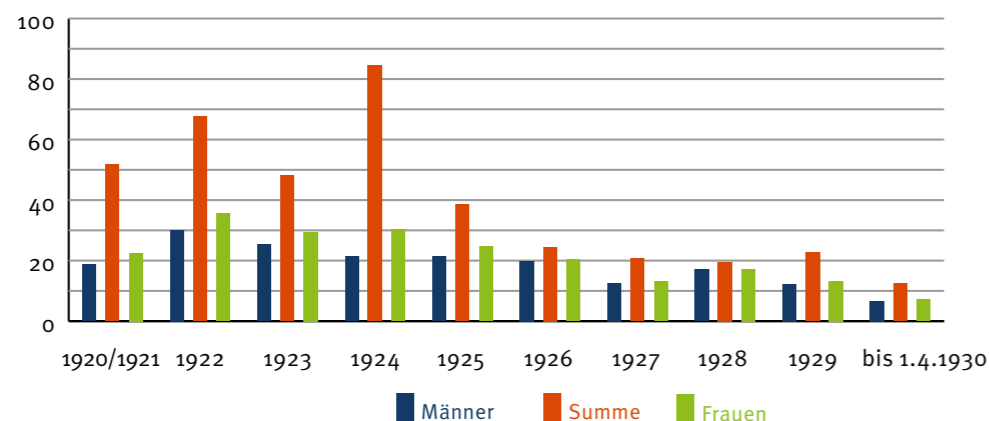
Gemeldete Bewerber



Belegschaft der HAWEE



Vermittlungsquote



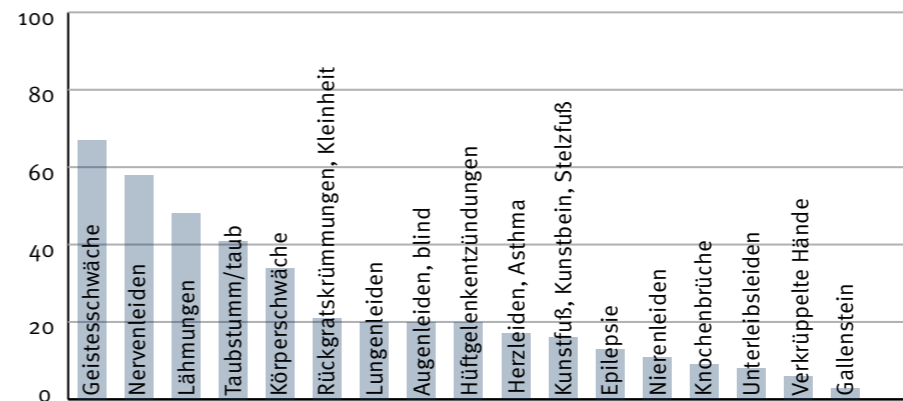
Menschen mit körperlichen Behinderungen bestimmten das Bild

Viele Werkstätten für Menschen mit Behinderung entstanden nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ziel, Kriegsinvaliden wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Eine Eingliederung weiterer Behindertengruppen war dagegen seltener vorgesehen. Anders in Hamburg: Hier zeigte sich bereits früh, dass nicht nur Kriegsbeschädigte, sondern auch Menschen mit angeborenen Behinderungen eine Chance auf Arbeit haben sollten. So bildeten geistig Behinderte, damals noch als „Geistesschwache“ betitelt, mit rund 16% den größten Teil der Belegschaft. Auch Menschen mit Nervenleiden oder Lähmungen sowie Taubstumme und „Körperschwache“ waren stark vertreten. Rund 70% der Mitarbeiter litten unter einer körperlichen Beeinträchtigung. Diesen hohen Anteil kann man wohl damit erklären, dass in den 1920er Jahren viele geistige Behinderungen noch als „Schwachsinn“ oder „Dummheit“ abgetan wurden und deswegen nicht als Behinderung im eigentlichen Sinne anerkannt wurden. Heute ist das Verständnis für geistige Behinderungen stärker ausgeprägt und auch Menschen mit psychischen Störungen haben die Möglichkeit, in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung zu arbeiten und Anschluss zu finden.



Krankheitsübersicht der Belegschaft

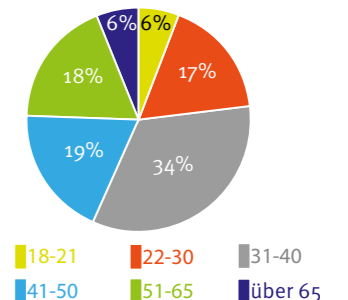
Aufgeführt sind 412 Krankheiten. Man kann von 408 Belegschaftsmitgliedern ausgehen, da manche eine Doppelbehinderung hatten.



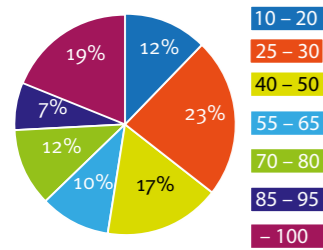
In den Anfangsjahren arbeiteten vor allem junge Beschäftigte in dem regulären Arbeitsmarkt

Ein Drittel aller Mitarbeiter war im Jahr 1929 31 bis 40 Jahre alt, während nur ein knappes Viertel älter als 50 war. Die Gruppe der „Berufseinsteiger“ (18 – 30 Jahre) war ebenfalls mit knapp einem Viertel vertreten. Diese Verteilung ist typisch für die damalige Zeit: Während die junge Bevölkerung damals noch einen großen Teil der Arbeiterschaft ausmachte, nimmt die Gruppe der über 45-Jährigen heute schon über 50% der arbeitenden Bevölkerung ein.

Altersgruppen der Belegschaft 1929



Anteil vom Tariflohn (in %)



Mehr als die Hälfte verdiente weniger als 50% des Tariflohns!

Werkstattmitarbeiter waren früher zwar froh, arbeiten zu können, doch konnten sie von dieser Arbeit nicht lange zehren: 1929 erreichte gerade einmal die knappe Hälfte aller Beschäftigten mehr als 50% vom gesetzlich festgelegten Tariflohn. Weit über ein Drittel verdiente maximal 30% des Tariflohns, während etwa jeder Fünfte bis zu 100% einnahm. 12% der behinderten Werkstattmitarbeiter musste mit nur 10 – 20% des Tariflohns über die Runden kommen. Defizite wurden von den Wohlfahrtsverbänden aufgestockt.

Sinkende Zuschüsse und steigende Umsätze in den 1920ern

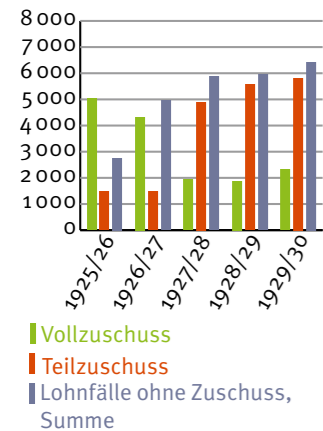
Dass die finanzielle Situation vieler behinderter Angestellter in den 1920er Jahren angespannt war, zeigt sich auch an der Entwicklung der Zuschüsse: Während 1925/26 noch über 5 000 Personen einen Vollzuschuss zu ihren Löhnen erhalten haben, waren es 1928/29 nur noch 1 878. Dagegen stieg der Anteil derer, die keinen Zuschuss erhielten, sehr früh stark an: Ab 1927 war die Zahl der Menschen, die gar keinen Zuschuss erhielten, erstmals größer als die der Vollzuschuss-Empfänger – 1929/30 waren es schon über 6 400. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Einerseits stieg die Anzahl der Angestellten stetig an, was die Wohlfahrtsverbände vor große finanzielle Herausforderungen stellte. Andererseits konnten die Werkstätten ihre Umsätze früh steigern, was sich ansatzweise in den Löhnen der Angestellten widerspiegelte. Des Weiteren durfte der Zuschuss nicht höher sein als der Richtsatz für die Unterstützung der Allgemeinen Wohlfahrtspflege. Ergänzungszahlungen setzten damals wörtlich die „Arbeitsfreude“ der Erwerbsbeschränkten voraus.

Die Hamburger Werkstatt verstanden sich nicht nur als soziale Einrichtung zur Wiedereingliederung behinderter Menschen, sie waren auch ein Unternehmen. Und diesem Unternehmen war es von Anfang wichtig, mit der Unterstützung des Sozial- und Wohlfahrtsamtes, sich auf dem schwierigen Markt neben anderen Handwerksbetrieben zu behaupten und konstante Umsatzsteigerungen zu erzielen: Den 1924/25 noch recht bescheidenen Umsatz von knapp 300 000 Rentenmark (RM) konnte die HAWEE schon zwei Jahre später verdoppeln und bis 1929/30 weiter auf stolze 762 692 RM steigern. Dieser steigende Umsatz wurde schnell zum Spiegelbild des weiteren Werkstattausbaus: Weitere Örtlichkeiten wurden der HAWEE als Werkstätten zur Verfügung gestellt, neue Abteilungen ins Leben gerufen und, was am wichtigsten war: Neue Mitarbeiter konnten eingestellt werden.

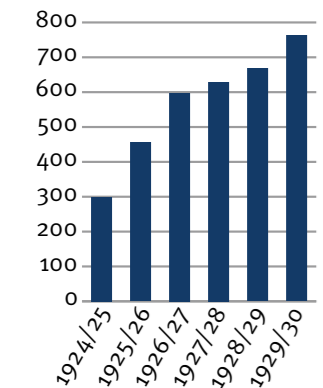
Dass die Werkstätten ihre Position auf dem Markt nur mit Hilfe öffentlicher Gelder beweisen konnte, fasste Staatsrat Dr. Lohse damals so zusammen:

„Bei den Erwerbsbeschränkten, die die freie Wirtschaft ablehnt, ist Wohlfahrtspflege durchaus berechtigt, der Wirtschaft, wenn auch auf lautere Weise, Konkurrenz zu machen, um die Betriebe, in denen die Erwerbsbeschränkten tätig sind, wirtschaftlich zu gestalten. Die

Ergänzung der Löhne durch Zuschüsse der Wohlfahrtsverbände 1925 – 1930



Steigende Umsätze (in Tsd. Rentenmark)



Erwerbsbeschränkten haben, solange die Wirtschaft es ablehnt, sie zu beschäftigen, Anspruch auf die Beschäftigung durch die Wohlfahrtsämter.“ Ähnlich sah es auch Direktor Kasteleiner: „Es hieße, unkluge Wirtschaftspolitik treiben, wollte man nur die tüchtigsten Arbeiter gebrauchen und die Minderleistungsfähigen den öffentlichen Wohlfahrtskassen zu lebenslänglicher Versorgung überweisen. Volkswirtschaftlich bedeutet dies den höchsten Grad der Verschwendung.“

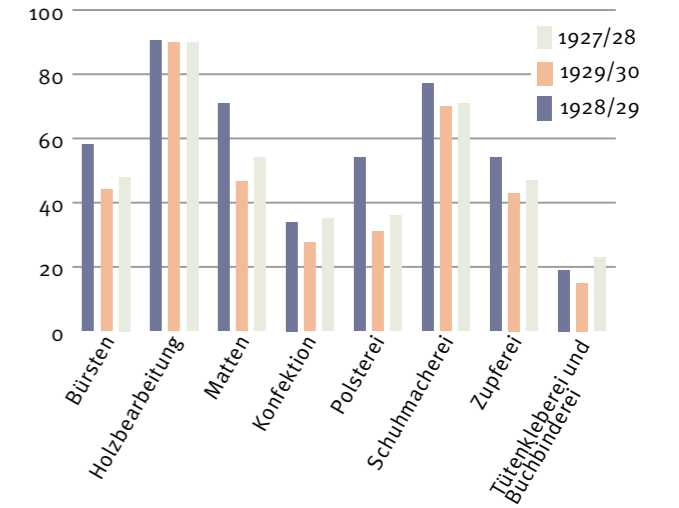
Die Holzverarbeitung war das Steckenpferd der Werkstatt

Zu den „produktivsten“ Abteilungen zählte in den späten Zwanzigern vor allem die Holzverarbeitung. Hier erreichten die Mitarbeiter konstant eine Gesamtleistung von 90%. Auch in der Abteilung für Schuhmacherei wurden stets hohe Gesamtleistungen von 70 – 77% erzielt. Die Schuhmacherei ist zum damaligen Zeitpunkt die wichtigste und größte Abteilung der Werkstätten, denn hier wird mehr Umsatz erzielt als in allen anderen Abteilungen zusammen.

Von den rund 200 Werkstattbeschäftigten der 1920er Jahre überlebten nur wenige. 1934 wurden Gelder für „Minderwertige“, „Asoziale“ und „Unheilbare“ gekürzt, während Disziplinierungsmaßnahmen zunahm. 1937/38 arbeiteten in den HAWEE 335 Menschen, davon zwei Kriegsversehrte. Das Leistungsprinzip wurde dann mit Kriegsbeginn verschärft, und die HAWEE produzierte hauptsächlich „kriegswichtige“ Produkte für die Heeresverwaltung.

Während die Situation in Europa unmittelbar vor der Eskalation steht, beruhigt sich die Beziehung zwischen den privaten Werkstätten und der HAWEE zusehends: Nachdem die privaten Werkstätten die HAWEE in den 1920er Jahren noch als Bedrohung für das eigene Geschäft wahrnahmen, sehen sie sich nun einer zunehmenden Überlastung gegenüber: Viele Betriebe äußern der HAWEE gegenüber ihre Dankbarkeit, dass sie wichtige Aufgaben abnehme. Gleichzeitig muss die Geschäftsführung schon damals abwägen, welche Ziele sie für ihre Mitarbeit verfolgen möchte. Die Sozialbehörde äußerte 1938: „Es herrsche mehr und mehr der Gedanke vor, Erwerbsbeschränkte im freien Wirtschaftsleben unterzubringen, und es sei notwendig, die gesamte Industrie unter dem Gesichtspunkt des Ansatzes von halben Kräften zu durchleuchten.“ Von Seiten der HAWEE wird erwidert, auch sie sehe die vorrangige Aufgabe darin, „durch unermüdliche Arbeitsschulung der Wirtschaft brauchbare Kräfte zuzuführen, die ohne eine solche Schulung vermutlich den Weg in die freie Wirtschaft nicht gefunden hätten“. Aufgabe sei zudem, „Volksgenossen mit Behinderung“ so weit zu qualifizieren, dass sie sich durch eigene Arbeit in der freien Wirtschaft als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft fühlen.

Gesamtleistung der Abteilung (in %)



Die HAWEE unter dem NS-Regime

Heute stoßen die Elbe-Werkstätten mit ihren Zielen der Gleichberechtigung und Inklusion für Menschen mit Behinderung auf viel Akzeptanz in der Gesellschaft, und auch die deutsche Bundesregierung unterstützt das Konzept der Werkstatt. Das war nicht immer so. In den dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte stand der Gedanke, dass Menschen mit Behinderung eine besondere Förderung und Unterstützung verdient haben, im krassen Widerspruch zum Menschenbild der Nationalsozialisten. Im gleichgeschalteten öffentlichen und wirtschaftlichen Leben fand man sich in der von Adolf Hitler ausgerufenen „Arbeitsschlacht“ wieder. Es galt: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Zwar beeinflusste dies die Geschäftsführung der HAWEE in ihrer Zielsetzung für die Werkstatt zunächst nicht. Im Gegenteil, auf die arbeitsfürsorgerische Betreuung dürfe „unter keinen Umständen mehr ... verzichtet werden“, doch schlug der HAWEE auch starker Wind seitens der Nationalsozialisten entgegen: „Unwertes Leben“, wie Menschen mit

Der Begriff „behinderte Volksgenossen“ steht symbolisch für das menschenverachtende Weltbild der NS-Ideologie, das sich 1938 bereits in der Geschäftsführung breit gemacht hat. Vor und während des Zweiten Weltkriegs hing die HAWEE maßgeblich vom Wohlwollen der Nationalsozialisten ab, die dem Betrieb Aufträge für die Wehrmacht beschafften.

Behinderung zwischen 1933 und 1945 vom Regime bezeichnet wurden, seien keiner Förderung würdig, vielmehr solle die Privatwirtschaft gestärkt werden. Infolgedessen wurde der Betrieb 1935/36 in Fesseln gelegt: Fortan durfte man nur noch Behördenaufträge ausführen. Betriebszweige der Werkstatt, die im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft standen, durften nur noch 200 „Gefolgschaftsmitglieder“ zählen.

Diese Entwicklung hielt jedoch nur solange an, bis Hitler die massive Aufrüstung für den Zweiten Weltkrieg forcierte. Betriebe wie die HAWEE wurden wichtige Bestandteile der Rüstungsindustrie. Gleichzeitig setzten sich nationalsozialistische Funktionäre in den Gremien des Betriebs fest, nachdem sie zuvor politischen Druck ausgeübt hatten – am 30. September 1939 nahm schließlich der stellvertretende Hamburger Gauamtsleiter der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) Lüneburg erstmals an einer Sitzung des Aufsichtsrates teil. Am 1. April 1939, fünf Monate vor dem Einmarsch in Polen, wurde die HAWEE schließlich zum „kriegs- und lebenswichtigen Betrieb“ erklärt. Der Geschäftsführer Wöllmer zog im August 1940 ein durchweg positives Fazit zur HAWEE unter dem Hakenkreuz: „Auf das Ganze gesehen haben die Werkstätten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl nach der fürsorglichen als auch nach der kriegswirtschaftlichen Seite hin bewährt“. Oder anders gesagt: Während des Krieges hing das Wohlergehen des Betriebs von der Gunst der deutschen Heeresverwaltung ab. Aufträge beschaffte der ranghohe Nationalsozialist SA-Oberführer Henke bei der Deutschen Arbeitsfront, zu der er gute Kontakte unterhielt.



Die Hamburger Ausgangsanstalten. Von hier wurden Tausende in Vernichtungsanstalten verschleppt.

Geschäftsführer Wöllmer hatte seinen Platz im Übrigen von Arthur Rehberg geerbt. Der Kontorbote, Registrator und Privatsekretär Rehberg war der erste Geschäftsführer der HAWEE gewesen. Er setzte sich nachhaltig und mit Erfolg für den Aufbau und die Entwicklung des Betriebs ein und trieb die Umwandlung in eine GmbH voran, die der HAWEE kaufmännisches Handeln ermöglichte. Als Mitglied des Armenkollegiums wirkte er überdies an der Konzptionierung der Werkstatt mit. 1935 wurde Rehberg von den Nazis als Jude aus dem Amt gedrängt.

Während die HAWEE als kriegswichtiger Betrieb eine gute Auftragslage hatte, wanderten immer mehr Beschäftigte unter Vermittlung des Gauleiters in andere Betriebe ab. 1941 waren es schon 91 Beschäftigte, die die Werkstatt verlassen hatten. Der allgemeine Arbeitskräftemangel zeigte hier wie dort auch eine zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften und einen Rückgriff auf Menschen mit Behinderung. Und Arbeit im NS-Staat bedeutete auch immer öffentliche Wahrnehmung, Akzeptanz und Schutz. Durch die Abgabe von Beschäftigten der Werkstätten an den Arbeitsmarkt wurde es immer schwieriger, die Aufträge zeitgerecht auszuführen, worunter Geschäftsführung wie Beschäftigte litten. Als

die Alliierten bei der Operation „Gomorra“ fast das gesamte Inventar der HAWEE zerstörten, starben zehn Mitarbeiter. Der materiell messbare Schaden wird auf 300 000 RM geschätzt. Als der Krieg im Mai 1945 in Europa endlich sein Ende findet, liegt die HAWEE am Boden. Der Betrieb stand kurz vor dem Ruin. Nur 35 der 200 Beschäftigten überlebten den Krieg, lediglich ein paar Personalakten, einige Büromaschinen, eine Kassette mit 6 500 RM in bar und ein paar Werkzeuge konnten gerettet werden.



Mit dieser Darstellung wollte das NS Regime „erbkrank“ Menschen mit Behinderung als angebliche Last für das „erbgesunde“ deutsche Volk brandmarken. Das Aufwiegen von Menschenleben zeigt die menschenfeindliche Ideologie der Nationalsozialisten auf.

Nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht haben die Beschäftigten und der Betrieb großen Schaden erlitten. Menschen mit Behinderung im Allgemeinen gingen von 1933 – 1945 durch die Hölle auf Erden. Eugenik. Euthanasie, unwertes Leben: Was Menschen mit Behinderung in dieser Zeit durchleiden mussten, ist heute fast nicht mehr vorstellbar.

Menschen mit Behinderung unter der NS-Herrschaft

Heute erinnert nur noch eine Gedenkstätte an den Ort, von dem aus zwischen 1940 und 1941 die sogenannte Erwachsenen-„Euthanasie“ gesteuert wurde. In der Berliner Tiergartenstraße 4 befand sich ab 1940 die Schaltzentrale der „Aktion T4“: ein Mordprogramm

gegen „psychisch Erkrankte, geistig und körperlich Behinderte sowie ‚rassisch‘ und sozial Unerwünschte“. Die Nazis selbst bezeichneten die Aktion euphemistisch und in Anlehnung an den altgriechischen Begriff euthanasía (=guter Tod) als „Aktion Gnadentod“. Nicht nur Menschen jüdischen Glaubens, Homosexuelle und Sinti und Roma galten in der NS-Ideologie als „unwertes Leben“. Sie übernahmen auch die Ansicht aus der Zeit der Industrialisierung: Menschen mit Behinderung seien aufgrund ihrer Ineffizienz als minderwertig anzusehen. Schnell wurde aus „minderwertigen“ „unwertige“ Menschen, die dem deutschen Volk im Wege stünden und daher „ausgemerzt“ werden müssten. Im Kreis Hamburg fanden rund 7 000 Menschen mit Behinderung bis 1945 den Tod durch Euthanasie. Sie wurden aus den verschiedensten Pflegeanstalten, Krankenhäusern und Heimen abtransportiert, darunter die Hamburger Einrichtungen in Alsterdorf und Langenhorn, sowie aus Lüneburg.

Eugenik – die akademisierte Menschenverachtung

Schon Mitte des 19. Jahrhunderts diskutierten Gelehrte und Schriftsteller über die Beziehung zwischen Gesundheit, Evolution und Wohlfahrt einzelner „Menschenrassen“. So postulierte der französische Schriftsteller Arthur de Gobineau 1852, dass die „arische“ Rasse durch Züchtung und Auslese erhalten werden müsse.

Der Begriff „Sozialdarwinismus“ etablierte sich um die Jahrhundertwende unter Berufung auf das Volk der Spartaner. Sparta, wo kranke, schwächliche und missgebildete Neugeborene getötet wurden, weise nur deshalb „seinen seltenen Grad an männlicher Kraft und rauer Heldentugend auf.“ In Deutschland griffen die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler diese Argumentation auf und setzten sie ab 1933 in die Tat um. Mit der Eugenik wurde schließlich die Tötung von Unschuldigen legitimiert – und die Idee der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschenleben setzte sich in den Köpfen fest.

5 000 ermordete Kinder.

70 000 ermordete Erwachsene bis 1941.

216 000 ermordete Menschen mit Behinderung im Deutschen Reich und den besetzten bzw. annektierten Gebieten 1933 – 1945.



Erwerbsbeschränkte am Rande der Gesellschaft

Die Zeit der Aufbewahrung

Deutschland liegt 1945 in Trümmern. Das Land muss von Neuem aufgebaut werden. Zwar endet mit dem Krieg auch die systematische Verfolgung von Menschen mit Behinderung, doch die gesellschaftlichen Ressentiments bleiben. Die HAWEE steht vor der Aufgabe, neue Räumlichkeiten zu finden, Gerätschaften für die Produktion zu installieren, vor allem aber neue Kunden zu gewinnen. Während der Wiederaufbau des Betriebs nach wirtschaftlichen Prinzipien langsam ins Rollen kommt, bleiben Menschen mit Behinderung von weiten Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen. An reguläre Arbeitsverhältnisse außerhalb der Werkstätten ist für viele Beschäftigte nicht zu denken. In der Nachkriegszeit entsteht in den Hallen der Winterhuder Werkstätten und der Hamburger Werkstatt ein Ort der Geborgenheit und des Schutzes. Hier wird allerdings auch schon bald der Grundstein für den Kampf um die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe gelegt.

1946 – 1973

Inklusion bei Pfannenberg – eine Win-Win-Situation

Der Elektrotechnik-Spezialist Pfannenberg, mit Sitz im Gewerbegebiet Allermöhe, arbeitet bereits seit 2003 eng mit den Elbe-Werkstätten zusammen und beschäftigt Menschen mit Behinderungen in Teil- und Vollzeit. Bei Pfannenberg arbeiten mehr als 260 fest angestellte Mitarbeiter, darunter 20 Menschen mit Behinderung, je nach Auftragslage können es jedoch auch bis zu 50 Mitarbeiter sein. Die Mitarbeiter der Elbe-Werkstätten montieren und verpacken Austrittsfilter und Thermostate für industrielle Kühlgeräte. Ziel der Kooperation ist es, Menschen mit Behinderungen zu fördern und sie in das alltägliche Leben und damit auch in das Berufsleben mit einzubeziehen.



Das Motiv für die Zusammenarbeit lag für den Mittelständler darin, soziale Verantwortung zu zeigen. Ziel der Kooperation ist es, Menschen mit Behinderung zu fördern, indem sie ohne Einschränkungen in das (Berufs-)Leben einbezogen werden. Denn, so hat Pfannenberg erkannt, eine geregelte Arbeit mit Aufgaben ist wichtig für ein gesundes Selbstbewusstsein. „Wir wollten damals und heute mit gutem Beispiel vorangehen, denn viele Unternehmen haben immer noch Berührungsängste, insbesondere wenn Lieferzeiten eingehalten werden müssen. Aber durch gute Organisation und einen verlässlichen Partner wie die Elbe-Werkstätten ergibt sich ein Nutzen auf beiden Seiten“, sagt Jan Möbius, Geschäftsführer der Pfannenberg GmbH.

Inklusion ist heute in aller Munde. Doch Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein Prozess, der nur funktionieren kann, wenn Strukturen entsprechend angepasst werden und sich die Haltung und Einstellung von Menschen ändert. Den Grundstein für diese Strukturen hat Pfannenberg bereits vor über 16 Jahren gelegt und die Mitarbeiter der Elbe-Werkstätten sind seitdem ein integraler Bestandteil von Pfannenberg. Rund 20 von ihnen sitzen direkt in der Fertigung bei Pfannenberg. Die räumliche Nähe zu den Werkstätten in Bergedorf und die Möglichkeit der Fertigung durch die Mitarbeiter der Elbe-Werkstätten in den Pfannenberg-Betriebsräumen sind eine ideale Lösung. Wenn Hilfe benötigt wird oder Fragen aufkommen, können sie sich jederzeit an ihren Gruppen-Helfer vor Ort wenden. Im Durchschnitt sind sie zwischen Ende 20 und 50 Jahre alt und arbeiten sowohl in Voll- als auch in Teilzeit. Fast alle fahren selbstständig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit und zurück. Die meisten von ihnen leben in Wohngruppen im Bezirk Bergedorf.

Das Hamburger Familienunternehmen darf natürlich auch die ökonomische Seite nicht vernachlässigen. Mit über 470 Mitarbeitern weltweit entwickelt und vertreibt Pfannenberg Lösungen zur Schaltschrank- und Prozesskühlung und der Signaltechnologie für die Industrie. Deshalb war es Pfannenberg wichtig, für Teilbereiche der Produktion eine wirtschaftlich vertretbare Fertigungsmethode zu finden. Die Bezahlung der Menschen mit Behinderungen erfolgt auf Basis produzierter Stückzahlen. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten unter Berücksichtigung ihrer Einschränkungen einzubringen und ihr eigenes Arbeitstempo zu bestimmen. Die Steuerung der Aufträge erfolgt über ein EDV-System, in das auch die Elbe-Werkstätten eingebunden sind.

Für Pfannenberg sind die Mitarbeiter der Elbe-Werkstätten zu einem wertvollen Bestandteil des Unternehmens geworden und tragen maßgeblich zu dem gemeinsamen Erfolg bei – eine Win-Win-Situation für Pfannenberg und die Elbe-Werkstätten.

Unternehmen: Pfannenberg

Gründungsjahr: 1954

Standorte: Hamburg

4 Produktionsstandorte: Deutschland, Italien, China, USA

Mitarbeiter: 470 in 13 Ländern auf 5 Kontinenten, 260 Mitarbeiter am Standort Hamburg

Mitglied im ZVEI und IVH

Produktportfolio: Schaltschrank-Klimatisierung, Maschinen- und Anlagenkühlung, Prozesskühlung, Signaltechnologie und Service für die Industrie, ca. 190 Patente weltweit

Das Kriegsende brachte die Befreiung. Dabei waren es nicht allein die Trümmer, nicht die fehlenden Gebäude und auch nicht die fehlenden Rohstoffe, Kunden und Transportmöglichkeiten, die den Wiederaufbau der Hamburger Werkstätten behinderten: es waren vor allem die Bilder in den Köpfen der Bürger, die Menschen mit Behinderung als minderwertig ansahen und entsprechend agierten. Die Propaganda der letzten Jahre hatte nachhaltig gewirkt. Daran änderten auch die rund 60 000 Kriegsversehrten allein in Hamburg wenig. Die Kriegsfolgen waren allenthalben sichtbar, das Alltagsleben kaum zu bewältigen. Jeder war mit sich selbst beschäftigt, um sein Überleben zu organisieren. Besonders schwer hatten es Institutionen, die sich für Menschen mit Behinderung einsetzten, wie die Hamburger Werkstätten.

Der Wiederaufbau beginnt. Kann die HAWEE wieder wettbewerbsfähig werden?

Die Hamburger Werkstätten standen vor einem Neuanfang, sich aus den Trümmern und gegen die Vorbehalte erneut zu gründen. Die Forderungen von Geschäftsführung und Staat waren dabei eindeutig. Es müsse alles getan werden, um ein wirtschaftliches Arbeiten zu ermöglichen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, so die damalige Geschäftsführung. Bemerkenswert bleibt dabei die Begründung für diesen ökonomischen Optimierungsansatz, die seit Gründung der HAWEE als Credo gelten darf: Es galt vor allem die Befähigung der Werkstattmitarbeiterinnen und -mitarbeiter für den freien Arbeitsmarkt zu erlangen. Die Motive der Akteure mögen dabei variieren, das Ziel blieb immer

*„... Eine ständige Anpassung an die technische und soziale Entwicklung haben die Werkstätten zu einem modernen Berufsförderungswerk fortentwickelt. Die moderne Rehabilitation ist eine Chance unserer Gesellschaft, mit der ihr ernster Wille zur humanitären und sozialen Gestaltung unter Beweis gestellt werden kann.“
Ernst Weiß (Präsident der Arbeits- und Sozialbehörde) 1970*

gleich. Während es der Stadt auch um die Verringerung ihrer Zuschüsse gegangen sein mag, so ist dennoch zu erkennen, dass es seit 1920 verfolgte Politik der HAWEE war, Normalität nicht nur in den Einrichtungen selbst sondern vor allem für den Alltag der Beschäftigten zu erlangen. Die Gesellschaft sollte von der

Bereicherung von Menschen mit Behinderung nicht nur überzeugt werden, es galt auch, die Leistungsfähigkeit für den Arbeitsmarkt zu dokumentieren. Waren es in den 1920er Jahren noch die Konkurrenzbedürfnisse des Handwerks, die diese Leistungsfähigkeit belegt, sollten es zunehmend auch die auswärtigen Beschäftigungsorte und schließlich die Übernahmen von Menschen mit Behinderung in den offenen Arbeitsmarkt sein. Zunächst galt es aber, im Nachkriegsdeutschland die zerstreuten Produktionsorte wieder aufzubauen und in Betrieb zu bringen. Dabei stand die Hamburger Werkstatt vor vielfältigen Herausforderungen: Das wohl grundlegendste Problem bestand 1946 darin, ge-

nügend Roh- und Hilfsstoffe für die Mitarbeiter zu beschaffen, um Arbeit zu ermöglichen. Bei der Sicherheit am Arbeitsplatz mangelte es fast an allem: Gesunde und hygienisch einwandfreie Arbeitsräume zu schaffen, war für die Geschäftsführung auch wegen der finanziellen Notlage der Sozialbehörde schwer. Dies erschwerte auch die dringend notwendige Verschlankung der Verwaltung und die Kostenminimierung. Auch die einzelnen Abteilungen, besonders die Schuhmacherei, mussten schnell effizienter werden. Zudem wurde für 1949 das ehrgeizige Ziel formuliert, noch folgende Abteilungen neu aufzubauen: eine Buchbinderei, eine Polsterei und Matratzenfabrikation und weitere anspruchsvolle Gewerke wie Feinmechanik und Radiobau, eine Orthopädie-Schuhmacherei und schließlich noch der Prothesenbau, mit weiteren Arbeitshilfsgeräten für Erwerbsbeschränkte.

Die Zeit des Wachstums wird eingeläutet

Aus der Perspektive der Beschäftigten und des Unternehmens geht mit der Phase vom Kriegsende bis in die frühen 1970er Jahre vor allem ein räumlicher Aufschwung einher. Die finanziellen, personellen und materiellen Schwierigkeit, welche die direkte Nachkriegszeit mit sich brachte, konnte man nach und nach überwinden und den Blick nach vorne richten: Nachdem 1949 optimistisch der Aufbau neuer Abteilungen verkündet wurde, begannen die Hamburger Werkstätten in den Folgejahren mit ihrem räumlichen Wachstum. Langsam, aber stetig erwarb die Geschäftsführung immer neue Räumlichkeiten, in denen die neuen Abteilungen und die vielen arbeitswilligen Beschäftigten unterkommen konnten. So wurde am 10. März 1958 das Beschäftigungsheim in der Richardstraße 60 für Jugendliche im Alter von 15 – 25 Jahren eingeweiht, die Keimzelle der



1955 gab es allen Grund zum Feiern: Die Nachkriegswehen sind überstanden.

Werkstatt in der Richardstraße, Ende der 1950er Jahre.

späteren Winterhuder Werkstätten. Am 31. März 1960 stand bereits die Grundsteinlegung für die Werkanlage in der August-Krogmann Straße an, die 1962 bezogen wurde. In diesen Jahren zeigte sich erneut, wie sich der teilhabeorientierte Umgang mit Menschen mit Behinderung, wie er in der HAWEE gelebt wurde, von dem fürsorgeorientierten Ansatz in Deutschland unterschied. Trotz der Schrecken der Segregation unter dem NS-Regime

war die Verwahrung und Fürsorge Behinderter noch immer der vorherrschende Ansatz. Bestärkt wurde diese deutsche Herangehensweise durch ein Gefühl des Mitleids, das sich über Jahre entwickelte. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt es, die vielen tausend Kriegsversehrten zu pflegen und zu umsorgen. Durch den Ausbruch der Kinderlähmung (Polio) 1952 waren in kürzester Zeit knapp 10 000 Menschen gelähmt und Ende der 1950er Jahre erschütterte der Contergan-Skandal das Land. Das Schlafmittel für Schwangere schädigte die Wachstumsentwicklung von rund 4 000 Föten in Deutschland. 1 200 Kinder starben dabei. Jegliche Form der Behinderung wurde zunehmend bemitleidet. Es schien, als seien nicht behinderte Menschen zur Fürsorge verpflichtet, da Menschen mit Behinderung sich nicht selbst helfen könnten. Dies spiegelte sich auch im Bundessozialhilfegesetz wider, das 1962 in Kraft trat und vordergründig die Pflege und Heimunterbringung behinderter Menschen finanziell unterstützte. Außerdem zielte der Gesetzgeber darauf ab, mehr Förder- und Betreuungseinrichtungen zu schaffen. Frühförderstellen, sozialpädiatrische Zentren, integrative Kinderkrippen und Kindergärten, schulvorbereitende Einrichtungen, Förderschulen, Internate, Werkstätten, Wohnangebote und Kurzzeitpflegeplätze wurden eingerichtet. An gesetzliche Anreize zur beruflichen Inklusion war zur damaligen Zeit noch nicht zu denken. Die „Bundesvereinigung Lebenshilfe“ sah die Auf-



Die neu entstandene Polsterei, hier 1963.

gabe der Werkstätten 1962 nach wie vor darin, Menschen mit Behinderung „gegen den rauhen Wind der Wirtschaft“ zu schützen. Die im November 1958 gegründete Lebenshilfe stellte Menschen mit Behinderung auf eine Stufe mit Kriegsflüchtlingen und KZ-Überlebenden. Ersteren wurde die Fähigkeit, selbstständig zu leben noch völlig abgesprochen,

weswegen eine Beschäftigung außerhalb der sogenannten „Beschützenden Werkstätten“ unmöglich erschien. Damit stand die deutsche Herangehensweise im krassen Gegensatz zu der Independent-Living-Bewegung, die sich ab 1964 in Kalifornien ausbreitete.

Edward Roberts: Vater der Independent-Living-Bewegung und Vorkämpfer für die Gleichberechtigung

Oft sind es die Querdenker, die echte Veränderungen herbeiführen. Menschen, die sich mit den gesellschaftlichen Umständen einfach nicht abfinden wollen und keinen Respekt vor dem Status Quo haben. Edward „Ed“ Roberts war so ein Mensch. Er war der erste schwerbehinderte Student an der Berkeley Universität in Kalifornien. Den Platz an der Universität hatte er sich hart erkämpfen müssen, denn sein Rehabilitationsberater war der Auffassung, ein vom Hals abwärts Gelähmter könne unmöglich studieren und einen Job bekommen. Mit ihm nachfolgenden Studierende mit Behinderung gründete er die Gruppe „Rolling Quads“ und ein Förderprogramm für körperlich behinderte Studenten, welches Rollstuhlreparaturen und Begleiter vermittelte. Aus dem 1968 gegründeten Berkeley Center for Independent Living erwuchs schließlich die weltweite Bewegung „Independent Living“, die sich für den Abbau von Sonderschulen und physischer Barrieren im Alltag einsetzt.



Die Hamburger Werkstatt stellt sich gegen den Zeitgeist der Isolation

Die Hamburger Werkstatt hatte eine andere, fortschrittlichere Sicht auf die Dinge: Hier machte sie 1963 vor, dass erwerbsbeschränkte Menschen sehr wohl außerhalb abgeschlossener Einrichtungen leben und sogar arbeiten können. In diesem Jahr wurden erstmals Beschäftigte auf einem Außenarbeitsplatz eingesetzt, in diesem Falle auf dem Friedhof in Ohlsdorf. Für Menschen mit Behinderungen ist es aber noch ein weiter Weg, bis das Zeitalter der Aufbewahrung, der Fürsorge und Ausgrenzung beendet ist. Es herrschte in den 1960er Jahren die Überzeugung, dass man behinderten Menschen am besten helfe, wenn sie von anderen Menschen isoliert in eigenen Institutionen zusammenleben. In dieser Zeit bestimmen gesellschaftliche Normen und Erwartungen das Menschenbild und jeder, der von dieser Norm abweicht, wird noch wie ein bemitleidenswerter Kranker behandelt. Im Vordergrund stand nicht das Individuum, sondern die Gemeinschaft, in die man sich durch eigene Schaffenskraft sinnvoll einzubringen hat. Wer dies nicht konnte, galt nicht als vollwertiges Mitglied. Diese „defizitären“ Zustände galt es so früh wie möglich zu er-

kennen, zu beseitigen oder zu verstecken, sofern eine Beseitigung nicht möglich war. Möglichkeiten pränataler Diagnostik und biomedizinische Methoden der Selektion werden in dieser Zeit intensiv erprobt. Dementsprechend beherrschten Beschäftigungsheime lange Zeit das Bild der Rehabilitation von Menschen mit Behinderung - auch in den späteren Winterhuder Werkstätten. Im Oktober 1965 wurde in der Ohlstedter Straße in Wohldorf-Ohlstedt ein weiteres Beschäftigungsheim mit einer Gruppe eröffnet, im Herbst 1967 folgt eine neue Werkstatt auf dem ehemaligen Kinderheim-Grundstück Billwerder Billdeich 424b. Im selben Jahr wurden im Tanzsaal einer ehemaligen Gaststätte im Göhlbachtal in Eißendorf zusätzliche 36 Plätze geschaffen. Bis 1968 entstanden so insgesamt fünf Beschäftigungswerkstätten, in denen 180 Beschäftigte mit Behinderung Arbeit fanden. Sie alle wurden in der 1967 neu geschaffenen Abteilung „Beschäftigungswerkstätten für Behinderte“ zusammengefasst.

Charakteristisch für die Zeit der Aufbewahrung ist auch eine Segregation im Bildungssystem. Im ganzen Land finden sich Sonderschulen wieder, die vereinzelt auch heute noch bestehen. Hier werden Kinder mit Behinderungen von ihren, der gesellschaftlichen Norm entsprechenden, Mitschülern isoliert. Der Bau einer solchen Sonderschule wird 1968 auch in Groß Borstel beschlossen, zu der auch eine kleine Beschäftigungswerkstatt gehören soll. Sie wird bald 24 Personen Arbeit bieten.

Es ist das Jahr 1968. Zurecht denkt man hierbei nicht nur an den ungerechten Umgang mit Menschen mit Behinderung, man denkt auch an den Anfang vom Ende des Vietnamkriegs, man denkt an den unter den Talaren aufgestauten Muff von 1000 Jahren. Während Jugendliche auf den Straßen und in den Hörsälen ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und antiautoritäre Erziehung einfordern, werden in der Hamburger Werkstatt zum ersten Mal überhaupt pädagogische Ansätze angewandt. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung der Befähigung und Weiterbildung der Beschäftigten, um auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bestehen zu können. Dieser neue Ansatz findet 1972 auch Ausdruck in der Planung einer neuen Zentralwerkstatt am Südring mit Gesamtkosten von etwa 9,6 Millionen Mark. In dieser neuen Werkstatt sollen Menschen mit Behinderung nicht nur beschäftigt werden. Fortan sollten hier 120 Personen angeleitet werden und 140 Dauerarbeitsplätze entstehen. Am 26. April 1978 wurde die 11,5 Mio. Mark teure Großwerkstatt schließlich eingeweiht. Am Südring sollten in 22 Arbeits- und fünf Unterrichtsräumen, einer Spezialküche, einem Mehrzweck- und Gymnastikraum 25 Körperbehinderte und 235 geistig Behinderte unter Anleitung und Betreuung von Sozialpädagogen, Beschäftigungstherapeuten und Erziehern einen Teil ihres Lebens neu gestalten können. Nur einen Tag später, am 7. Dezember, beschließen das Bundesarbeitsministerium und die Bundesanstalt für Arbeit die Finanzierung einer neuen Werkstatt in Farmsen mit 450 Plätzen. Es soll die bis dato größte Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Hamburg werden. Für die bereits bestehende Werkstatt in Farmsen, die mit ihren 360 Stellen aus allen Nähten platzt, ist diese Nachricht ein willkommenes vorgezogenes Weihnachtsgeschenk.



Nach der Arbeit durfte auch der Spaß nicht zu kurz kommen, wie hier auf einem Betriebsausflug 1969

Menschen mit Behinderung in der DDR

Im Umgang mit Menschen mit Behinderung in Ost- und Westdeutschland zeigten sich große Unterschiede: Während die Experten und Wirtschaftsbetriebe lange Zeit auf Fürsorge in Sonderstrukturen setzten, zielte die DDR schon früh auf Integration ab. So war zum Beispiel der Übergang von Kindern, die zunächst auf einer Sonderschule lernten, in eine Regelschule möglich. Getreu dem sozialistischen Humanismus sah man Menschen mit Behinderung im Osten Deutschlands als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft an. So wirkte man der bis 1969 üblichen Langzeithospitalisierung entgegen, indem man außerklinische Tagesförderstätten errichtete. Obwohl sich die DDR der Bundesrepublik in Bezug auf die Behindertenpolitik moralisch überlegen wähnte, konnten Menschen mit Behinderung auch hier nicht komplett frei arbeiten oder ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten: 1985 arbeiteten etwa 5 600 Menschen mit Behinderung in geschützten Werkstätten, während 36 000 Menschen in geschützten Abteilungen von Betrieben beschäftigt waren. Aus dem sozialistischen Überbau ließ sich die Überzeugung herleiten, dass gesellschaftliche Teilhabe auch durch Teilhabe am Produktionsprozess gewährleistet wurde. Neben der Produktion wurden Menschen mit Behinderung auch bei der Gartenarbeit oder in Küchen eingesetzt. Menschen, die in geschützter Arbeit tätig waren, wurde ein besonderer Kündigungsschutz gewährt. Erst mit Zustimmung der Kreisrehabilitationskommission konnte die Kündigung ausgesprochen werden. Arbeitsangebote für Schwerstbehinderte gab es in der DDR nicht, sie wurden zum Teil in Tagesstätten von kirchlichen Einrichtungen oder Betrieben versorgt und waren einem Rentenempfänger gleichgestellt. Die meisten Schwerstbehinderten wurden hingegen von ihren Eltern gepflegt, die nur ein sehr überschaubares Sonderpflegegeld erhielten. Zwar war die Situation der Menschen mit Behinderung im Osten nicht bedeutend schlechter als im Westen, jedoch konnten die Ideale des sozialistischen Humanismus nicht realisiert werden. Zum einen war die Behindertenpolitik stärker auf Integration ausgerichtet als in der Bundesrepublik, doch wegen des Mangels an gesellschaftlicher Repräsentation, etwa in Elternverbänden, waren Menschen mit Behinderung in der DDR nicht gleichgestellt. Auch hier blieben Menschen mit Behinderung weitestgehend unsichtbar, einen Zugang zur Mitte der Gesellschaft hatten vor allem Schwerstbehinderte nie.

In diesen Jahren lag der Drang zur Umwälzung gesellschaftlicher Regeln in der Luft. Eine gerechtere demokratischere und friedlichere Ordnung musste her, in der alte Normen und Rollenbilder verworfen werden. So passiert es auch, dass nach und nach das Paradigma der Isolation von Menschen mit Behinderungen infrage gestellt wurde. Dabei waren es vorwiegend die Behinderten selbst, die ihr Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe am Arbeitsleben einforderten und somit das Zeitalter der Integration anstießen.

Dentale Meilensteine made in Hamburg: DMG und die Elbe-Werkstätten

Seit über fünf Jahrzehnten erleichtert DMG Zahnärzten und Zahntechnikern die tägliche Arbeit. Mit innovativen Dentalmaterialien made in Hamburg. 1963 von Ernst Mühlbauer gegründet, leitet heute sein Sohn Dr. Wolfgang Mühlbauer das mittlerweile rund 400 Mitarbeiter starke Unternehmen. Zahnärzte und Labore in 90 Ländern der Welt vertrauen auf die Qualität der DMG Markenprodukte. Die Elbe-Werkstätten haben daran seit langem ihren Anteil.



Aller Anfang ist klein

Schon 1993 begann die Zusammenarbeit von DMG und Elbe-Werkstätten – mit einem Auftrag über umgerechnet 160 Euro. Plus Mehrwertsteuer. Der damalige DMG Prokurist Jürgen Brennecke erinnert sich an den ungewohnt herzlichen Start: Schließlich wird man nicht von jedem Geschäftspartner gleich innig umarmt ...

Zunächst wurden nur einfachste Packarbeiten vergeben, und es gab ganz am Anfang durchaus auch Skepsis. Schnell wurde aber deutlich, mit wie viel Elan und Sorgfalt die Beschäftigten bei der Sache sind und wie gut die geleistete Arbeit ist.

Qualität zahlt sich aus

DMG wuchs, nicht zuletzt dank der hohen Qualität der Produkte. Und mit DMG wuchs das Auftragsvolumen für die Elbe-Werkstätten. Zunehmend wurden auch anspruchsvollere Arbeiten übernommen, z. B. die Bedienung von Druckerei- und Montagemaschinen, die DMG vor Ort aufstellte. Die Palette der Tätigkeiten reichte bald von verschiedensten Konfektionierungsschritten über das Vormontieren von Kartuschen bis zur Kolbenmontage. Auch DMGs revolutionäre, vielfach ausgezeichnete Produktinnovation „Icon“ zur schonenden Kariesbehandlung geht durch die geübten Hände der Elbe-Beschäftigten.

Feiern mit dem Bürgermeister

DMG gehört heute zu den größten Auftraggebern der Elbe-Werkstätten. Über 120 Beschäftigte arbeiten in zwei Betriebstätten für unser Produktportfolio. Auch ein eigenes Lager mit DMG Teilen unterhalten die Elbe-Werkstätten. Und: Aus dem Kunden und dem Dienstleister sind längst Partner geworden, die sich auch menschlich verstehen und zu-

sammen feiern. Zum Beispiel auf dem unvergesslichen gemeinsamen Sommerfest im Friesenweg. Zu dessen Gästen zählte kein Geringerer als der damalige Erste Bürgermeister Ole von Beust. Und auch er bekam die Begeisterungsfähigkeit der Elbe-Beschäftigten hautnah zu spüren. Wohl selten wurde ein Politiker so ausgiebig „geknuddelt“!

Aus Partnern werden Kollegen

Im August 2018 wurde die langjährige Zusammenarbeit auf ein neues Level gehoben. Ein Team der Elbe-Werkstätten arbeitet seitdem direkt hier bei DMG. Bei uns und mit uns. Die Gruppe samt Teamleiter hat ihren Arbeitsplatz in unserer Abformproduktion, ist aber auch für andere Produktbereiche tätig.

Die Begrüßung war beiderseitig ausgesprochen herzlich und für Heike Ehrichs, stellvertretende Abteilungsleiterin Abform, fühlt es sich mittlerweile an, „als wären die Elbe-Kollegen schon immer da gewesen“.

Ein Gewinn für alle

Menschen mit Behinderung den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen, ist zweifellos ein wichtiger Pluspunkt der direkten Zusammenarbeit vor Ort. Aber bei weitem nicht der einzige. DMG Planerin Nadine Roman freut sich über schnelle Fertigmeldungen – denn die Transportwege für viele Artikel sind nun Schnee von gestern. Elbe-Teamleiter Jan Lorenzen-Blendow, Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung, lobt die „Wertschätzung unserer Arbeit und eine tolle allgemeine Unterstützung“. Auch Produktionsfachkraft Olaf Janota betont „die kollegiale Zusammenarbeit“.

Und was sagen die Teammitglieder selbst? Sie sind stolz darauf, Teil der DMG Familie zu sein und arbeiten gern hier. Wobei jeder seine eigenen Highlights hat. Zum Beispiel das „gute Mittagessen in der Kantine“, die gemeinsamen Feste, den Spaß an der Montage- und Maschinenarbeit und vor allem auch, „dass die Kollegen uns akzeptieren, wie wir sind“.

Fazit unserer Elbe-Kollegin Rita Buhm: „Das Zusammensein und Zusammenarbeiten mit den DMG Kollegen finde ich toll!“

Vielen Dank. Das geht uns genauso.



Der Kampf für die Integration:

Die Zeit der humanisierten Behindertenhilfe

Inspirierte von der Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King und den „68ern“ entsteht die deutsche Behindertenbewegung: Die 1970er und 1980er Jahre sind geprägt von Demonstrationen und lautstarken Forderungen nach mehr gesellschaftlicher Anerkennung, dem Abbau aller Barrieren und die Integration in den Alltag. Menschen mit Behinderungen sind nicht von sich aus eingeschränkt, sie werden vielmehr durch ihre Umwelt behindert. In diesen stürmischen Zeiten wachsen die Hamburger Werkstatt und die Winterhuder Werkstätten zu etablierten Unternehmen der Hamburger Wirtschaft heran, und die Elbe-Werkstätten erblicken das Licht der Welt. Bald stellt die Rezession, der Siegeszug der Computer und die steigende Nachfrage an Werkstattplätzen die Betriebe vor erhebliche Herausforderungen.

1974 – 1994

Keine Bevormundung, sondern Selbstbestimmung!

Das war das Motto der 1970er Jahre. Basierend auf den Ideen und Anliegen der Bürgerrechtsbewegung in den USA entstanden auch in Deutschland vermehrt Bündnisse von Menschen mit Behinderungen, deren wichtigstes Anliegen die Selbsthilfe und eine gesetzliche Gleichstellung war. Diese zentralen Forderungen der deutschen Behindertenbewegung wurden begleitet von einer Forderung an die Gesellschaft, das bestehende Verständnis des „normalen“ Menschen infrage zu stellen. Es sei nämlich nicht der körperlich oder geistig eingeschränkte Mensch, der behindert sei, sondern vielmehr die Gesellschaft selbst, die diese Menschen durch Isolation behindere. Damit stellte man Menschen mit Behinderung erstmals auf eine Stufe mit anderen unterdrückten Minderheiten, wie Dunkelhäutige oder Andersgläubige. Während beispielsweise Dunkelhäutige durch gesetzlich festgeschriebenen oder gesellschaftlichen Rassismus aus dem Alltag ausgeschlossen werden, stoßen Menschen mit Behinderung oft an physische und kommunikative Decken aus Glas. So werden im einfachsten Falle alle Rollstuhlfahrer aus Gebäuden ausgeschlossen, die man nur über Treppen betreten kann. Personen mit Lernschwächen verlieren oft den gesellschaftlichen Anschluss, weil sie die komplexe Sprache, gerade im Umgang mit Behörden, nicht verstehen können. Im Zeitalter der Integration galt es also,

alle Barrieren, die Behinderten den Zugang zum gesellschaftlichen Leben verwehrten, Schritt für Schritt abzubauen.

Selbstbestimmung in der Werkstatt: Der Werkstattrat wird gegründet

Auch bei der Umsetzung dieser Forderungen war die Hamburger Werkstatt ein Vorreiter: Schon 1972 wurde im Betrieb eine Interessensvertretung (IV) ins Leben gerufen, die manch einen Mitarbeiter sogar überforderte: Niemand war Anfang der 1970er Jahre daran gewohnt, seine Stimme gegen die Vorgesetzten zu erheben, kritische Fragen zu stellen oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu fordern. Es dauerte eine Weile, bis die Beschäftigten den Mut entwickelten, die Möglichkeiten der Interessensvertretung zu nutzen, und bis diese aktiv von der Geschäftsführung unterstützt wurde. Auf jeden Fall aber hat die Interessensvertretung schon früh dazu beigetragen, dass sich Gruppen- oder Abteilungsleiter und Behinderte auf Augenhöhe begegneten. Heinz Hartmuth, ehemaliger Vorsitzender der IV, erinnerte sich im Juli 1987: *„Ich habe das Gefühl, daß Behinderte in anderen Werkstätten, wo ich war, nicht als Mitarbeiter sondern wie Kinder behandelt werden. Das geht nicht. Jeder Behinderte ist Mitarbeiter der Werkstatt!“*



„Darf ich um diesen Tanz bitten?“ Auf dem Faschingsfest 1974 geht es ausgelassen zu!

Ein Ende der Segregation – Die Aufbruchsstimmung der 1970er Jahre

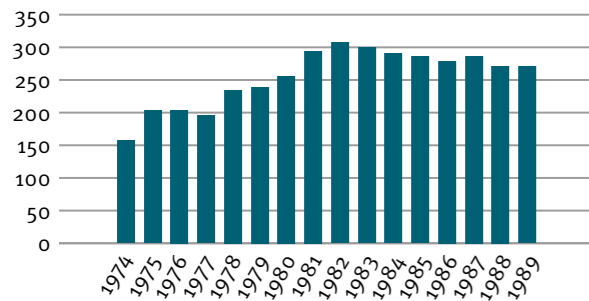
Die späten 1960er Jahre stehen, wohl in der ganzen westlichen Welt, für eine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung: Für den Frieden und sozialen Aufschwung, gegen Krieg und Ausgrenzung. Diese Entwicklung hat viele Ursprünge. Nicht nur die Hippiebewegung, die durch die Kriegsmüdigkeit der amerikanischen Öffentlichkeit zu Zeiten des Vietnamkrieges entsteht, will die Gesellschaft verändern. Schon die Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King kämpfte gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und Segregation, besonders gegenüber der afroamerikanischen Bevölkerung. Hierzulande spiegelte sich diese Grundstimmung in der 68er-Bewegung wieder, die für eine Reformierung und Demokratisierung sozialer Institutionen kämpfte. Die Forderung nach mehr Selbstbestimmung nahm schließlich Anfang der 1970er Jahre auch die Behindertenhilfe auf. Es formierten sich immer neue Selbsthilfeorganisationen, forderten Selbstbestimmung und ein Ende der ausgrenzenden Heim- und Sonderschulstrukturen. Das Zeitalter der Isolation behinderter Menschen sollte endlich ein Ende finden. Die Bewegung nahm dabei die Ideen des italienischen Integrationsgrundsatzes auf, demzufolge behinderte Kinder in Regelschulen integriert, statt in Sonderschulen ausgeschlossen werden sollten. Auch in Gemeinden und vor allem dem allgemeinen Arbeitsmarkt sollten behinderte Menschen integriert werden. Und tatsächlich gelang es der Bewegung, die ausgrenzenden Strukturen zum Teil aufzubrechen: 1976 wurde an der Fläming-Grundschule in Berlin-Friedenau die erste „Integrationsklasse“ eingerichtet, in der behinderte wie nicht behinderte Kinder gemeinsam lernen können, weitere sollten bald folgen. Auch die Politik nahm sich dem neuen Zeitgeist an. Unter dem neu gewählten Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) beschloss der Bundestag 1974 eine Weiterentwicklung des Schwerbehindertengesetzes. Damit wurden Behinderte erstmals nicht mehr im Sinne der sozialen Sicherung entschädigt, ihnen wurden nun Rechte zugesprochen. Die Ursachen der Behinderung spielten erstmals keine Rolle mehr und der Kündigungsschutz wurde ebenfalls gestärkt. Mit der Werkstattkonzeption erhielten 50 000 geistig Behinderte endlich eine gesetzliche Grundlage, die ihnen eine persönliche und berufliche Förderung ermöglicht. 1980 wurde schließlich die Werkstättenverordnung verabschiedet, wonach die Werkstätten mindestens 120 Menschen mit Behinderung Arbeit anbieten müssen, um am Arbeitsleben teilnehmen zu können.

In dieser Zeit fand ein Paradigmenwechsel statt, den die Menschen mit Behinderung selbst angestoßen haben. Doch am Ziel waren sie damit noch lange nicht, wie die nächsten Jahre zeigen sollten.

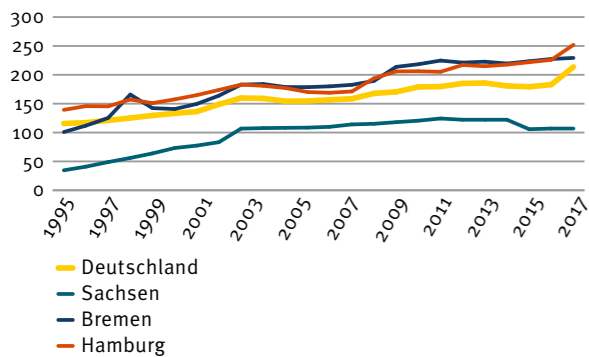
Trotz positiver Tendenzen verdienen Menschen mit Behinderung zu wenig - bis heute

In den 1970er Jahren stiegen die Löhne in der Hamburg Werkstatt noch stark an und verdoppelten sich bis 1982 gegenüber 1974 sogar auf 307,29 Mark. Doch nicht nur in der Hamburger Werkstatt, sondern in ganz Deutschland sanken die Löhne Anfang der 1980er Jahre

Monatsverdienste in der Hamburger Werkstatt (in Mark)



Durchschnittliche Lohnentwicklung der Beschäftigten in WfMB in den Bundesländern, in Mark (ab 2002 in Euro), 1994 – 2017



und stagnierten etwa ab 1986. Grund dafür war die schlechte Auftragslage, die der zweite Ölpreisschock ab 1979/80 mit Verzögerung auslöste.

Zwar reichte der Monatsverdienst auch zu Hochzeiten nicht aus, um sich durch eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen, doch stimmen zwei Tendenzen hoffnungsvoll: Zum einen steigt der Durchschnittslohn (der auch innerhalb der Werkstätten je nach Auftragslage variieren kann) seit 1994 in ganz Deutschland konstant an. Während er 1994 noch bei durchschnittlich 115,68 Mark lag, verdiente man 2017 im Durchschnitt 213,69 Euro.

Zum anderen konnten die Werkstattmitarbeiter in Hamburg in diesem Zeitraum fast durchgehend die höchsten Löhne gegenüber ihren Kollegen im Rest der Republik vorweisen. 2017 verdienten Angestellte der Werkstätten in Hamburg im Schnitt 251,91 Euro. Zum Vergleich: In Sachsen konnten die Werkstätten ihren Mitarbeitern nur 106,92 Euro ausbezahlen. Doch auch wenn die Löhne langsam steigen, verdienen die Werkstattmitarbeiter in Deutschland noch immer nicht genug, um sich ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren.

Nachdem das Verlangen nach Integration Anfang der 1970er Jahre vorwiegend von Behinderten selbst geäußert wurde und sich zum Beispiel im Aufbau einer Interessensvertretung manifestierte, zog 1975 auch der Gesetzgeber nach und stieß an, Werkstattbeschäftigte erstmals wie ordentliche Arbeitnehmer zu behandeln: Durch das Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter,

das am 7. Mai 1975 in Kraft trat, wurden behinderte Werkstattmitarbeiter erstmals in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung mitversichert. Und auch wenn die sich daraus ergebenden Rentenansprüche der Beschäftigten noch sehr niedrig waren, wurde dieses Gesetz vor allem als Wertschätzung ihrer Arbeit gewertet. Zum ersten Mal wurden die Werkstätten auch als offizieller „Arbeitgeber“ bezeichnet. Das verdeutlicht, dass die Werkstätten vorrangig Unternehmen und keine Beschäftigungsheime sein sollten. Ein Meilenstein der Emanzipation behinderter Menschen! Gleichzeitig kommt die Hamburger Werkstatt durch das Gesetz ihrem Ziel näher, Arbeit nicht nur zu ermöglichen, sondern Menschen mit Behinderung zu einem gleichberechtigten Teil des Arbeitsmarktes zu machen.

Dietrich Anders – Das Gesicht der Hamburger Werkstätten

Vier Jahrzehnte lang war er das Gesicht der Hamburger Werkstätten und ein echter Kämpfer für die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung. Dietrich Anders leitete von 1974 bis 2003 als Geschäftsführer die Geschicke der Werkstatt und engagierte sich von 1984 bis 2000 als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft aller Behindertenwerkstätten. Sein beruflicher Werdegang begann zunächst im Dortmunder Stollen Bövinghausen, wo er 600 Meter unter Tage Kohle abbaute und mit viel Glück einen Einsturz des Stollens überlebte. Anders wollte vor allen Dingen im sozialen Bereich tätig sein: In Freiburg leistete er einen Vorbereitungsdienst im Gemeinde- und Wohlfahrtsdienst und legte an der evangelischen Fachschule für Sozialpädagogik sein Examen ab. Sein weiterer Weg führte Anders als Sozialarbeiter und Pädagoge zum Paritätischen Wohlfahrtsverband in Hamburg und in die Jugendbehörde, wo er für Senator Ernst Weiß und Senatsdirektor Karl Winkelmann arbeitete. 1974 war es schließlich soweit: Dietrich Anders kam als Geschäftsführer zu den Hamburger Werkstätten. Sein Ziel bestand anfangs darin, auch Menschen mit geringeren geistigen Fähigkeiten zu beschäftigen. Ihnen bot er in der Näherei eine Umschulung, die es ihnen ermöglichte, Krankenhauswäsche an die Hamburger Krankenhäuser und die Kieler Universitätsklinik zu liefern. Dabei war sich Anders stets des Dilemmas der Behindertenwerkstätten bewusst: Sollen die „fähigsten“ Angestellten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden oder in der Werkstatt gehalten werden? Für ihn hatte hier der Mensch Vorrang vor dem Umsatz der Werkstatt. Gleichzeitig machte Anders durch das ausgeglichene Portfolio der Hamburger Werkstätten deutschlandweit von sich reden: Durch die Differenzierung in verschiedene Abteilungen wurden die Werkstätten resistent gegen wirtschaftliche Einbrüche. Der Erfolg oder Misserfolg eines Bereichs entschied nicht allein über die Zukunft des Gesamtbetriebs. Diese Erfolge brachten ihm 1984 den Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten ein. Fortan initiierte Anders Messen und Arbeitskreise, in denen ein reger Austausch über die Erhaltung der Marktfähigkeit, Vertriebsmöglichkeiten und die veränderten Bedürfnisse der Beschäftigten diskutiert wurden. Für Dietrich Anders stand stets das Individuum im Fokus: Die Aufgabe der Werkstätten bestünde darin, Menschen mit Behinderung Arbeit zu ermöglichen und dadurch einen Lebensinhalt zu schaffen. Dabei müsse Arbeit aber, wie bei allen Menschen, von Freizeit und der Wohnsituation getrennt werden. Menschen mit Behinderung haben schließlich ein Recht darauf, nicht nur im beschützten, beruflichen Rahmen der Werkstätten, sondern auch im Alltag frei von Stigmatisierung und Ausgrenzung zu leben. Normalität bedeutet nämlich inklusive Teilhabe an allen Lebensbereichen.



Dietrich Anders

Beitrag Evangelische Bank für die Festschrift der Elbe-Werkstätten

100 Jahre Elbe-Werkstätten – ein besonderer Anlass zum Feiern! Die Evangelische Bank gratuliert dazu sehr herzlich. Als Finanzierungsspezialist für die Gesundheits- und Sozialwirtschaft gehören nicht nur kirchlich-diakonische, sondern auch frei gemeinnützige und öffentliche Träger zu unseren Partnern. Daher blicken wir im Jubiläumsjahr mit Stolz darauf, dass uns mit den Elbe-Werkstätten seit Jahren eine enge Partnerschaft verbindet. Wir haben die Einrichtungen auf ihrem Wachstumskurs aktiv begleiten dürfen und sie mit unserer Finanzierungsexpertise und unserem sozialwirtschaftlichen Know-how in fachlichen Fragen konstruktiv unterstützt.



Zehn Jahrzehnte der Entwicklung der damaligen Hamburger Werkstatt umfassen unzählige Erfolge, aber auch das eine oder andere, was anders als geplant verlief. Nichts ist beständiger als der Wandel. Veränderte politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen erfordern neue Antworten. Doch stets waren die Elbe-Werkstätten, wie es der Claim formuliert, „mit Menschen erfolgreich“. Die Menschen, mit denen und für die Sie arbeiten, sind Basis Ihres Erfolges. Von Beginn an war Ihr Sozialunternehmen für Menschen mit Behinderung und eingeschränkter Erwerbsfähigkeit da. Damals wie heute war der Leitgedanke, Menschen mit Handicap durch eine ihren Möglichkeiten entsprechende sinnvolle Tätigkeit die Eingliederung in das Erwerbsleben und einen strukturierten Tagesablauf zu ermöglichen. Die Elbe-Werkstätten haben Inklusion praktiziert, als es sie dem Begriff nach noch gar nicht gab. Heute ist Inklusion als Aufgabe gesellschaftlich akzeptiert – so viel auf dem Weg zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung noch zu tun bleibt. Daran, dass dieses Themensetting erfolgreich war, haben die Elbe-Werkstätten als bestens vernetzter sozialer Träger einen großen Anteil.

„Uns verbinden Werte“ – der Claim der Evangelischen Bank bekräftigt, dass wir als nachhaltig ausgerichtete Kirchen- und Sozialbank eine ähnliche Werteorientierung teilen. Ob christlich oder nicht – Leitwerte wie Solidarität, Hilfsbereitschaft, Nächstenliebe und die Achtung der Würde des Mitmenschen sind universell. Sie haben diesen Anspruch durch Ihre Arbeit mit gehandicapten Menschen stets mit Leben gefüllt. Dabei stehen wir als langjähriger Partner der Behindertenpflege auch künftig an Ihrer Seite.

Die Evangelische Bank hat 2019 ihr 50-jähriges Jubiläum gefeiert. Wachstums- und Konsolidierungsphasen, Fusionen und Neuausrichtungen prägen unsere wie Ihre Geschichte. Immer geht es darum, auf gewandelte Anforderungen der Kunden und Klienten zeitgemäße, zukunftsweisende Antworten zu finden. Und das tun wir mit unseren Partnern – nachhaltig und sozial, respektvoll und fair, menschlich und verlässlich. Zahlungsverkehr, Liquiditätsmanagement, Kreditanträge und Finanzierungszusagen – im digitalen Zeitalter hat das nur noch wenig mit dem zu tun, was der ehrbare hanseatische Kaufmann darunter verstanden haben mag. Aber auch heute arbeiten Menschen zum Wohle anderer Menschen, entwickeln kreative Ideen und innovative Lösungen. Die uns leitenden Werte bleiben das Fundament einer auch in Zukunft wegweisenden Zusammenarbeit – Inklusion inklusive!

Die Evangelische Bank eG ist genossenschaftlich organisiert und die nachhaltig führende Spezialbank für Kunden aus Kirche, Gesundheits- und Sozialwirtschaft sowie für alle privaten Kunden mit christlicher Werteorientierung.

Mit einer Bilanzsumme von 7,7 Mrd. Euro ist die EB mit Hauptsitz in Kassel die führende deutsche Kirchenbank und zählt bundesweit zu den größten Genossenschaftsinstituten. Als DIE Nachhaltigkeitsbank richtet die Evangelische Bank ihr unternehmerisches Handeln konsequent nach den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sowie nach den anspruchsvollen EMASplus-Kriterien aus.

www.eb.de/nachhaltigkeit

kostenfreies Servicetelefon: 0800 520 604 10

Neue Räumlichkeiten eröffnen neue Möglichkeiten

Gleichzeitig geht das Wachstum der Hamburger Werkstätten ungebremst weiter: Zum einen erfordert das neue Gesetz den Aufbau einer vollständigen, modernen Lohnbuchhaltung, wodurch neue Arbeitsplätze im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung entstehen. Zum anderen werden immer neue Räumlichkeiten gekauft, gemietet, umgebaut und in Werkstätten umfunktioniert. So erfolgte bereits am 1. März 1974 die Grundsteinlegung für eine neue Werkstatt am Nymphenweg in Marmstorf. Durch die Angliederung der Werkstatt an ein Tagesheim und eine Schule sollte für Kinder mit Behinderung eine optimale Förderung ermöglicht werden.



Nach drei Jahren Bauzeit kann die Hamburger Werkstatt in der neuen Zentralwerkstatt am Südring im November 1976 die ersten Räumlichkeiten beziehen.

Mittlerweile waren über ganz Hamburg viele kleine Werkstätten verteilt, die zwar kurze Arbeitswege möglich machten, gleichzeitig aber keine ausreichende Förderung der Menschen mit Behinderung bewerkstelligen konnten. So wurden bereits 1968 die Beschäftigungswerkstätten Richardstraße und Uferstraße mit einem Zwischenbau räumlich verbunden und in zusammenhängende Beschäftigungswerkstatt überführt. Gleichzeitig konnte die Sozialbehörde Ende 1968 das Grundstück im Winterhuder Südring erwerben. Hier sollte eine zentrale Großwerkstatt für 9,6 Millionen Mark entstehen, in der sowohl angelernt, als auch dauerhaft gearbeitet wird. Schon am 18. Juni 1975 konnte das Richtfest in der neuen Großwerkstatt begangen und am 1. November 1976 die Arbeit aufgenommen werden, nachdem Sozialsenator Ernst Weiß am 6. Dezember 1973 bei der Grundsteinlegung ausführte: „Hamburg wird nicht erst mit dem hier zu beginnenden Werk eine Stadt mit aufgeschlossenem Sinn für die Interessen Behinderter. Es hat bereits eine fortschrittliche, soziale Infrastruktur auf diesem Gebiet. Die Arbeit in einer solchen Werk-

statt darf jedoch nicht unter irgendeinem Leistungsdruck stehen. Sie soll vielmehr den Weg zur Rehabilitation öffnen und die Fähigkeiten behinderter Menschen mobilisieren.“ In dieser neuen Werkstatt wollte man Menschen mit Behinderung zwar nicht unter Leistungsdruck setzen, eine reine Beschäftigung war aber auch nicht gewollt. Dafür mussten allerdings die vier kleineren Außenwerkstätten Bahrenfelder Straße, Billwerder Billdeich, Lokstedter Damm und Ohlstedter Straße ihren Betrieb einstellen.

Schon bald kann die Sozialbehörde aber einen noch wichtigeren Neubau verkünden: Senator Weiß, der inzwischen Erfahrungen im Einweihen von Großwerkstätten gesammelt hatte, initiierte am 24. September 1975 den Bau einer weiteren Werkstatt in Sasel. Am



Der Bebauungsplan für die Großwerkstatt in Sasel

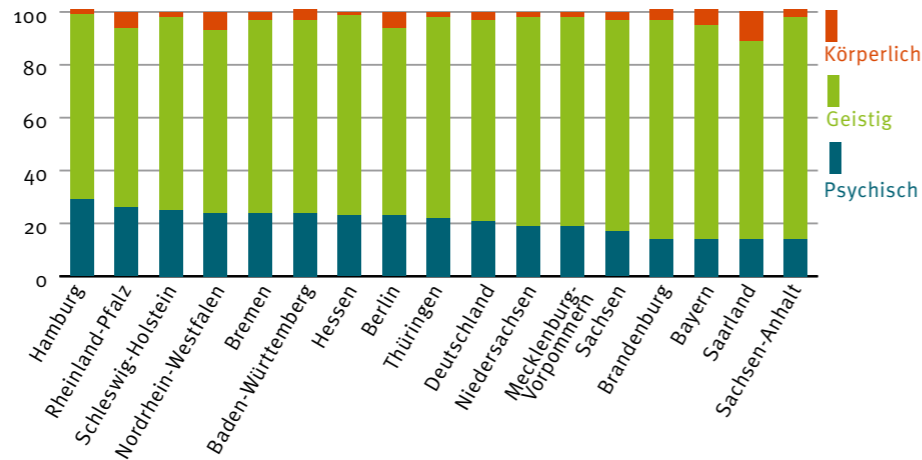
Meiendorfer Mühlenweg, wo die Elbe-Werkstätten Nord auch heute noch ihren Hauptsitz haben, entstanden für 28 Millionen Mark 600 Trainings- und Arbeitsplätze, Sozial-, Therapie- und Behandlungsbereiche für körperlich, geistig, psychisch und mehrfach behinderte Menschen. Die „Geschützte Werkstatt“ der Werkanlage Farmsen, welche den Mitarbeitern vor allem ein geeignetes Lebensumfeld bot, zog schon kurz nach der Eröffnung der neuen Großwerkstatt auf das Gelände am Meiendorfer Mühlenweg.

Die neuen Räumlichkeiten in Sasel brachten viele Erleichterungen mit sich. Zum einen vereinfachte die Zentralisierung durch den Neubau den Gesamtbetrieb und zum anderen konnten produktionschwache Abteilungen ihre Produktivität erhöhen und somit die Umsätze steigern. Eine Umsatzsteigerung war auch dringend geboten, denn in den frühen 1970er Jahre wurde die Auftragslage immer schwieriger. Der Rückgang neuer Schulbauten und die reduzierte Produktion von Krankenhausbetten stellten Tischlerei und Näherei vor schwierige Aufgaben. Um auf diese schneller reagieren zu können, wurde unter anderem

beschlossen, die Leiter der einzelnen Abteilungen selbstständiger gegenüber dem Geschäftsführer zu machen. Mit der Inbetriebnahme des neuen Standorts in Wandsbek - Sasel erlebte das Unternehmen dann endlich einen regelrechten Boom. Nachdem man im selben Jahr schon eine Goldmedaille im deutschlandweiten Wettbewerb „Industrie im Städtebau“ erhielt, wurden auch immer mehr Auftraggeber auf die Werkstätten aufmerksam, alte Stammkunden konnte man halten. „Hier in Sasel begannen die Großaufträge, und wir mussten wieder einmal umdenken, von Kleinstaufträgen zu Paletten, Lastzug- und sogar Waggonmengen“, beschrieb ein ehemaliger Abteilungsleiter die Situation rückblickend. Das spiegelte sich nicht nur in starken Umsatzsteigerungen wider, auch die Löhne der inzwischen schon rund 350 Werkstattbeschäftigten stiegen endlich an: Verdiente man 1974 durchschnittlich noch 157,20 Mark in den Werkstätten, waren es 1982 bereits 307,20 Mark.

Auch die Werkstätten der Sozialbehörde wurden strukturell angepasst, um eine flexiblere Betriebsführung zu ermöglichen: Zum 1. Januar 1978 wurden die Werkstätten der Behörde in den Landesbetrieb, die späteren Winterhuder Werkstätten, umgewandelt. 1979 erhält auch der Standort Harburg, nach Winterhude und Wandsbek, eine Großwerkstatt, als Dependance des Landesbetriebes. Ende August wurden im Nymphenweg die letzten Arbeiten vorgenommen, und schon wurden hier Broschüren in der Druckerei und Verpackungskisten in der Holzverarbeitung gefertigt. Der Neubau am Nymphenweg, der insgesamt 14 Millionen Mark gekostet hat, ersetzte die provisorische Werkstatt am Lohmühlengraben. Die drei großen Werkstattstandorte konnten also bis 1979 fertiggestellt werden.

Belegte Plätze in Behindertenwerkstätten der Bundesländer nach Art der Beeinträchtigung, 2018



Von Beschäftigten, für Beschäftigte – Die Werkstattzeitungen

„Eine Eintrittskarte nach eigener Wahl, z.B. Fußball, Kino, Theater usw. Wert: ca. 20,-Mark“ Das wurde im Dezember 1978 demjenigen Kollegen versprochen, der den besten Vorschlag für den Namen der neuen Werkszeitung für die Hamburger Werkstatt einreichte. Über diesen Preis konnte sich schon bald der Kollege Werner Rieck aus Abteilung 75 freuen, denn sein Vorschlag Das Hörrohr überzeugte die erst jüngst gegründete Zeitungsredaktion. Ein Hörrohr sei „ganz schön nützlich“, um in diesem großen Betrieb der Hamburger Werkstatt oder zumindest fast mitzubekommen, was so vor sich ging. Fortan wollte die achtköpfige Redaktion alles sichtbar machen, was sie mit ihrem metaphorischen Hörrohr alles zu Ohren bekamen. In den verschiedensten Rubriken berichtete das Hörrohr etwa im Dreimonatstakt über Veränderungen im Betrieb, anstehende Ausflüge und Sportveranstaltungen oder das politische Geschehen in Deutschland und der Welt. Die Redaktion begleitete Mitarbeiter durch ihren Arbeitsalltag, gab ihnen eine Stimme und ließ sie ihre Geschichten erzählen. Das Hörrohr bot allen Beschäftigten die Möglichkeit, die verschiedensten Stimmungslagen im Betrieb und Stellungnahmen und Ankündigungen der Geschäftsführung aufzufangen. Nicht selten gingen die Autoren mit dem Betrieb hart ins Gericht und geigten der Geschäftsführung oder den politischen Verantwortlichen ganz offen ihre Meinung. Manchmal salopp im Ton, aber immer fair gegenüber den Menschen, rüttelte das Hörrohr wach, legte den Finger in die Wunde oder sorgte mit Gedichten und Anekdoten auch für ein Schmunzeln bei den Beschäftigten. Beliebter Dauerbrenner war zum Beispiel die Rubrik „Hein Berne latsch durche Firma“, in der besagter Kollege humoristisch und in feinstem Hamburger Snack direkt den Leser anspricht. Auch in den Winterhuder Werkstätten wurden die Beschäftigten über aktuelle Ereignisse informiert. Im November 1987 erschien die Erstausgabe der „Winterhuder Werkstattzeitung“ (WWZ). Mit der Neugliederung der Werkstätten in Hamburg und der Umbenennung in Winterhuder Werkstätten, sei die Zeit reif gewesen für eine Werkstattzeitung, so der damalige Geschäftsführer Ferdinand Schäfers im Vorwort der ersten Ausgabe. Meinungsaustausch, die Arbeit in der Werkstatt durchschaubarer machen und zu verbessern war das Ziel der Zeitung. Viermal im Jahr wurde Rezepte abgedruckt, über Ausflüge berichtet, aber auch gesellschaftliche Fragen erörtert, beispielsweise das Leben von Menschen mit Behinderung in andern Ländern, die Aufgaben der Gewerkschaften oder Kopfschmerzen am Arbeitsplatz. Für die Elbe-Werkstätten ging im April 1988 das Werkstattmagazin Schwindelfrei an den Start. Wie im Hörrohr wurden auch hier von Anfang an heikle Themen angesprochen.



SCHWINDELFREI

In der Erstausgabe etwa wagte sich die Redaktion sofort an das Thema „Hafenstraße“ und wurde direkt zum Politikum: Eine Harburger Bürgerschaftsabgeordnete erzwang durch eine Anfrage eine Stellungnahme des Senats zu dem Artikel. Sie warf Geschäftsführer Bodo Schümann (MdHB der SPD) vor, das Blatt als Sprachrohr für seine linke Politik zu missbrauchen. Auch wenn diese Anfrage nur mit einer kühlen Antwort durch Senator Ortwin Runde bedacht wurde und das Thema allmählich an Fahrt verlor, konnte die Redaktion den Abgeordneten dankbar sein. Direkt mit der Erstausgabe machte sich „Schwindelfrei“ in der Lokalpresse einen Namen und damit Werbung für die Elbe-Werkstätten. Schwindelfrei spiegelte seitdem die stürmischen Entwicklungen der Elbe-Werkstätten und bot Raum für kontroverse Diskussionen – ganz nach Geschmack der Gründungsredaktion.

Neben den Werkstattzeitungen – Hörrohr, Schwindelfrei und Winterhuder Werkstattzeitung – gibt noch ein viertes Magazin Auskunft über das Geschehen in den Werkstätten und auch über das Thema berufliche Teilhabe in ganz Deutschland. Als Informationsdienstleister umfasst 53° NORD, ehemals ein Geschäftsbereich der ehemaligen Elbe-Werkstätten und heute der Genossenschaft der Werkstätten eg (GdW) seit 2009 eine Veranstaltungsagentur, einen Buchverlag und Medienversand sowie die Zeitschrift KLARER KURS: Mit diesem Titel sendet 53° NORD ein deutliches Signal, dass hier nicht nur nüchtern über den aktuellen Stand der beruflichen Inklusion berichtet, sondern bewusst Stellung für die Beteiligungsrechte der Menschen mit Behinderung bezogen wird. Das Magazin KLARER KURS ist deutschlandweit einzigartig, da es mit Reportagen, Portraits, Hintergrundberichten, Kommentaren und Diskussionen wertvolle Einblicke in die Situation von Menschen mit Behinderung anbietet. Alle drei Monate erscheint das Magazin, dessen Beiträge stets umfassend recherchiert, fachlich kompetent, praxisnah und lösungsorientiert sind.



Hamburger Werkstätten sind Vorreiter der Integration von Menschen mit psychischer Behinderung

Gleichzeitig mahnte die Geschäftsführung aber an, den Produktionsauftrag nicht dem pädagogischen Auftrag unterzuordnen und letzteren nicht aus dem Auge zu verlieren. Um das Gleichgewicht zwischen beiden zu halten, sollten Abteilungen wie der Fuhr-

park, der sozialpädagogische Dienst oder die Verwaltung noch stärker auf die Erfordernisse der Produktion abgestimmt und ausgerichtet werden. Doch nicht nur die Produktion sollte gestärkt werden, die Hamburger Werkstätten sollten künftig auch ein breiteres Feld an Erwerbsbeschränkten ansprechen: Mehr Aufmerksamkeit als bislang sollte bei der Einstellung neuer Mitarbeiter auf psychisch Kranke gerichtet werden. Damit war man deutschlandweit ein mutiger Vorreiter, da die berufliche Integration psychisch Behinderter als besonders schwierig gilt. Noch heute werden in den Hamburger Behindertenwerkstätten anteilig mehr Menschen mit psychischer Behinderung beschäftigt als in allen anderen Bundesländern (29% aller belegten Plätze): Darüber hinaus äußerte die Hamburger Werkstatt Interesse, an den gemeindepsychiatrischen Zentren in Eilbek und Harburg mit eigenen Werkstattteilen zu partizipieren.

In den Folgejahren flaute die positive Entwicklung allmählich ab, denn wie die gesamte deutsche Wirtschaft hatten auch die Hamburger Werkstätten unter der zweiten Ölpreiskrise von 1979/80 zu leiden, die in Deutschland eine Rezession auslöste. Zwar konnten die Abteilungen das alte Produktivitätsniveau halten, es wurden sogar neue Auftraggeber gewonnen. Es waren die stark rückläufigen Aufträge der Behörden, welche die Erfolgsprognosen der Werkstätten eintrübten. Doch Grund zur Sorge gab das noch lange nicht: Im Laufe des Jahres 1982 sollte eine neue Zweigwerkstatt für Menschen mit psychischer Behinderung in im Klotzenmoorstieg 2 in Groß Borstel in Betrieb genommen werden und auch die neuen Werbemaßnahmen bei Einzelverbrauchern brachten volle Auftragsbücher ein. In Zeiten der wirtschaftlichen Instabilität war es vor allem für die verunsicherten Mitarbeiter eine große Beruhigung, dass der Betrieb gut geführt wurde und sich die Rezession nicht allzu stark in der Auftragsituation widerspiegelte. Garant dafür war für viele Jahre die Fertigung der „FOKUS-Küche“ in der Tischlerei, die Menschen mit Behinderung, sowie Klein- und Großwüchsigen durch höhenverstellbare Elemente das Kochen erleichterte. Der Landesbetrieb arbeitete indes weiter an neuen Möglichkeiten, die Beschäftigten auf eine Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten und kann 1980 einen Erfolg vermelden: Neben der Gartengruppe auf dem Friedhof Ohlsdorf, die es bereits seit 1963 gibt, und dem Stadtpark, konnte man nun auch eine Vereinbarung mit dem Pflegeheim Oberaltenallee treffen. Im selben Jahr trat auch die Werkstättenverordnung in Kraft, die auf dem Schwerbehindertengesetz basierte.

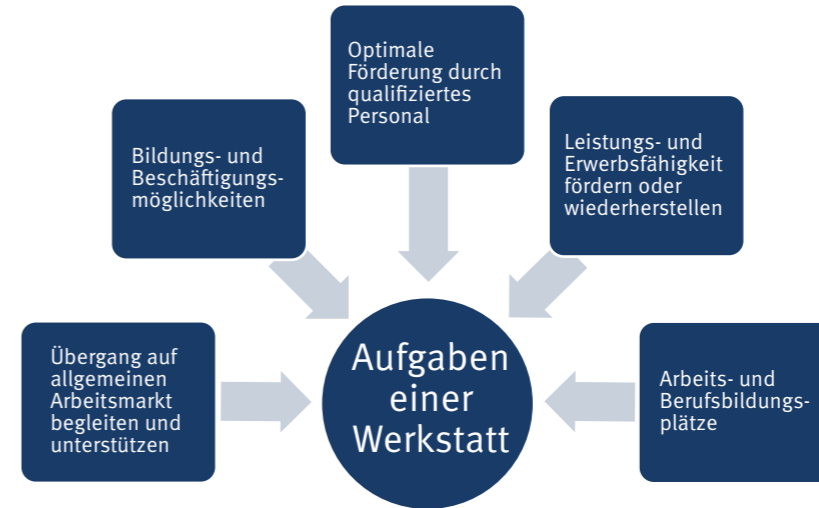
Die Werkstättenverordnung verpflichtet die Werkstätten, mindestens 120 Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben zu beteiligen und regelt zudem, dass alle betroffenen Menschen aus dem Einzugsgebiet aufgenommen werden müssen, um eine ortsnahe Förderung zu ermöglichen. Auch stellte die Verordnung neue Erwartungen an Werkstattleiter und das Fachpersonal der Werkstätten. Beide müssen seitdem nicht nur über kaufmännische oder technische Vorbildung verfügen, sondern auch eine sonderpädagogische Zusatzqualifikation nachweisen. Etwa 40 tariflich Beschäftigte des Landesbetriebes mussten diese benötigte Zusatzqualifikation nachholen.

Ein „Skandalurteil“ wühlt die Beschäftigten auf

Während sich in Hamburg die Situation behinderter Menschen verbesserte und Hamburger Werkstatt wie Winterhuder Werkstätten weiter wuchsen, sorgte ein Urteil des Frankfurter Landesgerichts vom 25. Februar 1980 bei den Beschäftigten für Bestürzung. Im Hörrohr, seit 1978 die Betriebszeitung der Hamburger Werkstatt, wird berichtet: „Das Reiseunternehmen GUT ... muß einer Kundin die Hälfte des Reisepreises für einen dreiwöchigen Griechenlandurlaub zurückerstatten, weil ihr laut Urteilsbegründung der Anblick von 25 geistig und körperlich Schwerbehinderten nicht zugemutet werden konnte.“ Nicht nur war dieses Urteil ein Schlag ins Gesicht derer, die sich vehement für ihre Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt einsetzten. Es stellte auch, da das Urteil „im Namen des deutschen Volkes“ gesprochen wurde, nach Auffassung des Hörrohrs offen infrage, ob Menschen mit Behinderung überhaupt Teil dieses Volkes sein. Das Frankfurter Skandal-Urteil, wie es das Hörrohr nannte, führte allen Beschäftigten schmerzhaft vor Augen, dass noch ein sehr weiter Weg zu gehen

Die FOKUS-Küche: Ein echter Verkaufsschlager!

Was für VW der „Golf“ ist, war für die Hamburger Werkstätten die FOKUS-Küche: Ganz nach den Plänen von Prof. Dr. Brattgard wurde vom Institut für Behindertenforschung an der Uni Göteborg auch schon seit 1979 eine behindertengerechte Küche von Behinderten für Behinderte gefertigt. Über die Jahre wurde die behindertengerechte Norm-Einbauküche zu einem Markenzeichen der Qualitätsarbeit, die in den Werkstätten geleistet wird. Besonders für Menschen im Rollstuhl bietet das Modell einen großen Vorteil gegenüber herkömmlichen Küchen: Durch einen elektrisch betriebenen Verstellmechanismus und unterfahrbare Arbeitsplatten wird ihnen das Kochen spürbar leichter gemacht. Von all diesen „Features“ und insbesondere der Höhenverstellbarkeit profitieren auch ältere Menschen, die nur noch im Sitzen arbeiten können, sowie Kleinwüchsige und Großwüchsige. Wer sich für eine FOKUS-Küche entschied, erhielt eine kostenlose Beratung und Einrichtungsvorschläge, die sich nach den individuellen Bedürfnissen richten. Der Kauf wurde vom jeweiligen Bundesland finanziell bezuschusst.

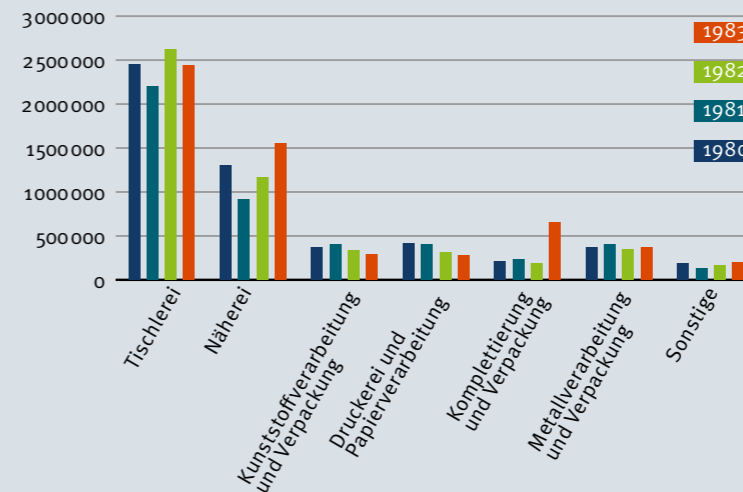


Die Werkstättenverordnung definierte 1980 die Aufgaben aller Behindertenwerkstätten

Die Produktion im Wandel der Zeit

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich das Erscheinungsbild in der Produktion stark gewandelt. Nicht nur haben sich die Gesamtumsätze der Produktion seit 1920 bis Anfang der 1980er mehr als verfünffacht, auch die Produktionsschwerpunkte haben sich stark verändert. So etablierte sich die Tischlerei ab den 1970er Jahren als finanziell wichtigste Stütze der Hamburger Werkstatt und löste damit die Schuhmacherei ab. Mit 2,62 Millionen Mark im Jahr 1982 verzeichnete allein diese Abteilung einen mehr als doppelt so hohen Umsatzanteil wie alle Abteilungen 1930/31 zusammen.

Produktionserlöse in den Abteilungen (in DM)



war, bis Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft endlich als gleichwertig und normal akzeptiert werden würden. Auch in den Medien wurde das „faschistoide“ Urteil als eine Schande beschrieben, das an die „fürchterliche Justiz im Dritten Reich“ erinnerte. Schwedische Behindertenverbände sammelten 150 000 Unterschriften gegen das Urteil, in Frankfurt gingen am 8. Mai 1980 bei einer Großdemonstration tausende Menschen mit und ohne Behinderung auf die Straße.

Währenddessen kommen die Integrationsbemühungen, gerade für Schwerbehinderte auf Bundesebene, nur schleppend voran. Leser des Hörrohrs erfahren im April 1981, dass nur jedes dritte Unternehmen seine Beschäftigungspflicht gegenüber Schwerbehinderten erfüllt. Laut dem Schwerbehindertengesetz von 1974 sind Betriebe mit mindestens 16 Arbeitnehmern verpflichtet, mindestens 6% ihrer freien Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten zu besetzen. Tun sie dies nicht, müssen sie pro Platz monatlich 100 Mark abführen. Rund 40 000 Unternehmen kamen dieser Pflicht gegenüber Schwerbehinderten zum damaligen Zeitpunkt nicht nach. Geschäftsführer Dietrich Anders betont: „Außerdem muß gesagt werden, dass die Werkstatt wohl geradezu vorbildlich bei der Beschäftigung anerkannter Schwerbehinderter ist. Mit 21% liegen wir bei weitem über der Beschäftigungspflichtquote für die Beschäftigung schwerbehinderter Mitarbeiter, wie sie das SchwbG vorsieht.“

Die Integration (Schwer)behinderter und die bisherigen Erfolge der Behindertenpolitik waren auch Thema beim Internationalen Jahr der Behinderten der Vereinten Nationen 1981

Er wollte die Bühne in der Dortmunder Westfalenhalle zum Appell an Arbeitgeber nutzen, mehr auf die Einstellung behinderter Menschen zu setzen. „Fragen Sie die behinderten Menschen beim Einstellungsgespräch nicht: Was können sie nicht, sondern erkundigen



Werkstattmitarbeiter demonstrieren beim Ostermarsch 1984 für den Frieden

Hamburger Werkstätten in der Zivilgesellschaft

Die Hamburger Werkstätten sind weit mehr als nur ein Ort der Arbeit. Sie sind ein Ort, an dem die Interessen der Beschäftigten auf verschiedenen Wegen gesammelt und nach außen getragen werden. Dass sich diese Interessen nicht nur auf die Arbeit beziehen, zeigt beispielhaft die Friedensinitiative, die ihren Ursprung in den frühen 1980er Jahren hatte: Als die NATO-Staaten im Dezember 1979 den sogenannten Doppelbeschluss fassten und die Stationierung moderner atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II) in Westeuropa beschlossen, regte sich enormer Widerstand in der westdeutschen Zivilbevölkerung. Auch in Hamburg: Mit einer Unterschriftensammlung erklärte sich die Hamburger Werkstatt 1983 selbst zur „atomwaffenfreien Zone“ und setzte damit ein Signal gegen Aufrüstung. Das Geld, das in neue Raketensysteme investiert werde, würde in sozialen Einrichtungen wie Behindertenwerkstätten viel dringender benötigt. Die Friedensinitiative war also auch in der Hamburger Werkstatt angekommen. Fortan informierte das Hörrohr regelmäßig über die neuesten Aktivitäten der Initiative und verwandter Bewegungen: Ob vom Ostermarsch von Farmsen zum Rathausmarkt 1984, dem regelmäßig stattfindenden „Friedenscafé“, oder Kundgebungen gegen die Gefahren des Wettrüstens und der Atomenergie. Im April 1986 richtet sich die Friedensinitiative in einem Brief an den amerikanischen Generalkonsul in Hamburg, um gegen die Bombardierung von Libyen durch amerikanische Streitkräfte zu protestieren: „Für das Töten von Menschen gibt es keinerlei Rechtfertigung!“ Nicht nur gegen Kriegstreiberei, auch für Arbeitnehmer- und Behindertenrechte setzten sich die Beschäftigten ein: Seit an Seit demonstrieren die Hamburger Werkstattbeschäftigten auch mit Gewerkschaften, bereits im Oktober 1986 wurde im Hörrohr zum Engagement in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) geworben. 2012 folgten die Elbe-Werkstätten dem Streikaufruf der Gewerkschaft ver.di und versammelten sich mit anderen Demonstranten auf dem Platz der Deutschen Einheit.

Die Hamburger Werkstattbeschäftigten waren in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement nicht allein. In ganz Deutschland organisierten sich die Menschen mit Behinderung seit den 1960er Jahren in Selbsthilfeorganisationen, Stiftungen und Verbänden. Die Behindertenbewegung als solche nahm ihren Anfang dann aber erst in den 1970ern: In Frankfurt hatten die körperbehinderten Aktivisten Ernst Klee und Gusti Steiner Anfang der 1970er bauliche Barrieren mit dem „Prädikat behindertenfeindlich“ versehen und Straßenbahnen mit Rollstühlen blockiert. Der Beginn einer echten Bewegung: Nach der lautstarken Kritik am UN-Jahr der Behinderten 1981 unterbrachen Aktivisten mit Behinderungen im November 1985 eine Bundestagssitzung, um gegen das Bundespflegegesetz zu demonstrieren. Die Bewegung setzt sich mit Nachdruck für ein Antidiskriminierungsgebot in Artikel 3 des Grundgesetzes ein. 1994 wurden ihre Forderungen umgesetzt und das Grundgesetz geändert.



Streikende, 2012

Sie sich danach, was können sie“, sagte Bundespräsident Karl Carstens am 25. Januar 1981 bei der Eröffnung des „Internationalen Jahres der Behinderten“. Doch sein Appell ging unter im massiven Protest der anwesenden Menschen mit Behinderung, die die Bühne

Mit Sprüchen auf Transparenten wie „Große Feier, kleine Taten“ oder „Du sollst geschlechtslos sein, Du sollst anspruchslos sein, Du sollst untertan sein, Du sollst auch dankbar sein“ machten sie ihrem Unmut über die bevormundende Behindertenpolitik Luft.

blockierten und die Halle besetzten. Viele Behinderte sahen das Jahr der Behinderten vielmehr als „Jahr ihrer Behinderer“, denn solange sie noch immer unter Ausgrenzung und Missgunst zu leiden hatten, sei keine Zeit für pompöse Eröffnungsfeiern, bei denen sich vor allem die Politiker in den Vordergrund stellten. Die Geschehnisse rund um den 25. Januar 1981 lieferten einen weiteren Schub für eine starke Politisierung der Behindertenbewegung.

Vorläufiger Höhepunkt der Bewegung war das „Krüppel-Tribunal“, das am 13. Dezember 1981 ebenfalls in Dortmund in Form einer öffentlichen Anklage veranstaltet wurde. Das Tribunal warf der UN und Bundespräsident Carstens vor, dass Jahr „über unsere Köpfe hinweg geplant“ zu haben. Bundespräsident Carstens soll außerdem die bestehende, aussondernde Funktion und den menschenentwürdigenden Charakter der Behindertenheime gefestigt haben.

1981, kein Jahr zum Feiern, sondern vielmehr das „1968“ der Behindertenbewegung.

Es war auch der Beginn des zivilgesellschaftlichen Engagements der Hamburger Werkstattbeschäftigten: Für die Teilhabe am zivilgesellschaftlichen Diskurs und der Gesellschaft gehen die Hamburger Werkstattangestellten auf die Straße, denn die Zeit der Bevormundung und Abschottung soll endlich beendet werden. Um die Abschottung der Behinderten von der freien Wirtschaft weiter zu bekämpfen, schaffte der Landesbetrieb im Südring Ende Oktober 1983 eine sogenannte Ausgangsgruppe. In dieser Gruppe konnten rund zehn Mitarbeiter mit Behinderung auf eine Tätigkeit in der freien Wirtschaft vorbereitet werden. Ab 1984 wurde der Berufsbildungsbereich im Klotzenmoorstieg in Groß Borstel konzentriert. Trotz dieser inklusiven Ausrichtung des Betriebs war die wirtschaftliche Situation angespannt. Das Ende des dritten deutschen Konjunkturzyklus 1982 bedeutete für den Landesbetrieb gleichzeitig eine Stagnation der Umsätze. Von 1982 bis 1986 schrieb man rote Zahlen. Dieser Umstand machte nicht nur die Geschäftsführung nervös, er verunsicherte auch zunehmend die Beschäftigten. Viele hatten Angst um ihren Arbeitsplatz, der ihnen nicht nur eine Beschäftigung bot, sondern auch Sinn und Lebensqualität stiftete.

Digitalisierung - Fluch oder Segen?

Mitte der 1980er Jahre kam neben der Rezession noch eine weitere Herausforderung auf die Werkstätten und ihre Angestellten zu: Der Siegeszug der Computer erreichte langsam aber sicher auch die Werkstätten für Menschen mit Behinderung und brachte neue Anfor-

derungen an die Betriebsführung mit sich: Ab 1984 sollte etwa die Buchhaltungsabteilung auf Bildschirmeingabe umgestellt werden. Die Werkstattmitarbeiter verunsicherte das vor allem mit Ängsten vor Vollautomatisierung und Verdrängung durch Maschinen. Auch für die Unternehmensführung stellte sich zunehmend die Frage, ob und wie die fortschreitende Technologieentwicklung die Produktion in den Abteilungen verändern wird. Nachdem in den vergangenen Jahren die Balance zwischen pädagogischem und Produktionsauftrag entstehen konnte, bringt die Technologisierung die Waage wieder aus dem Gleichgewicht: Aus betriebswirtschaftlicher Perspektive wäre es unvernünftig, Produktionsschritte nicht zu automatisieren, denn Computer müssen nicht bezahlt werden und machen so gut wie keine Fehler. Aus pädagogischer Sicht und mit Blick auf das Fürsorgeprinzip hingegen ist das Unternehmen dazu verpflichtet, eine Verdrängung der behinderten Mitarbeiter durch die Computer zu verhindern. In diesem Zuge wird 1986 das EDV- und Bürodienstleistungszentrum am Meindorfer Mühlenweg angestoßen. Später wurde diese Stelle mit der Arbeitsgruppe der Mikroverfilmung im Senator-Neumann-Heim verbunden.

In diesen unsicheren Zeiten des Wandels veränderte sich die Struktur und das Erscheinungsbild der Behindertenwerkstätten in Hamburg stark: Zunächst eröffnete im August 1986 am Lohbrügger Markt der erste Werkstattladen außerhalb der Werkstatt: Im etwa 45 Quadratmeter großen Geschäft, das von zwei Mitarbeiterinnen und zwei ehrenamtlichen Helferinnen betrieben wurde, wurden Holz-, Keramik-, Textil- und Papierwaren angeboten.

1986 erblicken auch die Elbe-Werkstätten das Licht der Welt.

Neben Alsterdorf, der Hamburger Werkstatt und den Winterhuder Werkstätten gab es nun einen vierten Werkstattträger. Sinn und Zweck der „Zellteilung“, wie es der Sozialamtsleiter Ortwin Runde nannte, war die Schaffung kleinerer organisatorischer Einheiten. Das neue

Unternehmen entstand aus den Winterhuder Werkstätten und sollte für den Einzugsbereich im Süderelbe-Raum, Altona und Bergedorf zuständig sein. Die beiden Standorte in Altona und Bergedorf waren 1976 der neuen Zentralwerkstatt am Südring einverleibt worden und sollten durch die Gründung der neuen GmbH wiederbelebt werden. Doch wie kam es überhaupt zur Planung des neuen Werkstattträgers?

In den 1980er Jahren stieg der regionale Bedarf an Werkstattplätzen. Um die Menschen mit Behinderung in diesen Regionen Hamburgs unabhängiger vom Fahr-



Hauptstandorte Elbe-Werkstätten 2020

dienst zu machen, verfolgte man einen Ansatz der Dezentralisierung. Die Überlegung der Sozialbehörde war es, dafür eine neue Organisation ins Leben zu rufen, die den re-

Ein sozialpädagogischer Visionär gründet die Elbe-Werkstätten: Dr. Bodo Schümann

Schon vor der offiziellen Gründung der Elbe-Werkstätten am 29. Mai 1986 war er eine tragende Säule der Behindertenförderung in Hamburg: Bodo Schümann, Pädagoge, Theologe und Geschäftsführer der Elbe-Werkstätten von 1986 – 2002. Zu einer Zeit, in der er sich als Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft bereits für die Förderung und Integration behinderter Menschen im Bildungssystem einsetzte, entschied er sich, aktiv am Aufbau einer weiteren Werkstatt für Menschen mit Behinderung mitzuhelfen und seine Tätigkeit als Abgeordneter und Lehrer dafür ruhen zu lassen. Beim Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten begann er im November 1984 seine „Lehre“ beim Geschäftsführer Ferdinand Schäfers. Schnell wurde Schümann Leiter der Werkstatt am Nymphenweg und arbeitete parallel am Aufbau einer selbstständigen GmbH, in die die Werkstatt eingegliedert werden sollte. Sofort zog die neue Organisation „Elbe-Werkstätten“ (EW) Aufmerksamkeit auf sich: Nach der Vorstellung in der Kantine der Hamburger Werkstatt wollten bereits 14 Mitarbeiter zu den neu geplanten Werkstätten in Bergedorf und Altona wechseln.



Jahrelang entwickelte Schümann eine pädagogische Konzeption, nach der Leitungspersonen für die Produktion, vor allem aber für die persönliche Entwicklung des Einzelnen verantwortlich waren. Dieses Konzept war letztlich auch das vorherrschende Prinzip bei der Besetzung von Leitungspositionen. Auch durch seine regelmäßigen Besuche in den Gruppen der Werkstätten verdeutlichte Schümann: Hier wächst ein Betrieb heran, in dem auf Augenhöhe gearbeitet wird. Mitglieder der Arbeitnehmer-Vertretung erinnern sich gerne an Schümann, der als „gefühlter Betriebsratsvorsitzender“ nicht nur als Geschäftsführer auftrat, sondern auch als Aktivist für die Angestellten – bei einem Warnstreik der EW-Betriebe 1991 wünschte er der Betriebsratsvorsitzenden viel Erfolg und spendierte sogar heißen Kaffee für die streikenden Mitarbeiter. Mit Bodo Schümann in der Geschäftsführung waren die Angestellten der Elbe-Werkstätten die bestbezahlten in der ganzen Branche und die Mitarbeiter wurden dazu ermutigt, in der Gewerkschaft selbst für bessere Zustände einzustehen. Bodo Schümann prägte durch seine Arbeit die Wende in der Behindertenpädagogik. Er gab den Beschäftigten durch anspruchsvolle Arbeiten, wie der Fertigung der Arbeitsschutzschürze GUTTASYN, durch Mitbestimmung ein Stück Eigenverantwortung und Selbstständigkeit.

gionalen Bedarfen schnell und umfassend gerecht werden konnte. Für diesen Zweck erschien besonders die Rechtsform der gemeinnützigen GmbH sinnvoll, da den Verantwortlichen mehr unternehmerischen Freiraum zustand und sie nicht durch die starren Regeln der Behörde gebremst wurden. Daraus entstand das Konzept der GmbH Elbe-Werkstätten, an der die Stadt Anteilseigner blieb.

Der Pädagoge Bodo Schümann, der zuvor bereits bei den Winterhuder Werkstätten gearbeitet hatte, wurde am 29. Mai 1986 zum Gründer des neuen Werkstattträgers. Die Stadt vertraute ihm die Aufgabe an, den „bewahrenden“ Ansatz zu überwinden und ein Unternehmen mit selbstständigen Mitarbeitern auf die Beine zu stellen. Oberstes Ziel des neuen Unternehmens sollte die Eingliederung der Mitarbeiter in den allgemeinen Arbeitsmarkt bleiben, etwa durch die Einstellung in städtischen Unternehmen oder ausgegliederten Werkstatteinheiten, wie Kantinen.

Zum 1. Januar 1987 wurde die Werkstatt Nymphenweg aus dem Landesbetrieb ausgegliedert und in die neue Elbe-Werkstätten GmbH überführt. Die Zahl der Mitarbeiter mit Behinderung sank dadurch von 762 im Jahr 1986 auf 489 ein Jahr später. Zum selben Stichtag wurde der Landesbetrieb in „Winterhuder Werkstätten“ umgetauft.

Der neue Betrieb konnte die Nachfrage an Werkstattplätzen in Hamburg natürlich nicht komplett befriedigen. Bis die Warteliste der Werkstätten komplett abgebaut war, sollten noch einige Jahre vergehen. Dabei fand auch die Hamburger Werkstatt 1986 Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze zu schaffen: Innerhalb des Küchenbetriebs wurde die Einrichtung einer Schälgruppe beschlossen, die Arbeit für zwölf Menschen ermöglichen sollte. Sie sollte sowohl für den Eigenbedarf als auch für externe Interessenten zum Beispiel Kartoffeln, Gemüse oder Obst putzen, schneiden und raspeln. Auch Kohl, Pellkartoffeln, Kartoffelsalat und Bratkartoffeln gehörten ab 1987 zum Repertoire der neuen Gruppe. Im selben Jahr einigten sich die Interessensvertretung der Hamburger Werkstatt und die Sozialbehörde auch auf einen Werkstattvertrag, in dem die Rechte und Pflichten der Menschen mit Behinderung erstmals festgehalten wurden. Hintergrund ist die Werkstättenverordnung von 1980, die alle Werkstätten dazu anhält, einen solchen Vertrag anzubieten. Seit Anfang 1988, also erst acht Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung, wird er jedem Beschäftigten im Eingangs-, Trainings- und Arbeitsbereich angeboten. Handelte es sich hierbei aber wirklich um einen Arbeitsvertrag oder vielmehr um eine Ehrenurkunde, wie manche Juristen urteilten? Immerhin gibt er den Beschäftigten die Möglichkeit, gerichtlich gegen Vertragsverletzungen seitens der Werkstatt vorzugehen, denn hier werden viele Regelungen offiziell festgehalten, wie beispielsweise die Regelarbeitszeit, bezahlter Mindesturlaub oder die Zahlung des Ausbildungsgeldes.



Ehre wem Ehre gebührt: Heinz Hartmuth mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Die Interessensvertretung der Hamburger Werkstatt besteht schon seit 1972 und setzte bereits in ihren Anfangsjahren viele Vorschläge in die Tat um: So wurden auf Antrag der Interessensvertretung Arbeitsjubiläen eingeführt, die für Menschen mit Behinderung verlängert, die 35-Stunden-Woche wurde zur Regel. Sogar ein Werkstattvertrag wurde abgeschlossen, der einem Arbeitsvertrag ähnelt. Um den Werkstattmitarbeitern Gehör für ihre Anliegen zu verschaffen, ebnete die Interessensvertretung unter Heinz Hartmuth den Weg zum Beitritt in die Gewerkschaften. Dieser Einsatz wurde im April 1987 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse gewürdigt. Stellvertretend für Bundespräsident Richard von Weizsäcker verlieh Jugend- und Sozialsenator Jan Ehlers (SPD) den Orden an Heinz Hartmuth, den ersten Menschen mit Behinderung aus einer Werkstatt, dem jemals diese Ehre zuteilwurde. Hartmuth versäumte es selbst in diesem Moment nicht, die Gleichberechtigung behinderter Menschen zu fordern: Er kritisierte in seiner Dankesrede die Bundesregierung, die durch das Haushaltskonsolidierungsgesetz die Rentenansprüche für Behinderte um rund 350 Mark im Monat verringerte, als „behindertenfeindlich“. Heinz Hartmuth stand exemplarisch für Menschen mit Behinderung, die vehement ihr Recht auf gesetzliche und gesellschaftliche Gleichstellung einforderten. Ihm und seinen Kollegen in der Interessensvertretung war es zu verdanken, dass die Menschen mit Behinderung in der Hamburger Werkstatt endlich ernst genommen wurden und nicht wie in anderen Werkstätten zur damaligen Zeit „wie Kinder“ behandelt wurden.



Heinz Hartmuth (links) mit Sozialsenator Jan Ehlers (rechts)

Arbeitsjubiläen eingeführt, die für Menschen mit Behinderung verlängert, die 35-Stunden-Woche wurde zur Regel. Sogar ein Werkstattvertrag wurde abgeschlossen, der einem Arbeitsvertrag ähnelt. Um den Werkstattmitarbeitern Gehör für ihre Anliegen zu verschaffen, ebnete die Interessensvertretung unter Heinz Hartmuth den Weg zum Beitritt in die Gewerkschaften. Dieser Einsatz wurde im April 1987 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse gewürdigt. Stellvertretend für Bundespräsident Richard von Weizsäcker verlieh Jugend- und Sozialsenator Jan Ehlers (SPD) den Orden an Heinz Hartmuth, den ersten Menschen mit Behinderung aus einer Werkstatt, dem jemals diese Ehre zuteilwurde. Hartmuth versäumte es selbst in diesem Moment nicht, die Gleichberechtigung behinderter Menschen zu fordern: Er kritisierte in seiner Dankesrede die Bundesregierung, die durch das Haushaltskonsolidierungsgesetz die Rentenansprüche für Behinderte um rund 350 Mark im Monat verringerte, als „behindertenfeindlich“. Heinz Hartmuth stand exemplarisch für Menschen mit Behinderung, die vehement ihr Recht auf gesetzliche und gesellschaftliche Gleichstellung einforderten. Ihm und seinen Kollegen in der Interessensvertretung war es zu verdanken, dass die Menschen mit Behinderung in der Hamburger Werkstatt endlich ernst genommen wurden und nicht wie in anderen Werkstätten zur damaligen Zeit „wie Kinder“ behandelt wurden.

Der Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten eröffnete im September 1987 mit der Kantine „Tiffany“ in den Arbeitsgerichten an der Osterbekstraße ihr erstes gastronomisches Angebot außerhalb der Werkstätten. Hier fanden sechs Mitarbeiter Arbeit. Ein halbes Jahr darauf übernimmt der Landesbetrieb die Blindenwerkstatt in der Wismarer Straße in St. Georg und schafft die Abteilung „Besen/Bürstenwaren und Stuhlflechterarbeiten“ – Ein Bereich, den es schon einmal bei Gründung der Hamburger Werkstatt gab. Der wiederbelebte Bereich wird in die Werkstatt Klotzenmoorstieg eingegliedert und schafft 17 neue Arbeitsplätze. Mit der Eröffnung eines weiteren Werkstattladens in der Eppendorfer Landstraße schrumpfte die Warteliste der Werkstatt noch um weitere zwei Plätze. Für dauer-

hafte Beschäftigungsmöglichkeiten und eine Einnahmensteigerung sorgt ab 1990 das sogenannte „Tee-Projekt“. Bei dem Projekt werden die verschiedensten Teesorten eines Teehändlers aus Hamburg gekauft, eigens verpackt und unter eigenem Namen vertrieben. Doch die Geschichte der Werkstatt war nicht immer geprägt von Erfolgen und positiven Entwicklungen. Hin und wieder bekamen die Werkstattbeschäftigten zu spüren, dass nicht jeder Marktteilnehmer froh über die Konkurrenz durch die Werkstattbetriebe war. Manchmal wurde die Situation der Behinderten auch schamlos ausgenutzt: Im Februar 1990 häuften sich bei Dietrich Anders, Geschäftsführer der Hamburger Werkstatt, die Anrufe betrogener Bürger, die sich über viel zu hohe Preise angeblicher Werkstattprodukte beschwerten. „Für ein paar Wischtücher, Seifestücke und Wäscheklammern habe ich 89 Mark bezahlt. Im Supermarkt hätten die gleichen Sachen nur 19,95 Mark gekostet“, berichtet Anders, der selbst dreimal von dubiosen Geschäftsmännern an der Tür belästigt wurde. Einmal ging er sogar auf ein Angebot ein, um die Preise der Fälscher von den originalen Werkstattpreisen zu vergleichen. „Skrupellose Unternehmen machen Geschäfte mit dem Mitleid. Verkauft wird meist Ramsch aus Fernost.“ Die Geschehnisse zeigten den Werkstattmitarbeitern nicht nur die Skrupellosigkeit mancher Marktteilnehmer auf. Es signalisierte dem ganzen Betrieb, dass das Mitleid mit Behinderten noch immer eine Rolle bei der Kaufentscheidung spielte. Damit sich dies änderte, musste noch einiges geschehen. Denn Menschen mit Behinderungen sollten kein aus Mitleid tolerierter Teil der Gesellschaft sein, was nach wie vor das Integrationsverständnis vieler Menschen prägte. Für die Hamburger Werkstatt galt schließlich schon 1929 der Slogan: „Keine Almosen! Kauft unsere Erzeugnisse.“ Auf die 1990er Jahre bezogen bedeutete das, dass das Produkt und die Arbeitsleistung im Vordergrund stehen sollten, nicht die gesundheitlichen oder körperlichen Hintergründe der Produzenten.

Geschäftsführer Anders fiel 1990 aber auch eine erfreulichere Aufgabe zu: Als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft eröffnete er in Weimar eine Beratungsstelle für Behinderte, Betreuer oder Fachdienste aus den neuen Bundesländern. Aus der schnell vollzogenen Wende ergab sich ein akuter Handlungsbedarf für die Bundesarbeitsgemeinschaft und die Werkstattträger im „Osten“. Für die 284 geschützten Werkstätten mit 7 500 Beschäftigten, 40 arbeitstherapeutische Werkstätten der Caritas und Diakonie sowie die über 6 000 geschützten Betriebsplätze wurden die Zeiger wieder auf null gestellt. Welche Stellen bleiben erhalten? Wie gestaltet sich die Landesbeziehung zur Bundesarbeitsgemeinschaft und an wen können sich Werkstattmitarbeiter bei Problemen wenden? All diese allgemeinen Fragen wurden fortan von zwei Mitarbeitern in der kostenlosen, von Anders eröffneten, Beratungsstelle beantwortet.

Während Deutschland 1990 endlich zu seiner heutigen Form zusammengewachsen ist, dauerte der Wachstumsprozess bei den Winterhuder Werkstätten weiter an. 1991 schreiten die Umbauarbeiten in der Werkstatt Klotzenmoorstieg weiter voran, nachdem hierhin 1984 bereits der Berufsbildungsbereich umgesiedelt wurde. Im Frühling 1991 wird

der zweite Umbauabschnitt beendet, in dem ein erweitertes Raumangebot entstand. Fortan konnten hier weitere Gruppen und auch eine Bäckerei eingerichtet werden. Im Mai 1992 zog dann auch die Tischlerei vom Südring in die neuen Räumlichkeiten im Klotzenmoorstieg in Groß Borstel. Auch der alte Standort an der Richardstraße verlor Mitarbeiter an die Werkstatt Klotzenmoorstieg. Ende 1992 zogen drei Arbeitsgruppen in die neue Werkstatt, um am Standort Richardstraße Platz für eine Werkstatt für Menschen mit psychischer Behinderung zu schaffen. Diese ging am 21. September 1994 als „Eilbek-Service“ an den Start. Rund 30 Mitarbeiter nahmen ihre Arbeit auf, unter anderem als Fahrradreparateure.

Im August 1992 wurde dann die Unterstützung von Menschen mit Behinderung bei der beruflichen Teilhabe endlich fest institutionalisiert: Die Sozialbehörde hat mit der „Hamburger Arbeitsassistenten“ einen Dienst mit sechs Mitarbeitern eingerichtet, der Menschen mit Behinderung bei der Jobsuche auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützt. Ein wichtiger Schritt, denn nicht jeder von ihnen findet eine Anstellung in den Werkstätten, die wiederum durch eigene Programme den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt fördern. Aber wie funktioniert eigentlich die Berufsbildung bei den Elbe-Werkstätten?

„So will ich arbeiten!“ Wie Berufsbildung bei den Elbe-Werkstätten konkret funktioniert

Noch immer werden Werkstätten für Menschen mit Behinderung als Einbahnstraßen abgetan: „Einmal Werkstatt, immer Werkstatt“ lautet ein bekanntes Vorurteil. Doch damit haben die Elbe-Werkstätten spätestens 2005 endgültig aufgeräumt, nachdem schon in den



1920er Jahren Vermittlung nach „draußen“ zur Priorität für die HAWEE wurde. Durch verschiedene Fort- und Umbildungsmaßnahmen ist es Menschen mit Behinderungen hier schon seit längerem möglich, ihre individuellen Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen zu vertiefen und in ihre Arbeit einzubringen. 2005 ging dann das Projekt „Jobvision“ an den Start: Diese Berufsbildungsmaßnahme setzt besonders bei psychisch Kranken und Behinderten an und setzt auf individuelle Unterstützung für die Betroffenen. Das Projekt verfolgt das Ziel, Teilnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren und im Sinne der beruflichen Inklusion Perspektiven außerhalb der Werkstätten zu schaffen. Was für Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung bereits möglich ist, wird durch „Jobvision“ seit 2005 auch für Menschen mit psychischer Behinderung erreicht. Viele psychisch Behinderte haben größere Schwierigkeiten, Anschluss auf dem Arbeitsmarkt zu finden und schämen sich mitunter dafür. „Jobvision“ bietet ihnen die Möglichkeit der

Vernetzung mit Menschen, die das gleiche Schicksal haben. Gemeinsam teilen sie ihre individuellen Geschichten und lernen zu verstehen, dass durch Schulungen und lang-



Elbe ReTörn bietet 500 Arbeits- und Trainingsplätze, wie hier im Fahrradladen.

sames Herantasten an den Arbeitsmarkt ein geregelter Arbeitsalltag möglich ist. Nach der Kennenlernphase in Sechsergruppen werden durch Sozialpädagogen, Ergotherapeuten und Psychologen erste Tests durchgeführt, individuelle Fähigkeiten und Probleme analysiert. Anschließend wird häufig, mit Hilfe der Gruppenleiter, ein geeigneter interner Arbeitsplatz für die Teilnehmer gefunden. Diese Praktika, die bis zu sechs Monate dauern, werden durch Fachkräfte des Jobvision-Teams ausgewertet, für die Teilnehmer wird ein Fähigkeits- und Anforderungsprofil erstellt. Für die Teilnehmer ist der ganze Prozess zwar mit Mut zur Selbstüberwindung verbunden, vielen gibt er aber vor allem Selbstbewusstsein zurück. Gerade die positiven Rückmeldungen in den Auswertungsgesprächen vermitteln ihnen das Gefühl, dass sie mit ihren neu entdeckten individuellen Fähigkeiten nun eine Chance haben, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das Angebot ist verständlicherweise sehr beliebt. Bewerber kommen aus den verschiedensten Bereichen, ob direkt über ihre Ärzte oder andere Rehabilitationsmaßnahmen, oder als Mitarbeiter der Elbe-Werkstätten – das Interesse ist groß. Das mag auch daran liegen, dass nach der Auswertung des internen Praktikums noch lange nicht Schluss ist. Basierend auf der Auswertung kontaktieren die Fachkräfte von Jobvision Betriebe der

freien Wirtschaft und werben dafür, die Projektteilnehmer als Praktikanten einzustellen. Begleitet von Sozialpädagogen erhalten die Teilnehmer dann die Möglichkeit, in einem Bewerbungsgespräch mit einem Arbeitgeber in Kontakt zu treten und eine Zielvereinbarung zu unterzeichnen. Dieses „externe“ Praktikum eröffnet den psychisch Behinderten (wieder) ganz neue Möglichkeiten, denn manche von ihnen haben zuvor noch nie in einem Betrieb arbeiten dürfen oder sind unter schmerzhaften Umständen aus einem ausgeschieden. Das Angebot geht aber noch weiter, denn mit einem Praktikumsplatz allein geben sich die Jobvision-Teilnehmer nicht zufrieden. Echte berufliche Inklusion bedeutet für Menschen mit Behinderung schließlich, über ihren Arbeitsplatz frei entscheiden zu können, weswegen eine Übernahme durch den Praktikumsgeber durch die Fachkräfte

aktiv unterstützt wird. Wenn der Praktikant übernommen werden soll, beraten sie die Praktikumsbetriebe bezüglich des Kündigungsschutzes, der staatlichen Eingliederungszuschüsse, der Tätigkeitsbereiche und Arbeitsbedingungen. Falls eine Übernahme nicht in Frage kommen, ergibt sich für die meisten Teilnehmer auf einem

ausgelagerten Einzelarbeitsplatz der Elbe-Werkstätten. Sie erhalten den gleichen Status wie Angestellte der Elbe-Werkstätten und sind sozial- und unfallversichert. Eine sozialpädagogische Betreuung erhalten sie weiterhin, wie bereits während des internen Praktikums und zuvor. Um die Arbeit auf einem ausgelagerten Arbeitsplatz so sinnvoll wie möglich zu gestalten, erarbeiten Sozialpädagogen mit den Betrieben eine individuelle Entwicklungsplanung. Diese Maßnahme kann mitunter die Zielsetzung der Teilnehmer verändern: *„Mein Ziel hat sich während der Maßnahme grundlegend geändert. Zu Beginn wollte ich einen Vollzeitplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Jetzt kenne ich meine Grenzen und kann diese akzeptieren. Mein Platz in der Außenarbeitsgruppe der Staatsbibliothek ist für mich der richtige“*, berichtet etwa Frau F.

Dieses Modell ist auch im Rahmen eines ausgelagerten Arbeitsplatzes möglich, die vor allem in der Staatsbibliothek und der Rieckhof Gastronomie in Harburg eingesetzt werden. Manche Teilnehmer der Maßnahme Jobvision können jedoch nicht nach draußen vermittelt werden. Doch auch für sie findet sich ein Platz, nämlich im internen Betrieb der Elbe-Werkstätten: „Es ist ein gutes Gefühl, angekommen zu sein, sich um seinen beruflichen Weg keine Gedanken mehr machen zu müssen. Ich habe das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun und kann dadurch meine Freizeit besser genießen. So ist es besser, als wäre ich irgendwo auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, wo ich viele Misserfolge erleben würde.“



2009, oder 49 Teilnehmer später, wurden die Elbe-Werkstätten sogar für dieses Engagement ausgezeichnet. Von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten Menschen mit Behinderung erhielten die Elbe-Werkstätten im März 2009 den jährlich verliehenen „exzellent:bildung“ Preis. Die Jury entschied sich für das Projekt, da es vorbildhaft und leicht auf andere Einrichtungen und Werkstattträger übertragbar ist. Neun Menschen mit psychischer Behinderung konnten sogar auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden und gehen nun (wieder) einer ordentlichen Beschäftigung nach.

JobVision wurde zu JobVento, einem modernen Trainingsprogramm, weiterentwickelt und ist in einem großen Ensemble der Berufsbildung für Menschen mit psychischer Behinderung. Zurzeit werden im Berufsbildungsbereich von Elbe ReTörn rund 150 Personen auf spätere Tätigkeiten vorbereitet. Standorte von Elbe ReTörn sind über die ganze Stadt verteilt und bieten Berufsbildung in der Werkstatt sowie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Gruppen- und Einzelarbeitsplätzen an. Maßnahmen können sowohl in der Werkstatt, als auch „draußen“ stattfinden, zum Beispiel in Cafeterien oder Copy Shops. Auch für Jungerwachsene mit sozialem und emotionalem Entwicklungsbedarf gibt es Maßnahmen in der Produktion, etwa in der Buchbinderei, der Verpackung, Küche, Hauswirtschaft oder im Bereich Digitalisierung und Datenarchivierung.

Die Überzeugung, dass eine Anstellung im allgemeinen Arbeitsmarkt für Unternehmen selbstverständliche werden sollte, verstärkt sich seit 1994 mehr und mehr. Durch die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes, ohne Parallelstrukturen und Abschottung, wird letztlich das Konzept der Behindertenwerkstätte in Frage gestellt.

Das Hamburger Budget für Arbeit

Da sich die Beschäftigten der Elbe-Werkstätten am geeigneten Arbeitsplatz vielfach als motivierte und zuverlässige Mitarbeiter erweisen und einen guten Job machen, liegt es nahe, dass einige in einen regulären Arbeitsvertrag im Rahmen des Budgets für Arbeit wechseln. Seit 2014 bis heute sind 80 ehemalige Beschäftigte diesen Weg gegangen. Erklärtes Ziel der Elbe-Werkstätten ist es, auch in der Zukunft dieses Betätigungsfeld für die Beschäftigten deutlich weiter auszubauen, um damit dem Wunsch der Beschäftigten nach Teilhabe am Arbeitsleben und anspruchsvollen, gesellschaftlich anerkannten Tätigkeiten ebenso wie dem politischen Willen nach Inklusion der Menschen mit Behinderung in den beruflichen Alltag in besonderem Maße nachzukommen.

Nach Modellprojekten in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen wurde in Hamburg 2012 das Hamburger Budget für Arbeit eingeführt. Förderungen an den Arbeitgeber werden bei tarifgebunden Arbeitsverträgen gezahlt und bedeuten für die Beschäftigten eine Integration in den Arbeitsmarkt mit Rückkehrrecht in die Werkstatt. Von 2012 – 2017 haben 216 Beschäftigte aus den Hamburger Werkstätten das Angebot wahrgenommen, von denen 79% dauerhaft in den Betrieben beschäftigt blieben. Ein großer Erfolg, der seit 1.1.2018 zur bundesweiten Regelleistung ausgebaut wurde.



Unabhängigkeit vom Amt, Selbstbetätigung auf einem regulären Arbeitsplatz und mehr Geld: All das bietet das „Hamburger Budget für Arbeit“, welches seit 2012 von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration angeboten wird.



Auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft

Das Zeitalter der Inklusion

Im wiedervereinigten Deutschland findet auch die Vereinigung von Elbe-Werkstätten, Winterhuder Werkstätten und Hamburger Werkstatt immer mehr Zuspruch. Ein neuer, effizienterer und wettbewerbsfähigerer Betrieb soll entstehen. Während sich das neue Unternehmen für die Zukunft aufstellt, bekommt die Behindertenwerkstatt als Gesamtkonzept Gegenwind. In einer Konvention fordern die Vereinten Nationen die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes – ohne abschottende Parallelstrukturen. Zwar werden auch Forderungen nach einer Abkehr von den Werkstätten laut. Doch die Elbe-Werkstätten beweisen, dass sie, schon seit Gründung der Hamburger Werkstatt 1920, ein wichtiger Wegbereiter der beruflichen Teilhabe sind.

1995 – 2020

Wachstum, Jubiläum, neue Herausforderungen: Die turbulenten 1990er

Das Jahr 1994 veränderte nicht nur das Modell „Behindertenwerkstatt“ und die Behindertenpolitik. Es begann für die Hamburger Werkstatt zunächst mit einer finanziellen Veränderung. Im Rahmen ihrer Finanzierung wurden nur noch feste Kostensätze vereinbart. Damit erfolgt eine Abkehr von der bisherigen Selbstkostenerstattung mit Gewinn- und Verlustausgleich. So soll eine wirtschaftliche Betriebsführung der Werkstätten „belohnt“ werden. Grund der neuen Praxis ist die Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 23. März 1994.



2006 werden die Rechte behinderter Menschen erstmals explizit von den Vereinten Nationen in einer Charta festgehalten. Ein historischer Meilenstein, der das Werkstattwesen und die Behindertenpolitik grundlegend veränderte und die Inklusion Behinderter in der Vordergrund stellte. Das Konzept Inklusion wird in den Elbe-Werkstätten bereits seit der Gründung gelebt.

Im Juni bringt die UNESCO-Weltkonferenz „Pädagogik für besondere Bedürfnisse: Zugänge und Qualität“, an der 300 Vertreter von 92 Regierungen und 25 internationalen Organisationen teilnahmen, frischen Wind in die Integrationsdebatte. In der „Salamanca-Erklärung“ wurden Prinzipien, politische Forderungen und praktische Anleitungen für die Erziehung behinderter Kinder festgehalten. Erstmals fiel das Wort „inclusion“ in dieser Debatte. Während die Integration noch die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in bestehende Strukturen forderte, will man in einer inklusiven Gesellschaft bestehende Strukturen überwinden und die individuelle Unterschiedlichkeit als Normalität etablieren. Behinderung

Nicht das Individuum muss sich seiner Umwelt anpassen, sondern die Umwelt dem Individuum.

sollte ursächlich nicht mehr beim Menschen verortet werden, sondern bei den ihn umgebenden Strukturen.

Dieser Logik folgend änderte der Deutsche Bundestag im November 1994 das Grundgesetz: Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 besagt seitdem: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Im Folgejahr gelang es den Winterhuder Werkstätten, gleich drei Außenarbeitsplätze in der freien Wirtschaft zu sichern: In einem Kfz-Betrieb, einem Kunststoff verarbeitenden und einem feinmechanischen Unternehmen konnten Werkstattmitarbeiter richtig anpacken und spannende Aufgaben übernehmen. Auch die Hamburger Werkstatt hatte 1995 Grund zum Feiern.

75 Jahre Hamburger Werkstatt! Ein Grund zum Feiern

Am 31. Juli und 1. August 1995 konnte die Hamburger Werkstatt ein feuchtfröhliches Betriebsjubiläum feiern. Bei strahlendem Sonnenschein fand ein großes Fest auf dem Gelände der Werkstatt mit musikalischen Einlagen, lustigen Spielen und sportlichen Elementen statt. Auch alkoholfreies Bier wurde ausgeschenkt. Am zweiten Tag der Feierlichkeiten, die rund ein Jahr im Voraus geplant wurden, ging es schon ernster zu: Rund 180 Werkstattmitarbeiter aus allen Abteilungen lauschten den Grußworten von Bernhard Jagoda (Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg), Ulrich Scheibner (Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft), Dr. Horst Cramer aus dem Bundesarbeitsministerium und Volker Schmidt (Vorsitzender der Interessensvertretung). Den Festvortrag hielt Dr. Wilma Simon als Vorsitzende des Aufsichtsrates und Staatsrätin für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die Rednerinnen und Redner machten in ihren Beiträgen auf die verschiedensten Aspekte aufmerksam: So konstatierte Bernhard Jagoda, dass die großartige Arbeit der Werkstätten in der Bevölkerung noch zu wenig Anerkennung erfahre. 75% aller Menschen wissen fast nichts über die Werkstätten. Dr. Horst Cramer sagte voraus, dass die „Ansprüche an die Qualität der Produkte und Dienstleistungen der Werkstätten ... in den nächsten Jahren steigen (werden)“. Um am Markt von morgen bestehen zu können, müssen Qualifizierungsmöglichkeiten verbessert und ausgebaut werden. Ulrich Scheibner betonte, den Verantwortlichen und Mitarbeitern sei zu danken für ihren unermüdlichen Einsatz und „ihre Bereitschaft, Aufbauarbeiten mit dem Erreichten in Energie für die nächsten Schritte umzuwandeln“. In allen Reden schwang nicht nur Stolz auf die vergangenen 75 Jahre mit. Vor allem versprühten sie die Lust auf die Zukunft, zum Wohle der Menschen mit Behinderung weiter zu wachsen und in einer stetig verändernden Arbeitswelt immer neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Und neue Beschäftigungsmöglichkeiten erforderten neue Räumlichkeiten, denn der Andrang auf die Werkstättenplätze war nach wie vor groß: Auf dem ehemaligen Brauereigebäude am Altonaer Friesenweg entstand ein neuer Gewerbehof und eine Werkstatt. Dort auf dem Gelände der ursprünglichen 1888 gegründeten Bahnenfelder und späteren Friesenbrauerei gab es in den 1920er Jahren einen Biergarten für 1 000 Personen. Platz genug also für die 180 behindertengerechten Arbeitsplätze, die die Elbe-Werkstätten im Dezember 1995 fertig stellte. Der letzte der beiden Bauabschnitte für den Gewerbehof wurde 1996 beendet. Durch die Integration der Werkstatt in den Gewerbehof wurden zugleich beste Voraussetzungen für die berufliche Eingliederung der Arbeitnehmer geschaffen. Der Bauherr, die Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung, passte die Gebäude an die umliegenden Ziegelbauten an. Neuanpflanzungen und teilweise begrünte Dächer wurden zum Blickfang für die Umgebung.

Und im Jahr darauf gab es gleich wieder Anlass zur Freude, denn im März entwickelten die Winterhuder Werkstätten eine neue, innovative Produktionsmöglichkeit: Aus alten Korken fertigte der Betrieb ökologische Baudämmstoffe. Die Korken wurden im Rahmen



J.J. Darboven packt an – für ein Mehr an sozialem Miteinander

Als Familienunternehmen fühlen wir uns bei J.J. Darboven in besonderer Weise dem Wohl unserer Mitarbeiter und der Gesellschaft sowie dem respektvollen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen verpflichtet. Unsere Unternehmenskultur ist von umfangreicher Verantwortung geprägt. Aus diesem Grund freuen wir uns über die langjährige Partnerschaft mit den Elbe-Werkstätten und gratulieren herzlich zu ihrem 100-jährigen Jubiläum. Wir schätzen den Einsatz, den die Elbe-Werkstätten jeden Tag für Menschen mit Behinderung leisten. Unser Anliegen durch Mit-Arbeit zur Integration beizutragen und Wertschätzung sowie Anerkennung auszudrücken, werden wir auch weiterhin gemeinsam verfolgen. Diversity und Inklusion sind für J.J. Darboven als inhabergeführtes Familienunternehmen selbstverständlich. Seit jeher arbeiten bei uns in gemischten Teams Alt und Jung sowie Menschen mit Behinderung zusammen. „Inklusion bedeutet für mich, dass jeder Mensch die Möglichkeit bekommt, durch Arbeit zur eigenen Zufriedenheit und Wohlbefinden beizutragen. Auf meinem täglichen Rundgang besuche ich auch unsere Außenarbeitsgruppen der Elbe-Werkstätten. Ich bin immer wieder über die Hingabe der Teammitglieder bei ihrer Arbeit begeistert und freue mich, dass sie sich in einem hohen Maße mit J.J. Darboven identifizieren und verbunden fühlen,“ schildert der geschäftsführende Mitinhaber Albert Darboven seine persönlichen Eindrücke.



Die insgesamt 36 Mitarbeiter der Elbe-Werkstätten, aufgeteilt in drei Außenarbeitsgruppen mit jeweils zwölf Teammitgliedern, übernehmen vor allem die Konfektionierung oder auch Etikettierungen von Produkten für Sonderaktionen. Und auch unser Nachhaltigkeitsprojekt „Mehrweg statt Einweg“ wird durch die Teams unterstützt. An unseren Standorten in Hamburg und Sauerlach haben wir ein Mehrwegsystem mit wiederverwendbaren To-go-Bechern eingeführt. In Hamburg werden die Becher von den Mitarbeitern der Elbe-Werkstätten gespült, damit diese weiterverwendet werden können. Zudem freut sich Albert Darboven ganz besonders darüber, dass insgesamt mittlerweile sechs Mitarbeiter der Elbe-Werkstätten den sogenannten Stapelschein, also den Führer-

scheinklasse L, erworben haben: „Den Stolz in den Augen von Ramazan als er 2013 den Stapelschein erhalten hat, den werde ich nie vergessen. Das war für ihn und mich eine ganz besondere Freude an diesem Tag.“

Engagement in Hamburg und in Honduras

Als traditionelles Familienunternehmen legen wir großen Wert auf Fairness. Dazu zählt für uns die Förderung interkultureller Integrationsprogramme und Umweltprojekte sowie zahlreicher kultureller, sportlicher und karitativer Initiativen und Einrichtungen. Neben den Elbe-Werkstätten als Partner begleiten wir u.a. in Hamburg auch das Ronald McDonald Haus mit Oase in Altona sowie das Kinder-Hospiz Sternenbrücke.

Faires Handeln und unternehmerische Verantwortung bedeuten für uns als Heißgetränke-Experte mit Kaffee-, Tee- und Kakao-Kompetenz auch, den Menschen im Ursprung unserer Produkte etwas zurückzugeben. Wir von J.J. Darboven finden: „Wer hochwertigen Kaffee genießen möchte, der sollte auch an die Lebensqualität der Kaffeebauern im Ursprung denken.“ Aus diesem Grund haben wir uns 2016 dazu entschieden, ein Förderprojekt für Kaffeebauern und Kaffeebäuerinnen sowie deren Familien in Honduras zu starten. Das Förderprojekt wird mittlerweile auch auf der Packung von IDEE KAFFEE kommuniziert und Rohware wird anteilig verwendet. Dadurch möchten wir unsere Unterstützung und Wertschätzung für die Arbeit der H.E.L.P.-Projektteilnehmer zeigen und die Leistung honorieren. Denn die Steigerung der Qualität des Kaffees beruht auf ganz individueller Anstrengung der Kleinbauern. Aufgrund des erzielten Erfolgs von H.E.L.P. haben wir Ende 2018 die Anzahl der Teilnehmer von anfangs 250 auf 600 ausgeweitet. Auf www.help.coffee informieren wir kontinuierlich über den Projektstand und die Fortschritte.

J.J. Darboven Holding AG & Co. KG

Gründungsjahr: 1866

Standort: Pinkertweg 13, 22113 Hamburg

www.darboven.com

Vorstand: Albert Darboven, Dr. Stephan Hinrichs

Mitarbeiter: ca. 900

Produktfelder: Kaffee, Tee und Kakao

Umsatz: ca. 280 Mio. Euro



Ökologische Baudämmstoffe aus alten Korken? Die KORKampagne macht's möglich.

einer Recyclingkampagne gesammelt, die im November 1994 unter dem Namen „Die KORKampagne“ ins Leben gerufen wurde. Das Netz der offiziellen Kork-Sammelstellen wurde von vielen privaten Initiativen ergänzt. In Hamburg beteiligten sich etwa das Restaurant „Le Canard“, die Gastronomie des Congress Centrums Hamburg, und die Hauni-Werke an der Aktion. Monatlich wurden etwa zwei Tonnen Kork an den Sammelstellen abgeliefert.

Die finanzielle Situation in Hamburg war, besonders in der Arbeitsbehörde, zu Ende des Jahrtausends angespannt. Den vier verschiedenen Werkstattträgern in der Hansestadt drohten daher Verknappungen der Rehabilitationsmaßnahmen, und ganz allgemein war noch nicht geregelt, aus welchen Bereichen Hamburgs die einzelnen Träger ihre Beschäftigte beziehen sollten. Nachdem 1986 die „Elbe-Werkstätten“ gegründet wurden, musste aufgrund der prekären Finanzlage die Zusammenarbeit auf welche Gebiete der Stadt sie sich jeweils konzentrieren, auch Möglichkeiten der Fusionierung und kostengünstigen Zusammenarbeit kamen auf den Tisch. Man beschloss zudem, im stetig wachsenden Dienstleistungssektor mehr Menschen mit Behinderung einzustellen. Dies würde der Realität des allgemeinen Arbeitsmarktes gerecht werden und Mitarbeiter bei ihrem Übertritt in selbigen optimal fördern. Chancen für eine Verwendung im Dienstleistungssektor wurden vor allem in der Verwaltung ausgemacht.



Beim Neujahrsempfang 1997 konnte Geschäftsführer Dietrich Anders Bundespräsident Roman Herzog auf die Sorgen der Behindertenwerkstätten aufmerksam machen.

Die Jahrtausendwende markiert ein Umdenken in der Behindertenpolitik

Eine optimale Förderung im Interesse der Beschäftigten stand bei den Winterhuder Werkstätten im Vordergrund: Konsequenterweise richteten sie noch vor der Jahrtausendwende eine neue Struktur ein. Da hier die behinderten Mitarbeiter im Mittelpunkt des Geschehens standen, wurden sie ab 1999 nicht mehr als Mitarbeiter mit Behinderung, sondern als Kunden angesehen. Um ihre Kunden künftig noch besser fördern zu können, passte man 1999 die Organisationsstruktur so an, dass die bisherige Trennung von Produktion und Reha-begleitendem Dienst aufgehoben wurde.

Auch auf politischer Ebene bewegte sich etwas: Nach der Jahrtausendwende machte die Europäische Union Druck auf ihre Mitgliedsstaaten, die gesellschaftliche und berufliche Diskriminierung von Minderheiten zu überwinden. Mit der Richtlinie 2000/78/EG manifestierte die EU ihre Gleichstellungspolitik und betonte, dass die Menschenrechte auf alle Menschen, ungeachtet der Sexualität, Religion, Behinderung oder des Alters anzuwenden sind. Für die Beschäftigten der Werkstätten war dies vor allem ein wichtiges Signal, dass ihre Anliegen endlich in einem Atemzug mit anderen benachteiligten Grup-

pen, wie Homosexuellen oder Farbigen genannt wurden. Zudem sandte die Richtlinie ein spürbares Signal an die internationale Gemeinschaft, bei der Ausgrenzung Behinderter nicht länger wegzusehen. Die sehr allgemein gehaltene Richtlinie verpflichtete EU-Mitglieder unter anderem dazu, innerhalb von sechs Jahren einen gesetzlichen Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung vorzugeben. Sie brachte einen bis heute andauernden Prozess ins Rollen, der nicht nur den deutschen Gesetzgeber zum Handeln zwang. Auch auf der Weltbühne begann man, den Rechten von Menschen mit Behinderung endlich die Aufmerksamkeit zu geben, die sie verdient haben.

Erste Schritte machte der Bundestag 2001 mit der Überarbeitung des Sozialgesetzbuches IX und dem Beschluss des Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) im Frühjahr 2002. Letzteres verpflichtete vor allem Bundesanstalten und -körperschaften, Behörden und Ministerien sowie die Deutsche Rentenversicherung (Bund) zum Abbau von Barrieren. Kern des Gesetzes war die Verpflichtung zur Barrierefreiheit in den Bereichen Verkehr und Bau. Doch Menschen mit Behinderung stoßen in ihrem Alltag seit jeher auf viele weitere Barrieren, gerade im Umgang mit Behörden. Deren Duktus ist bekanntlich bereits für Menschen ohne Behinderung unverständlich, doch gerade Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Leseschwächen sind oft nicht in der Lage, selbstbestimmt und eigenständig mit Behörden zu interagieren. Daher verpflichtete das Gesetz deutsche Behörden dazu, Kommunikationshilfen wie Gebärdensprache oder Leichte Sprache anzubieten, und Webseiten barrierefrei zu gestalten. Zudem wurden die demokratischen Rechte der Menschen mit Behinderung im praktischen Sinne gestärkt, etwa durch barrierefreie Wahllokale und Wahlschablonen. In Hamburg wurde die Wahlschablone für blinde Menschen



Ach du Schreck! Auf der Hallo-weenparty 2002 wurde wild getanzt und ... Blut gesaugt?!

übri-gens von Antje Blumenthal (Bürgerschafts- und Bundestagsabgeordnete a. D.,) in der Legislaturperiode 1994 – 1997 durch-gesetzt.

Die Winterhuder Werkstätten verstan-den die jüngsten politischen Impulse als Bestätigung ihrer bisherigen inklusiven Strategie, die vor allem auf der Schaffung neuer Arbeitsplätze außerhalb der Werkstätten basierte. 2002 konnte man sich so mit einem

Name: **Ronald Mundt**
 Alter: **59 Jahre alt**
 Arbeitsbereich: **DMG – Elbe West**
 Warum arbeitest du gerne bei Elbe?
Weil es schön ist!
 Wenn du daran denkst, dass es schon seit 100 Jahren in Hamburg die Werkstatt für Menschen mit Handicap gibt, was fällt Dir dazu ein?
Dass diese Menschen woanders keine Arbeit kriegen.



international tätigen Gabelstaplerhersteller auf eine neue Außenarbeitsgruppe für zwölf Beschäftigte einigen. In den nächsten Jahren folgten Außenarbeitsgruppen bei einem Leuchtendesigner und einem Einrichtungshaus. 2002 wurde außerdem ein Schulbistro in Eimsbüttel im Wirtschaftsgymnasium Weidenstieg eingeweiht. Ganz im Sinne einer inklusiven Gesellschaft hat der Betrieb hier einen Ort der Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung geschaffen. Die Schüler lernen hier: Eine Behinderung zu haben ist ganz normal, und das Essen schmeckt hier genauso gut wie anderswo! Einen weiteren Begegnungsort dieser Art wurde im Bramfelder Einkaufszentrum Barmwisch geschaffen, als im Juni 2003 ein CAP-Lebensmittelmarkt an den Start ging. In diesen sozialen Einkaufsmärkten, von denen es in Deutschland inzwischen rund 100 gibt, arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam. Das „CAP“ leitet sich von Handicap ab. Am 10. Oktober 2007 folgt ein zweiter CAP-Markt in der Barmbeker AlsterCity. Natürlich durfte bei all der Arbeit und den ständigen Umwälzungen in den Betrieben eines nie fehlen: Der Spaß am Leben! 2005 etwa machten sich die Kollegen der Elbe-Werkstätten bei einem Betriebsausflug auf den Weg in die Lüneburger Heide. Die lustige Truppe zog mit einem prall gefüllten Bollerwagen durch den Wald, übte sich beim Kartoffellauf und beim Geschicklichkeitsfahren mit dem Traktor.



Aus drei mach eins – Die drei Werkstattträger unter einem Dach

Neu war die Idee eines Zusammenschlusses nicht: Schon 1999 brodelte die Gerüchteküche unter den Werkstattangestellten, ob es nicht sinnvoller wäre, Kompetenzen und Ressourcen der einzelnen Betriebe in einer Dachgesellschaft zu bündeln. Aus betriebswirtschaftlicher Perspektive war dies zwar vernünftig, doch vergingen noch ein paar Jahre, bis die neue PIER Holding Dachgesellschaft ins Leben gerufen wurde. Um die Jahrtausendwende herum war allen Beteiligten bewusst, dass eine verschlankte Verwaltung nicht nur Geld einsparen würde, sondern vor allem die Produktion schlagkräftiger gegenüber der Konkurrenz machen könnte.

Name: **Manuela Szymanski**
 Alter: **48 Jahre**
 Arbeitsbereich: **Buchbinderei - Elbe ReTörn**

Warum arbeitest du gerne bei Elbe?

Weil ich im Moment Schwierigkeiten habe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Hier ist man im geschützten Rahmen.

Wenn du daran denkst, dass es schon seit 100 Jahren in Hamburg die Werkstatt für Menschen mit Handicap gibt, was fällt dazu ein?

Dann wäre ich schon früher angefangen. Es ist schön, dass es sowas gibt.



Im Februar 2006 kamen Verantwortliche der drei Werkstätten zusammen und bereiteten ihre Vereinigung vor.



Die Gründungsgeschäftsführer der PIER Holding GmbH vor dem Rathaus. v. l. n. r.: Wolfgang Pritsching, Michael Sander, Jürgen Lütjens

Unter der Devise „zentral koordinieren und dezentral arbeiten“ reifte schnell die Idee, in einer großen Dachgesellschaft einen stärkeren Marktteilnehmer zu schaffen, der effizienter arbeitet und seinen Mitarbeitern ein verbessertes Rehabilitations- und Arbeitsangebot bieten kann. 2006 war es dann endlich soweit: Unter dem Namen „PIER Holding GmbH“ vereinten sich die Elbe-Werkstätten und die Hamburger Werkstatt GmbH. Die Freie und Hansestadt Hamburg beteiligte sich zu 34,18%, die Hamburger Stiftung Rehabilitation und Integration mit 65,18% und der Verein für Behindertenhilfe e.V. mit 0,63% an der neuen Gesellschaft. Spürbar wurde der Zusammenschluss 2006 und 2007 im Verwaltungsbereich. Im Rahmen der PIER Service & Consulting GmbH wurden die Verwaltungsmitarbeiter aller drei Werkstätten zusammengefasst. Im Mai 2007 setzten sich zudem die Verantwortlichen aus Finanzbuchhaltung, Controlling, Personalwesen und -entwicklung sowie dem IT- und Gebäudemanagement an einen runden Tisch, um den Aufbau von PIER konkret zu planen. In einer Strategietagung im Herbst wurden die Ideen weiter vertieft. Um Teil der neuen Gesellschaft werden zu können, wurde der Landesbetrieb Winterhuder Werkstätten im Oktober 2007 in eine GmbH umgewandelt. Durch die erfolgreiche Fusion entstand die größte Werkstatt für Menschen mit Behinderung in ganz Deutschland. Auch wenn sich organisatorisch einiges verändert hat, bleibt die Zielsetzung die gleiche: Inklusion durch Arbeit schaffen. 2008 entstehen gleich zwei neue Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Werkstätten. Schon Anfang Januar eröffnet im Wirtschaftsgymnasium auf St. Pauli ein neues Schulbistro nach dem Vorbild des Eimsbütteler Kiosks. Im Mai knüpfte man an das Konzept der Fahrradwerkstatt „Eilbek-Service“ an und eröffnete in Groß Borstel das nächste Fahrradfachgeschäft „Die Kette“.



Name: Fred Domeier
Alter: 54 Jahre
Arbeitsbereich: Buchbinderei – Elbe ReTörn

Warum arbeitest Du gerne bei Elbe?
Hier nimmt man Rücksicht auf meine Angststörung.
Wenn Du daran denkst, dass es schon seit 100 Jahren in Hamburg die Werkstatt für Menschen mit Handicap gibt, was fällt Dir dazu ein?
Ich komme aus der Ex-DDR und kann mich nicht daran erinnern, dass es dort solche Werkstätten gab. Behinderte wurden vielleicht geheim gehalten. Mich interessiert: Wie wurde damals in der Werkstatt gearbeitet? War das Sklavenarbeit? Wie waren die Arbeitsbedingungen?

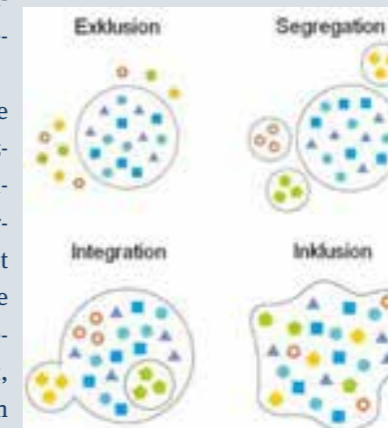
Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland: Eine veränderte Rolle der Werkstätten?

10% der Weltbevölkerung, oder 650 Millionen Menschen, leben mit einer Behinderung und stellen damit die größte Minderheit der Welt dar. Sie sind stärker von Armut und Obdachlosigkeit betroffen als Menschen ohne Behinderung, haben schlechteren Zugang zu schulischer Bildung und gleichzeitig schlechtere Chancen, sich durch Arbeit aus der Armut zu befreien. Kurz nach der Jahrtausendwende gewann diese menschenrechtliche Problematik auf der Weltbühne an Bedeutung, als im Rahmen der Vereinten Nationen ein „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (kurz: Behindertenrechtskonvention) verhandelt wurde. Zum ersten Mal wurde im Dezember 2006 von 120 Staaten betont, dass eine Behinderung kein Defizit ist, sondern ein Teil der Vielfalt des menschlichen Lebens. Gefordert wurde die Achtung der Menschenwürde und das Recht auf individuelle Selbstbestimmung. Die Unterzeichnerstaaten griffen dabei auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zurück.

Für die Arbeitswelt bedeutete die Konvention konkret, dass Segregation zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen im Sinne des inklusiven Arbeitsmarktes überwunden werden sollte: Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Anstellung und selbstbestimmte, freie Wahl eines Berufs, mit dem sich der eigene Lebensunterhalt bestreiten lässt. Um dies zu erreichen, sollen die Staaten das Sammeln von Arbeitserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung fördern und sicherstellen, dass am Arbeitsplatz angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderung getroffen werden. Parallelstrukturen seien zu vermeiden. Somit entsteht auch eine Kontroverse um die Werkstätten für Menschen mit Behinderung: In den geschützten Arbeitsräumen der Werkstätten sind vorwiegend Menschen beschäftigt, die aufgrund einer Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig wären. Sollten die Werkstätten also vermehrt auf Rehabilitation und Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt hinwirken? Oder sollen sie, gemäß den kaufmännischen Prinzipien, die produktivsten Mitarbeiter halten, um höhere Umsätze zu erzielen und so auch bessere Löhne zur Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts auszahlen zu können? In einem Bericht des Länderausschusses der Vereinten Nationen für Deutschland aus dem Jahr 2015, der die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention überprüft, wird dazu eine klare Antwort gegeben: „Der Ausschuss ist besorgt über ... den Umstand, dass segregierte Werkstätten für behinderte Menschen weder auf den Übergang zum allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereiten noch diesen Übergang fördern“. Er fordert sogar „die schrittweise Abschaffung der Werkstätten für behinderte Menschen durch sofort durchsetzbare Ausstiegsstrategien und Zeitpläne sowie durch Anreize für die Beschäftigung bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern im

allgemeinen Arbeitsmarkt“. Das galt so sicher nicht für die Hamburger Werkstätten, deren Ziel seit Gründung der Hamburger Werkstatt 1920 eben in der Ertüchtigung für den Arbeitsmarkt festgeschrieben wurde. Das Deutsche Institut für Menschenrechte forderte 2019 in der Analyse „Wer Inklusion will, sucht Wege“ die Anwendung des gesetzlichen Mindestlohns für Behindertenwerkstätte als einen wichtigen Schritt zur Überführung der Sonderstrukturen in inklusive Strukturen. Auch die Bundesregierung setzte in den vergangenen Jahren vermehrt auf finanzielle Anreize für Betriebe, um die Einstellung von Menschen mit Behinderung leichter und wirtschaftlich attraktiver zu machen. Durch das Bundesteilhabegesetz von 2016 wurde zum Beispiel das Budget für Arbeit eingeführt: Arbeitgeber erhalten demnach einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 75%, wenn sie Menschen mit Behinderung einstellen, die auch zur Arbeit in Behindertenwerkstätten berechtigt wären.

Was bedeutet all dies aber für die zukünftige Rolle der Werkstätten, wenn diese in den letzten Jahren mehr als Hindernis zur vollständigen Inklusion denn als Chance abgetan werden? Diese Frage kann wohl nur beantwortet werden, wenn weiterhin das selbstbestimmte Leben des Individuums als oberstes Ziel bestehen bleibt. Selbstbestimmt leben bedeutet, seine Arbeit frei wählen zu dürfen und durch eigene Schaffenskraft den Lebensunterhalt zu



sichern. Dafür muss im Sinne der Inklusion der (Wieder-)Eintritt in den allgemeinen Arbeitsmarkt durch finanzielle Anreize für Menschen und Unternehmen attraktiv gestaltet werden. Gleichzeitig bleiben die Werkstätten jedoch der geschützte Raum für diejenigen, die sich auf dem Arbeitsmarkt nicht zurechtfinden oder aufgrund schwerwiegender Beeinträchtigungen auf besonders umfassende Unterstützung angewiesen sind. Eine Inklusion von Menschen mit Behinderung kann schließlich nur mit, niemals ohne die Werkstätten funktionieren, wie das Beispiel Großbritannien gezeigt hat: Dort wurden 2013 die letzten Behindertenwerkstätten zur Umsetzung von Inklusion geschlossen. Aktuell sind dort über 50% der früher Beschäftigten ohne Arbeit. Diese Festschrift zeigt, dass die Hamburger, die Elbe- und die Winterhuder Werkstätten schon immer die Würde des Einzelnen in den Vordergrund gestellt haben. Durch vergleichsweise hohe Löhne, anspruchsvolle Arbeit und vielfältige Möglichkeiten, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Erfahrungen zu sammeln, leben sie vor, dass Menschen mit Behinderung hier nicht nur beschäftigt werden, sondern echte, wertvolle Arbeit leisten.

Name: Meik Spigkos
Alter: 45 Jahre
Arbeitsbereich: Metall – Elbe Nord
Warum arbeitest Du gerne bei Elbe?
Ich finde die Arbeit schön.
Wenn Du daran denkst, dass es schon seit 100 Jahren in Hamburg die Werkstatt für Menschen mit Handicap gibt, was fällt Dir dazu ein?
Ganz schön lange Zeit.



Das Werk „Unergründlich“ von Clever-Nolberto Quiroz entstand im Atelier Freistil

Während in Groß Borstel die letzten Vorbereitungen zur Eröffnung des Fahrradladens getätigt wurden, tritt am 3. Mai 2008 die „Behindertenrechtskonvention“ der Vereinten Nationen in Kraft – der Meilenstein im Kampf für Gleichberechtigung Behinderter. Mit der „UN-Behindertenrechtskonvention“, die im Dezember 2006 von der Generalversammlung beschlossen wurde, bestätigten die Vereinten Nationen in aller Deutlichkeit: Die Menschenrechte gelten für alle Menschen. Staaten haben die Einhaltung dieser Menschenrechte zu gewährleisten, ausgrenzende und damit behindernde Strukturen sind konsequent abzubauen. Die Geschichte für die Konvention beginnt aber schon viel früher. Bereits im Dezember 2001 wurde ein Ad-hoc-Komitee eingerichtet, das Vorschläge für ein umfassendes Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen erarbeiten sollte. Von Januar 2004 bis August 2006 entwickelte eine Arbeitsgruppe, die das Komitee eingerichtet hatte, ein Übereinkommen, das Menschen mit Behinderung explizit die Einhaltung aller Menschenrechte garantiert. Zu diesen Rechten zählt beispielsweise der barrierefreie Zugang zur Justiz, Zugänglichkeit von Transport- und Kommunikationsmitteln, die Teilhabe am kulturellen, politischen und öffentlichen Leben. Das Recht, sich durch eigene und frei gewählte Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen, wurde in Artikel 27 definiert. Dieses Recht auf Arbeit schließt einen offenen, einbeziehenden und zugänglichen Arbeitsmarkt ein. Staaten wurden verpflichtet, das „Sammeln von Arbeitserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch Menschen mit Behinderung zu fördern“ (Art. 27 j). Es solle so wenige Sonderarbeitswelten wie möglich geben.

Nun war die Betonung der Menschenrechte an sich zwar richtig und wichtig, doch beinhaltete die Konvention auch eine viel tiefer gehende Botschaft, ja einen Paradigmenwechsel. Erstmals wurde in einem völkerrechtlich bindenden Vertrag das „menschenrechtliche Modell“ dem „medizinischen Modell“ zur Bezeichnung von Menschen mit Behinderung vorgezogen. Seit 2008 gelten Menschen mit Behinderung nicht mehr als „krank“, sondern als gleichberechtigte Menschen. Sie weisen seitdem kein Defizit mehr gegenüber der gesellschaftlichen Norm auf, wonach jede Form der Ausgrenzung eine menschenrechtswidrige Diskriminierung darstellt. Damit kamen die Vereinten Nationen einer alten Forderung der Behindertenbewegung der 1970er Jahre nach, die stets von Behinderung durch gesellschaftliche Strukturen sprach. Der Deutsche Bundestag hat die Konvention zwar „erst“ am 24. Februar 2009 ratifiziert, doch bereits 2006 mit einem Gesetz auf die Konvention reagiert. Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) verbietet Diskriminierung am Arbeitsplatz, unter anderem gegen Menschen mit Behinderung. Wer sich diskriminiert fühlt, hat seitdem die Möglichkeit, rechtlich gegen den Arbeitgeber vorzugehen. Seit dem 1. Januar 2008 besteht außerdem ein Rechtsanspruch auf das sogenannte „Persönliche Budget“, das Menschen mit Behinderung für Teilhabeleistungen im Rahmen der „Eingliederungshilfe“ investieren können.

Name: **Nicole Kram**
 Alter: **44 Jahre**
 Arbeitsbereich: **DMG – Elbe West**
 Warum arbeitest Du gerne bei Elbe?
Es macht mir Spaß.
 Wenn Du daran denkst, dass es schon seit 100 Jahren in Hamburg die Werkstatt für Menschen mit Handicap gibt, was fällt Dir dazu ein?
Ich bin schon lange hier. Ich freue mich.

Sinkende Zuschüsse und Modernisierung: Die PIER Holding schlägt einen Sparkurs ein

Während auf der großen Weltbühne ab 2008 endlich ein Bewusstsein für die Anliegen der Menschen mit Behinderung entstand, übernahmen die Elbe-Werkstätten im PIER Holding Verbund langsam aber sich das Ruder. Mit über 1200 Arbeitsplätzen waren sie mittlerweile die größte Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Hamburg und übernahmen 2010 schließlich die Funktion der PIER Holding GmbH als Dachorganisation. Die Elbe-Werkstätten in ihrer heutigen Form entstanden schließlich 2011, als die Winterhuder Werkstätten GmbH und die Hamburger Werkstatt GmbH ihre Eigenständigkeit aufgaben und mit „Elbe“ fusionierten. Die Fusion leitete eine Trendwende ein. Mit 3100 Arbeits- und Ausbildungsplätzen an 50 Standorten hat sich das Netz aus einzelnen Werkstattbetrieben zu einem der größten Unternehmen in Hamburg und zur größten Werkstatt für Menschen mit Behinderung Deutschlands weiterentwickelt. 2011 standen große Herausforderungen bevor: Zum einen sanken die Maßnahmenkostensätze der Stadt, wodurch man noch mehr als sonst auf den eigenständigen wirtschaftlichen Erfolg angewiesen war. Zum anderen erforderte die Fusion eine Reihe von Modernisierungsmaßnahmen. Neue Aktivitäten sollten aufgebaut, die Verwaltung abgebaut werden. In der Konsequenz sah sich die Geschäftsführung zu umfassenden Sparmaßnahmen gezwungen. 2010 reichten der Umsatz von 80 Millionen Euro, die Zuschüsse der Arbeitsagentur und die Eingliederungshilfen der Stadt nicht mehr aus, um die hohen Kosten für Mieten, Arbeitsmaschinen und Betreuer zu decken. In der Konsequenz wurden 2011 5,4 Millionen Euro eingespart. Gleichzeitig hat sich die Betriebsführung um Rolf Tretow und Anton Senner vorgenommen, den Anteil der Außenarbeitsplätze in der Belegschaft von 20 auf 30 Prozent zu erhöhen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung macht der Betrieb im März 2013, als eine Partnerschaft mit Lidl eingegangen wurde. Im Logistikzentrum Wennerstorf sind Beschäftigte für die Elektronische Artikelsicherung (EAS) zuständig: Vitoria Machado, Franziska Große, Jan Müller, Aydin Kurnaz, David Kruse, Klaus Meyer und Benjamin Fuchs traten am 1. März ihren Dienst an, bei dem sie täglich etwa 5000 bis 7000 Lidl-Artikel mit Sicherheitsetiketten beklebten und diese überprüften. Bei Lidl hatten die Elbe-Werkstätten allerdings bereits vorher ein Eisen im Feuer: Seit 2010 arbeitet eine Außenarbeitsgruppe im Zentrallager in Siek, Schleswig-Holstein.

In einer Außenarbeitsgruppe zu arbeiten, kann aber manchmal auch ärgerlich sein. Zum Beispiel dann, wenn das spirituelle Oberhaupt des tibetischen Drupka-Ordens, Gyalwang Drupka, die Elbe-Werkstätten besucht, und man gerade Produkte bei Lidl etikettieren muss. So geschehen im September 2014, als Drupka dem Betrieb Elbe West die Ehre gab. Bei seinem mittlerweile dritten Besuch in Hamburg sprach er über das Verständnis von Behinderung im Vergleich abendländischer und buddhistischer Sichtweisen. Eine ganz besondere Ehre für die Elbe-Werkstätten, denn Drupka besuchte kein anderes Unternehmen in Hamburg.



Gyalwang Drupka besuchte 2014 die Elbe-Werkstätten.

Name: **Massimiliano Maglioli**
Alter: **30 Jahre**
Arbeitsbereich: **Hauservice – Elbe Süd**

Warum arbeitest Du gerne bei der Elbe?

Weil es mir Spaß macht, weil ich den ganzen Tag rumlaufen kann und weil ich so viel Neues ausprobieren kann.

Wenn du daran denkst, dass es schon seit 100 Jahren in Hamburg die Werkstatt für Menschen mit Handicap gibt, was fällt Dir dazu ein?

Dass es immer Veränderung gibt. Immer neue Leute und immer neue Gruppenleiter.



Senator Detlef Scheele (rechts) und Vertreter der Bürgerschaft bei der Einweihung der renovierten Küche

Wäre Drupka noch ein wenig länger geblieben, hätte er sich auch einen ersten Eindruck von der neu sanierten Großküche in Sasel machen können. Die Sanierung der über 35 Jahre alten Küche zielte vor allem auf eine Reduktion der CO₂- und Schallemissionen ab. Durch den Einbau spezieller Schallschutzdecken und dem Einsatz modernster Küchentechnik können die Kollegen neben der Küche heute in aller Ruhe Mittag machen und die CO₂-Emissionen wurden um über 70% reduziert. Die für 1,9 Millionen Euro grundsanierte Küche wurde am 12. Januar 2015 im Beisein von Sozialsenator Detlef Scheele und den sozialpolitischen Sprechern der Bürgerschaftsfraktionen offiziell eingeweiht.

Ein UN-Bericht schlägt hohe Wellen - Wie geht es weiter für die Werkstätten?

Der 2011 eingeleitete Umbau des Konzerns schritt also stetig voran. Die immer neuen Außenarbeitsgruppen, Renovierungsarbeiten, spannenden Arbeitsfelder und kulturellen

Werkstätten für Menschen mit Behinderung – in Deutschland und der Welt

In Deutschland haben die Werkstätten schon eine lange Tradition und beschäftigen heute etwa 310 000 Menschen mit Behinderung. Doch wie sieht das eigentlich in anderen Ländern aus? In den meisten Ländern teilt man dieselbe Zielsetzung: Den Menschen mit Behinderung ein möglichst „normales“ Arbeitsleben und damit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Doch die Wege dorthin unterscheiden sich teilweise sehr stark. In Schweden steht beispielsweise das Prinzip der Partizipation im Vordergrund: Es soll, soweit es eben geht, auf Parallelstrukturen und Sonderlösungen verzichtet werden. Das bedeutet im Klartext, dass die unterstützte Anstellung („supported employment“) Vorrang vor Behindertenwerkstätten hat. Menschen mit Behinderung werden bei der Jobsuche auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt staatlich unterstützt, indem sie vom staatlichen Unternehmen „Samhall AB“ formal angestellt und von dort aus in reguläre Arbeitsverhältnisse vermittelt werden. Die Angestellten erhalten einen tarifgebundenen Durchschnittslohn von 2 100 Euro im Monat (Stand 2016).

Das Partizipationsmodell ist auch zentrales Anliegen für die niederländische Behindertenpolitik. Wegen finanzieller Schwierigkeiten wurde das Budget für geschützte Beschäftigung gekürzt. Die neue, 2015 in Kraft getretene Strategie zielt darauf ab, die Einstellung von Erwerbsbeschränkten durch einen Lohnkostenzuschuss attraktiver für Arbeitgeber zu machen. Bis 2026 werden 125 000 subventionierte Arbeitsplätze in privaten und öffentlichen Unternehmen geschaffen. Zum Vergleich: 2015 waren 100 000 Menschen in geschützter Arbeit beschäftigt.

Die Finnen orientieren sich bei der Integration, anders als die Deutschen, nicht an Quoten. Statt über gesetzliche Rahmenbedingungen, will die finnische Regierung die Unternehmen durch die soziale Verantwortung zur Inklusion motivieren. Auch Werkstätten stehen hier nicht hoch im Kurs. Es gibt zwar ein sogenanntes Arbeits- und Vorbereitungszentrum, in dem rund 125 Menschen mit Behinderung Beschäftigung finden, doch wird das Werkstattdesign hier eher als veraltet betrachtet: Junge Menschen mit Behinderungen wollen reale Arbeitsplätze auf dem „echten“ Arbeitsmarkt.

Das Modell der Behindertenwerkstätten steht auch bei den Briten nicht im Vordergrund. Die sogenannten „Factories“, vergleichbar etwa mit Integrationsfirmen, richten sich ohnehin nicht an stark Erwerbsbeschränkte, wie die deutschen Werkstätten es tun. 2007 begann die britische Regierung, die staatlichen Werkstätten sukzessive zu schließen, mit dem Ziel, vormals beschäftigte Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Das Ergebnis dieser Politik ist eindeutig: Heute sind rund 50% der Menschen mit Behinderung arbeitslos.

Name: **Pierre Eickhoff**
Alter: **56 Jahre**
Arbeitsbereich: **Verpackung und Konfektionierung – Elbe Süd**

Warum arbeitest Du gerne bei Elbe?

Weil ich gerne neue Sachen kennenlernen und es macht Spaß.

Wenn Du daran denkst, dass es schon seit 100 Jahren in Hamburg die Werkstatt für Menschen mit Handicap gibt, was fällt Dir dazu ein?

Starke Leistung! Und dass man sich freuen kann, dass es so was gibt.



Arbeit unter freiem Himmel. Danach geht's mit den Kollegen in die Kantine: Arbeitsalltag der Außenarbeitsgruppe bei tesa

Angebote stimmten die Beschäftigten zufrieden und sorgten für ein gutes Betriebsklima. 2015 mischte sich unter diese Zufriedenheit aber auch eine gewisse Verunsicherung und Zukunftsängste in das Stimmungsbild. Grund dafür war der Staatenausschuss der UN, welcher die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention von 2006 überprüft. In seinem Bericht vom 17. April 2015 spricht der Ausschuss in Bezug auf den inklusiven Arbeitsmarkt ein geradezu vernichtendes Urteil aus: Weder sei der Menschenrechtsansatz in den bisher verabschiedeten Gesetzen sichtbar, noch sei die Datenlage zur Situation behinderter Menschen in Deutschland ausreichend. Außerdem bestünden in Deutschland nach wie

vor ausgrenzende Strukturen in der Bildung und dem Berufsleben. Gerade Werkstätten für Menschen mit Behinderung sollten eine Exit-Strategie entwickeln und Schritt für Schritt aufgelöst werden, da sie den Übergang der Beschäftigten in den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht fördern, ja sogar verhindern.

Der Bericht hat in Deutschland hohe Wellen geschlagen. Unter anderem meldete sich das Deutsche Institut für Menschenrechte zu Wort und forderte ergebnisoffene Diskussionen über das Konzept der Werkstatt. Schließlich liege die Vermittlungsquote auf den allgemeinen Arbeitsmarkt nur bei unter einem Prozent. Gleichzeitig unterstreichen Experten, dass Werkstätten durchaus ihre Daseinsberechtigung haben können. Dies sei der Fall, wenn sie eine Förderkonzept für das Übergangsmanagement aufweisen können und sich umfassende Qualifizierungs- und Beschäftigungsvereinbarungen zwischen Werkstatt und Unternehmen anbieten können. Andere Experten betonen wiederum, Werkstätten würden Menschen nur als Pflegeobjekt behandeln und Menschen mit Behinderung bevormunden.

Während Deutschland spätestens seit 2015 über die Umsetzung der UN-Konvention debattiert, zeigt ein Blick auf andere Länder, dass die „Überwindung“ von Behindertenwerkstätten keineswegs ein Patent für die Inklusion ist (siehe Vorseite).

Der Bericht des Länderausschusses sorgte auch bei den deutschen Politikern für Aufsehen. Im September 2016 reagierte der Deutsche Bundestag schließlich auf die Kritik und passte das Behindertengleichstellungsgesetz an: Neben einer Verbesserung der Barrierefreiheit in den Bereichen Verwaltung, Bau, Verkehr und IT sah das Gesetz vor, dass Informationen in Leichter Sprache verfügbar sein müssen. Seit 2018 fallen auch behördliche Bescheide unter diese Regelung. Mit Blick auf die Behindertenwerkstätten sah die Re-

gierung bereits im April 2016 hingegen keinen Handlungsbedarf, da diese „als Anbieter von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben weiterhin ihren Platz“ haben.

Neue Außenarbeitsgruppen bei tesa und Hans Hepp GmbH sorgen für gute Stimmung

Für die Werkstattbeschäftigten in Hamburg war das erst mal eine Entwarnung, denn hier finden sie in zahlreichen Standorten der Elbe-Werkstätten und in Unternehmen der freien Wirtschaft Arbeitsmöglichkeiten, die ihnen ohne die Werkstatt verwehrt blieben. Für 14 Mitarbeiter ergab sich ab dem 6. September 2016 so etwa die Mög-



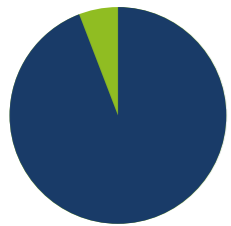
Beschäftigte befüllen Verbandstaschen für die Hans Hepp GmbH

lichkeit, auf dem tesa Campus in Norderstedt zu arbeiten. Unter freiem Himmel kommen sie den klassischen Aufgaben einer Gartengruppe nach: Rasenflächen mähen, Hecken und Sträucher schneiden, Blumenbeete pflegen und, was am wichtigsten ist: Spaß mit der Gruppe haben! Nach getaner Arbeit kann die Gruppe mit den neuen Kollegen in der tesa-Kantine Pause machen und in den Dialog kommen. Der Schwerbehindertenvertreter bei tesa, Christos Coulouris ist zufrieden: „Wenn sich unsere Kollegen und die Mitarbeiter der Elbe-Werkstätten hier ganz natürlich begegnen, ist das gelebte Inklusion“.

Für Werkstattbeschäftigte, die lieber nicht im Freien arbeiten und ein Faible für Verpackung und Konfektionierung haben, ergab sich nur wenig später eine tolle Möglichkeit: Durch eine neue Kooperation mit der Hans Hepp GmbH können seit Oktober 2016 15 Beschäftigte Verbandstaschen und -kästen mit Erste-Hilfe-Produkten befüllen. Die Verbandstaschen und -kästen finden sich später in Automodellen namhafter Hersteller wieder. Der Geschäftsführer der GmbH kann mittlerweile auf 20 Jahre guter Zusammenarbeit mit den Elbe-Werkstätten zurückblicken. Bislang konfektionierten die Beschäftigten die Produkte immer in den Werkstätten, jetzt arbeiten sie in den Räumlichkeiten der Hans Hepp GmbH.

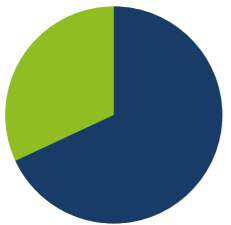
Die Geschichte der Elbe-Werkstätten ist, gerade in der jüngeren Vergangenheit, auch die Geschichte der ausgelagerten Arbeitsplätze. Im Laufe der Jahre erarbeitete sich der Betrieb ein so gutes Marktstanding, dass viele Unternehmen einer Kooperation in Form von Außenarbeitsplätzen oder -gruppen offen gegenüberstanden. Eine Kooperation sehen sie heute nicht mehr nur als milde Gabe, für sie hat sie viele wirtschaftliche Anreize. So lässt es sich erklären, dass der Anteil der ausgelagerten Arbeitsplätze bei den Elbe-Werkstätten rund 4,5 mal höher ist als im Durchschnitt der Bundesarbeitsgemeinschaft.

Beschäftigte der BAG-Werkstätten, 2018



■ ausgelagert ■ Werkstatt

Beschäftigte der Elbe-Werkstätten, 2018



■ ausgelagert ■ Werkstatt

Fester Bestandteil der Werkstätten: Kulturelle Teilhabe bei Elbe

Heute sind die Elbe-Werkstätten in der Hamburger Wirtschaft angekommen. Aber auch in der Kulturszene der Stadt haben die Beschäftigten inzwischen ihren festen Platz, zum Beispiel im Atelier Freistil, einer Kooperation von „Leben mit Behinderung Hamburg“ und den Elbe-Werkstätten Süd: Im 250 Quadratmeter großen Atelier in den Wilhelmsburger Veringhöfen können sich derzeit 36 Künstler mit Behinderung ganz ihrer individuellen Kunst widmen und sich ausprobieren. Therapie- und Gruppenräume sowie Büros sind ebenfalls angegliedert. Die jährlichen Ausstellungen des Atelier Freistil, das sich in den Wilhelmsburger Sozialraum geöffnet hat, sind immer gut besucht.



Die „Galerie der Villa“ ist ein Atelier- und Projektraum



Die Schriftbilder von Harald Stoffer sind heiß begehrt

Bei Elbe West steht den Beschäftigten schon seit 1998 das Kunstatelier „Galerie der Villa“ zur kreativen Entfaltung offen. Das Atelier ist ein Ort der Begegnung, in dem Menschen mit und ohne Behinderung Raum, Material und Anregung für ihr künstlerisches Schaffen zur Verfügung gestellt werden. Wer bereits viel Talent mitbringt, kann ganz selbstständig arbeiten, während für Neulinge auch Fortbildungen, Projekte mit anderen Kooperationspartnern, Dozenten und Künstlern angeboten werden. In der angegliederten Galerie werden sowohl eigene als auch Kunstwerke anderer Künstler präsentiert. Gleichzeitig wird Künstlern die Möglichkeit geboten, ihre Werke weltweit in öffentlichen Ausstellungen zu präsentieren. Für beträchtliche Summen an Privatkunden zu verkaufen oder mit ähnlich arbeitenden Einrichtungen zu teilen.

Harald Stoffers Schriftbilder sind heiß begehrt. Nicht selten werden fünfstellige Summen für die teils großen, teils ganz kleinen, schiefen, krummen Schriftlinien bezahlt. Stoffers, der schon seit 2002 in der Galerie der Villa arbeitet, ist einer von 13 Künstlern, die in ihren Werken auch die Erfahrungen des Alltags verarbeiten. Die Galerie der Villa bietet ihnen einen Freiraum, um durch Kunst auszudrücken, was ihnen in Worten oft schwer fällt. Manchmal aber sind es auch ganz einfache, ja banale Gedanken, die Stoffers in seine Kunst einarbeitet: „Will noch Erdbeeren kaufen“ steht dann auf der Leinwand.

Auch Theaterbegeisterte können bei den Elbe-Werkstätten ihre Kunst entfalten und werden dabei professionell geschult: Im Rahmen des Berufsbildungsprogramms Elbe ReTörn können sich Interessierte zu echten Theaterprofis ausbilden lassen. Um auf der großen Bühne eine gute Leistung abzuliefern, lernen die Menschen hier alles über Mimik, Gestik, Haltung, Gang und Stimme. Sie machen Sprech-, Betonungs- und Bewegungsübungen und erlernen professionelle Schauspieltechniken. Das Theater-Ensem-



Minotauros Kompanie – Szene aus: Es ist zum Verrücktwerden

ble „Minotauros Kompanie“ verbindet schon seit 1999 Theater und Inklusion. Im April 2019 feierte die Kompanie die Premiere ihre Musiktheaterspektakels „There’s something wrong with you“. Auf dem Schauplatz rund um die Elbphilharmonie wurden mit Gesangseinlagen alle möglichen Menschengruppen (Politiker, Manager, Demonstranten) aus dem Blickwinkel eines Menschen mit Behinderung portraitiert.



Auch bei der Tanzkompanie „here we are“ können die Werkstattbeschäftigten ihre künstlerischen Träume wahr werden lassen: Seit 2006/2007 entstehen eigenen Bühnenstücke, Tanzperformances und Kurzfilme. Auslöser war 2006 die Teilnahme an den Community-Tanztagen „CanDoCanDance“. Die in Hamburg einzigartige inklusive Tanzkompanie entwickelt das Potential der Tänzerinnen und Tänzer in wöchentlichen Trainingseinheiten weiter und fördert Talente. Zuletzt entstand daraus etwa der achtminütige Kurzfilm „SELFIE_der Film“, der am 27. November 2019 erstmals im Hamburger Lichtmeß-Kino ausgestrahlt wurde. Im Oktober 2018 beteiligte sich die Tanzkompanie an der Community Dance Workshopreihe „Mit TANZ zur Toleranz“ der Nader-Etmenan-Stiftung. Menschen mit den verschiedensten Biographien, aus unterschiedlichen Altersgruppen, mit und ohne Behinderung, kommen zusammen, um gemeinsam zu tanzen und so gesellschaftlicher Inklusion nicht nur zu leben, sondern auch beispielhaft zu zeigen.

Name: **Holger Schacht**
 Alter: **62 Jahre**
 Arbeitsbereich: **Metall - Elbe Nord**
 Warum arbeitest Du gerne bei Elbe?
Ich mag meine Arbeit. Alles ist super.
 Wenn du dran denkst, dass es schon seit 100 Jahren in Hamburg die Werkstatt für Menschen mit Handicap gibt, was fällt dir dazu ein?
Das find ich gut. Ich arbeite noch ein Jahr, dann gehe ich in Rente.



Pioniergeist, Leidenschaft und Teamwork

Pioniergeist, Leidenschaft und Teamwork sind nicht nur beim Thema Inklusion gefragt, sondern auch wenn es darum geht, die geeignete IT bereitzustellen.

„IT-Projekte mit und für Menschen mit Behinderung stellen besonders hohe Ansprüche“, erklärt Florian Mitrowan, Vertriebsleiter der CEMA Hamburg, der die Elbe-Werkstätten im Team mit Phillip Busch, Consultant der CEMA, berät. Das mittelständische Systemhaus CEMA, das selbst Menschen mit Einschränkungen beschäftigt, begleitet seit rund zwölf Jahren die Elbe-Werkstätten als Partner des Vertrauens in die digitale Zukunft.

Ein erster großer Meilenstein war der Aufbau der Social Cloud vor zehn Jahren. Damals steckte Cloud-Computing in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Das Konzept der CEMA auf Basis von Citrix XenDesktop war jedoch schlüssig, und die Elbe-Werkstätten wagten den Schritt auf unbekanntes Terrain. Mit Erfolg: Die Betriebskosten sanken, die Flexibilität stieg.

Die Social Cloud verbindet seither über 40 Standorte hinweg die rund 600 Mitarbeiter und 3 100 Menschen mit Behinderung. Und sie wächst und wächst. Denn bei den Elbe-Werkstätten werden immer mehr Prozesse digitalisiert. Beispielsweise wird der Zuschuss für das Mittagessen jetzt per Chipkarte in das Kassensystem eingelesen und verrechnet und so gesetzlichen Anforderungen Rechnung getragen.

Einzigartig einfach



Je mehr Abläufe in die Cloud wandern, desto komplexer wird jedoch ihr Management. Der Grund: Jeder weitere digitalisierte Unternehmensprozess benötigt zusätzliche IT-Ressourcen wie Speicherplatz oder Rechenleistung. Diese mussten bislang einzeln bereitgestellt und gewartet werden. Ein immenser Aufwand.

Anlass genug für die Elbe-Werkstätten, mit einer neuen Technologie das Management der Cloud-Infrastruktur radikal zu vereinfachen. Den Schlüssel dazu liefert Dell EMC VxRail, ein sogenanntes hyperkonvergentes System von Dell Technologies. Das System bündelt alle benötigten IT-Ressourcen zu einer logischen Einheit, die sich softwarege-

steuert und somit hochgradig automatisiert verwalten lässt. Das spart nicht nur Zeit und Geld, sondern entlastet vor allem auch die in der IT-Abteilung tätigen Menschen mit Einschränkungen.

Auch wenn es bei IT-Projekten vorrangig um Technik geht, spielt die menschliche Ebene eine zentrale Rolle. Schließlich ist es immer ein Team, das die Lösung einführt und sie betreut. So verlängerte Dell Technologies ohne viel Aufheben den vertraglich vereinbarten Testzeitraum um zwei Wochen und erweiterte kurzfristig das Dell EMC VxRail System um eine zusätzliche Einheit (Systemknoten). Auch das Teamwork der beteiligten Projektmitarbeiter von CEMA, Dell Technologies und den Elbe-Werkstätten funktionierte ausgezeichnet.

Vertrauensvolle Partnerschaft

Die Elbe-Werkstätten haben mit Dell Technologies und dem Dell Titanium Partner CEMA kompetente Ansprechpartner, die sich im Problemfall um eine schnelle Lösung kümmern. Das ist umso wichtiger, da Dell EMC VxRail die gesamte IT-Umgebung mit den benötigten Ressourcen versorgt. Jeder Standort und jede Anwendung, wie etwa die Warenwirtschaft oder das Mailsystem, erhalten darüber Rechenleistung oder Speicherplatz bereitgestellt.

Die Anwender vor Ort profitieren von schnellen Systemen und das gesamte Unternehmen erhält eine agile IT-Infrastruktur, die nach Bedarf mitwächst. „Wir sind stolz darauf, mit zukunftssicheren IT-Lösungen die Elbe-Werkstätten dabei zu unterstützen, ihre Aufgabe zu erfüllen: Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt einzugliedern“, sagen Florian Mitrowan und Joachim Naß, Account Executive der Dell EMC.

Wir gratulieren den Elbe-Werkstätten zum 100-jährigen Jubiläum und freuen uns auf die weitere kongeniale Zusammenarbeit!

CEMA Spezialisten für IT

Gründungsjahr: 1990

Standorte: 10 Standorte bundesweit und ein IT Service Center

Mitarbeiter: 240

Auszubildende: 52

IT-Erfahrung: mehr als 2 000 Jahre

www.cema.de

Die Werkstätten

Geschäftsfelder

Standorte

Arbeitsbereiche im Fokus

1920 – 2020

Geschäftsfelder



Schon immer mussten sich die Werkstätten für Erwerbsbeschränkte in Hamburg den sich stetig ändernden Umständen in der Stadt anpassen. Besonders deutlich wurde dies bereits in den Anfangsjahren, als die einzelnen Werkstätten, wegen der Zerstörung in den beiden Weltkriegen, permanent umziehen mussten. Gerätschaften waren knapp, die Auftragslage meist angespannt und die finanzielle Lage hing stark von der Arbeits- und Sozialbehörde ab. So gab es zu Beginn der Werkstätten in den 1920er Jahren des 20. Jahrhunderts nur wenige Kernprodukte, die hergestellt werden konnten. Es konnte nur produziert werden, was aufgrund des Mangels an Gerätschaft und geschultem Personal leicht zu bewerkstelligen war und gleichzeitig in der Bevölkerung stark nachgefragt war. So verwundert es nicht, dass die Werkstattmitarbeiter nach dem Ende des ersten Weltkriegs hauptsächlich Schulranzen aus alten Kriegstornistern herstellten und Schuhe abschliffen. Erst 1950 war es der HAWEE möglich, nach jahrelangen Umzügen, alle Abteilungen in Hamm unter einem Dach zu vereinen: Expedition, Fuhrpark, Tischlerei, Näherei, Polsterei, Buchbinderei, Korbbinderei, Tütenkleberei und Schuhmacherei.

Besonders die Schuhmacherei sicherte der HAWEE in den 1920er und 1930er gute Umsätze, auch wenn die anderen Abteilungen mitunter schwächelten. 1924 konstatierte der Aufsichtsrat etwa, dass die Tütenkleberei "völlig tot liegt". Mit der Zeit fielen immer wieder Abteilungen weg, neue kamen hinzu. Bis in die 1970er Jahre hinein konnten sich die klassischen Handwerksbranchen halten, wobei besonders die Tischlerei mit Jahresumsätzen um die eine Millionen Mark am produktivsten war. Die Schuhmacherei, welche zu Beginn der Werkstätten noch über 150 Mitarbeiter beschäftigte, musste 1971 der neu gegründeten Metallabteilung weichen. Dieser ständige Wandel war oftmals dem Umstand geschuldet, dass sich durch die Gewinnung neuer Örtlichkeiten auch neue betriebliche Möglichkeiten für die Produktion ergaben. Außerdem veränderte sich natürlich der Markt, mit neuen Technologien kamen neue Trends und damit neue Anforderungen an die Werkstätten. Die Hamburger Werkstatt, die sich aufgrund ihres kaufmännischen Prinzips stets neuen Marktbedingungen anpassen musste, hatte 1993 bereits vier Verpackungsabteilungen. Dort, und nebenan in der Näherei, kamen frühzeitig Spezialmaschinen zum Einsatz. Die Zeiten, in denen die Beschäftigten nur den einfachsten Tätigkeiten nachgehen mussten, sind lange vorbei:

Neben komplexen Maschinen müssen sie heute auch mit neuen Technologien umgehen können. So musste die Geschäftsführung der Hamburger Werkstätten in den späten 1970er Jahren etwa Antworten auf den Einzug von Computern und automatischen Produktionsmaschinen finden, die zunehmend Arbeitsplätze in den Abteilungen bedrohten. Gleichzeitig stellte sich immer öfter die Frage, wie man Beschäftigte, die bislang ausschließlich in der Produktion gearbeitet haben, auf einen dienstleistungsorientierten, digitalisierten und automatisierten Arbeitsmarkt vorbereiten könne. Die Lösung lautete Umschulung und Weiterbildung.

In den einzelnen Abteilungen werden Mitarbeiter nicht nur beschäftigt, sie werden im Umgang mit den modernsten Maschinen geschult. Das macht die Werkstätten als Unternehmen konkurrenzfähig und die Mitarbeiter glücklich. Denn Schulungen machen sie fit für den allgemeinen Arbeitsmarkt. Heute spiegeln die Geschäftsbereiche der einzelnen Standorte die Realitäten des Arbeitsmarktes klar wider: Neben den klassischen Abteilungen, wie Verpackung und Konfektionierung, Holz, Metall und Textil, finden sich etwa Abteilungen für Elektro und Montage, Papier und Digitalisierung oder Gartenbau und Dienstleistungen. In letzterem Geschäftsfeld arbeiten die Elbe-Werkstätten Mitte (Südring, Klotzenmoorstieg) zum Beispiel mit Lufthansa Technik zusammen. Am Standort Friesenweg werden technikaffine Mitarbeiter beschäftigt, die sich um Digitaldruck und Digitalisierung von Texten kümmern.

Wenn man die Werkstätten von damals mit den hochmodernen Betrieben von heute vergleicht, wird schnell klar: Beschäftigung im Sinne der Fürsorge steht hier nicht mehr auf der Agenda. Die Mitarbeiter produzieren, sie konkurrieren mit anderen Marktteilnehmern und sie haben sich ihren festen Platz in der Hamburger Wirtschaft hart erarbeitet. Wo früher in abgeschotteten Werkstätten Tüten geklebt und Schuhe geschliffen wurden, werden heute hochmoderne Produkte hergestellt, helfen Angestellte in KiTas oder arbeiten Menschen mit Behinderung im digitalisierten Versand.

Standorte

Alles nahm in der Gotenstraße 23 als ersten Verwaltungssitz seinen Anfang. Produziert wurde zunächst in in einem alten Fabrikhaus in der Herrentwiete 27, ab November 1924 kam die Bürstenabteilung in der Herrenweide hinzu. 1930 siedelt schließlich auch die Produktion in die Gotenstraße um. Dort wurden unter widrigsten Bedingungen Hausschuhe geschustert und Kriegstornister in Schulranzen verwandelt. Heute umfassen die Elbe-Werkstätten 50 Standorte im gesamten Hamburger Raum. In rund 200 Unternehmen können Menschen mit Behinderung über die Elbe-Werkstätten direkt vor Ort in Betrieben arbeiten. Doch bis dahin war es ein weiter Weg. Das eigentliche Wachstum konnte erst nach der Zerstörung des Zweiten Weltkriegs beginnen: 1950 konnten im Hammer Hübbesweg, einer alten Schulruine, alle Abteilungen unter einem Dach vereint werden. Den Verantwortlichen wurde aber schnell bewusst, dass es nicht bei diesem einen Standort bleiben konnte, wollte man doch als Unternehmen weiter wachsen und immer mehr Behinderten und Kriegsversehrten Möglichkeiten zur Arbeit bieten. In der August-Krogmann-Straße bezog die Hamburger Werkstatt 1962 eine Werkanlage, die eine „Geschützte Werkstatt“ mit einer Einrichtung für Lehr- und Umschulung vereinte. Da beide Einrichtung getrennte Wege gehen wollten, zog die Geschützte Werkstatt 1976/77 in ihre neue Heimat am Meiendorfer Mühlenweg in Sasel.

Winterhuder Werkstätten

Bereits 1958 wurden die Winterhuder Werkstätten gegründet, die zunächst eine Betriebsstätte in der Uhlenhorster Richardstraße unterhielten. Bis 1967 entstanden etliche weitere Dependancen, und zwar nicht nur im Bezirk Hamburg-Nord, sondern auch in Altona, Bergedorf, Harburg und Wandsbek. Am 1. November 1976, kurz bevor die Hamburger Werkstatt ihren Hauptstandort nach Sasel verlegte, etablierte die Winterhuder Werkstätten eine Zentralwerkstatt am Südring, was gleichzeitig die Auflösung der Zweigbetriebe in den Bezirken Altona, Bergedorf, Wandsbek und im Stadtteil Groß Borstel bedeutete. Drei Jahre später konnte ein weiterer Betrieb am Nymphenweg eingeweiht werden, die Außenstelle in Harburg (Göhlbachtal) wurde daraufhin geschlossen. In Marmstorf (Harburg) entstand ab März 1974 der Bau eines Heilpädagogischen Zentrums, wo Sonderkindertagesheime entstanden. Auch eine neue Großwerkstatt wurde dort angestoßen. 1982 begann der Bezug einer neuen Hauptbetriebsstätte in der ehemaligen Volksschule Klotzenmoorstieg in Groß Borstel. In den Folgejahren kamen weitere Außenstandorte hinzu, wie Werkstattläden, Cafés, Kantinen und zwei Supermärkte.

Elbe-Werkstätten

Seit im Mai 1986 mit den neugegründeten Elbe-Werkstätten sogar ein vierter Werkstattträger an den Start ging, herrscht in Hamburg ein Überangebot für Arbeitssuchende

mit Behinderung. Könnte man meinen, doch weit gefehlt: Tatsächlich lag die Zahl der Werkstattplätze, in Relation zur Einwohnerzahl Hamburgs, noch hinter den Erwartungen. Geradema ein Werkstattplatz kam auf 1 000 Einwohner, in Niedersachsen waren es zum gleichen Zeitpunkt schon vier. Dementsprechend enorm war der Ansturm auf die neuen Standorte der Elbe-Werkstätten in Altona und Bergedorf. Zum 1.1.1987 wurde die Großwerkstatt in Marmstorf in die neue Elbe-Werkstätten GmbH

ausgliedert. Auch Beschäftigte der anderen Träger interessierten sich für das neue Angebot, denn für viele waren die beiden Standorte mit deutlich kürzeren Arbeitswegen verbunden.

Arbeit außerhalb der Werkstätten – Die Elbe-Werkstätten als Vorreiter der Inklusion

Über die Jahre kamen also immer neue Standorte im ganzen Hamburger Raum hinzu. Heute zählen 50 Werkstätten und andere Betriebe zu den Elbe-Werkstätten, die inzwischen über ganz Hamburg verteilt sind. Doch in den Werkstätten findet heute nur ein

Teil der eigentlichen Arbeit statt, denn von großer Bedeutung sind inzwischen auch die Außenarbeitsgruppen. Gerade die Elbe-Werkstätten, die sich nach ihrer Gründung kaum vor Bewerbungen retten konnten, bauten das Konzept Außenarbeitsplatz/-arbeitsgruppe schon früh aus. Damit griffen sie die Idee der Winterhuder Werkstätten auf, die bereits 1963 eine Außenarbeitsgruppe auf dem Friedshof Ohlsdorf einsetzte. Die Zusammenarbeit besteht noch heute. Doch das war erst der Startschuss: Über das EU-Projekt „Helfer in der Altenpflege“ fanden viele Mitarbeiter den Weg in die Altenheime, durch eine Kooperation mit der Fachschule für Sozialpädagogik Altona finden sie Anstellung in KiTas. Weitere Beispiele für spannende Außenarbeitsgruppen sind zum Beispiel die Staatsbibliothek und das Staatsarchiv, das Teilelager bei VW oder die Fachhochschulen in Bergedorf und am Berliner Tor. Inzwischen arbeiten hunderte Mitarbeiter nicht mehr „klassisch“ in der geschützten Werkstatt, sondern in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes – ein echtes Markenzeichen der Elbe-Werkstätten. Bis 2027 hat man sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der ausgelagerten Arbeitsplätze auf 40% im Arbeitsbereich zu erhöhen. Ende 2018 lag man bereits bei stolzen 32,1%. Die Elbe-Werkstätten geben sich damit aber noch nicht zufrieden und suchen weiter nach innovativen Lösungen, um die Inklusion der Menschen mit Behinderung weiter voran zu treiben: „In einem Modellvorhaben sollen neue Formen von Kooperation, die über die von Außenarbeitsgruppen oder Einzelarbeitsplätzen hinausgehen, mit einem Wirtschaftsunternehmen vereinbart werden. So könnte eine Art ‚Brückenkopf-Abteilung‘ in einem Unternehmen implementiert werden, in der qualifiziert wird (Berufsbildungsbereich) und aus der heraus Arbeitsplätze beim Kooperationspartner flexibel auf Nachfrage hin (Work on Demand) besetzt werden können“, heißt es im Jahresabschluss 2018.



Außenarbeitsgruppe im Museum der Arbeit.



Die Werkstatt in Moorfleet, Bergedorf



Die Geschäftsfelder

1. Verpackung und Konfektionierung
2. Elektro und Montage
3. Gastronomie und CAP-Markt
4. Papier und Digitalisierung
5. Gartenbau und Dienstleistung
6. Holz, Metall und Textil

Arbeitsbereiche im Fokus

Die Elbe-Werkstätten bieten in ihren sechs Geschäftsfeldern ein breites Portfolio für ihre Kunden an. Neben den üblichen Arbeitsbereichen einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung, wie etwa Verpackung und Konfektionierung, können die „Elbianer“ auch mit speziellen Produkten und Dienstleistungen aufwarten. Einige davon sollen an dieser Stelle kurz vorgestellt werden:

GUTTASYN

Schützt gegen Nässe, Verschmutzung und flüssige Chemikalien – die Guttasyn-Arbeitschürze der Elbe-Werkstätten. Schon seit 1995 werden die hochwertigen Schürzen von rund 30 Menschen mit Behinderung in der Werkstatt Nymphenweg gefertigt und an Firmen in ganz Europa geliefert. Guttasyn – dieser Name steht seit 1848 für Qualitätsarbeit aus dem Harburger Raum, damals noch produziert von der Firma Rost & Co. Jährlich werden rund 900 000 Schürzen in der Werkstatt gefertigt. Die Elbe-Werkstätten verkaufen die Schürze nicht an Endkunden, sondern vertreiben sie über Fachhändler. Diese schätzen vor allem die exakte Arbeitsweise und die hochwertige Verarbeitung. 2014 spendeten die Elbe-Werkstätten 500 Schürzen für den Kampf gegen Ebola in Westafrika.



Elektro und Montage

Die Industrie baut auf die Elbe-Werkstätten: Egal ob Baugruppen für Schiffe oder Teile für Bilderrahmenhängesysteme, die Beschäftigten erledigen die verschiedensten Aufträge.



Auf Wunsch kümmern sie sich um den ganzen Prozess, von der Materialbeschaffung bis hin zur Verpackung – alles aus einer Hand! Dabei arbeiten die Beschäftigten mit modernstem Gerät, wie der CNC-gestützten (Computerized Numerical Control) Werkstückbearbeitung.

Papier und Digitalisierung

Hier wird das komplette Aufgabenspektrum rund um die Digitalisierung abgedeckt: Von Metadateneingabe, über OCR-Scans bis hin zu Großformatscans mit Aufsicht- und Einzugs-scanner. Viele öffentliche und private Einrichtungen vertrauen die Digitalisierung ihrer Dokumente bereits den Profis der Elbe-Werkstätten an, wie beispielsweise das Staatsarchiv Hamburg.



Fahrradfachgeschäft

Wenn das Fahrrad kaputt ist oder Ersatzteile gebraucht werden, ist man im Fahrradgeschäft „Die Kette“ im Friesenweg 5b-d gut beraten. Hier kann man vom einfachen Rad bis zum modernen Elektrofahrrad alles finden, was das Herz begehrt. Im Projekt „Aus alt mach neu“ stellen die Beschäftigten Fahrräder für jeden her - vom Gebrauchtrad bis zur Rennmaschine.



Gastronomie und CAP-Markt

Nicht nur beim Italiener, im Asia-Restaurant oder im Burgerladen kann man leckeres Essen bestellen. Das geht auch bei den Elbe-Werkstätten.

Von Cateringangeboten, über Buffets bis hin zum Partyservice hat die Gastronomieabteilung ein großes Angebot. Die „Elbianer“ haben für jeden Anlass die passende Mahlzeit, und für Interessierte im Raum Harburg auch die passende Location: Nur 150 Meter vom Harburger Bahnhof entfernt liegt die Rieckhof-Gastronomie mit Veranstaltungsräumen für 20 bis 400 Personen. Hier können Tagungen, Betriebsfeiern, Abiturbälle oder auch formale Dinnerparties stattfinden.



Verpackung und Konfektionierung

Professionell, termintreu und flexibel: So funktioniert die Verpackung und Konfektionierung bei den Elbe-Werkstätten. Hier wird der Geschäftspartner in allen Logistikfragen unterstützt.



Das Hamburger Werkstattmodell - Ein großes Netzwerk mit vielen starken Arbeitsfeldern

Wenn sich Werkstätten für Menschen mit Behinderung gründen, stehen sie oft vor vielfältigen Herausforderungen: Wie kann sich die Werkstatt auf dem Absatzmarkt etablieren? Wie können neben dem Arbeitsbereich auch umfassende Pflegeleistungen gewährleistet werden? In dieser Gründungsphase entscheidet sich, in welche Richtung die Werkstatt gehen wird. Der Weg kann dabei auch von bestehenden Marktnischen vorgezeichnet werden. Schließlich müssen inklusionsorientierte Werkstattbetriebe in einem hart umkämpften Absatzmarkt die für sie geeigneten Lücken finden, um hohe Umsätze erzielen zu können. So auch in Hamburg: Seit 1920 zeichnen sich die Werkstätten hier durch den Anspruch aus, sich auf dem Absatzmarkt gegen die Konkurrenz zu beweisen. Sie arbeiten als Geschäftspartner mit Wettbewerbern zusammen, etwa durch Außenarbeitsgruppen. Heute haben die Elbe-Werkstätten und alsterarbeit, die zusammen die LAG WfbM Hamburg bilden, den Status der Beschäftigungswerkstatt lange überwunden. Möglich gemacht hat dies auch die Bereitschaft, ständig neue Arbeitsbereiche und Standorte zu sondieren, um weiter zu wachsen und den Beschäftigten neue Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Während andere Werkstätten auf Nischenmodelle setzen, etablierten die heutigen Elbe-Werkstätten eigenständige Abteilungen, schufen dutzende Standorte in ganz Hamburg und behielten immer ihr feines Gespür für neue Geschäftsmöglichkeiten. Die Stärke der Werkstätten in Hamburg war damals wie heute ihre Größe, ihre Flexibilität und die vielen einzelnen, starken Arbeitsbereiche.

Die Landesarbeitsgemeinschaft und ihre Aufgaben

Die Elbe-Werkstätten und alsterarbeit haben zwar unterschiedliche Hintergründe und Entstehungsgeschichten und entwickelten sich lange Zeit parallel zueinander – doch seit 1975 ziehen sie an einem Strang. Damals wurde die Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (LAG WfbM) gegründet. Im Vergleich zu anderen Bundesländern fallen dabei gleich mehrere Besonderheiten auf: Damals bestand die LAG aus drei staatlichen und einem diakonischen Träger, heute sind es durch die Fusion der staatlichen Träger zu den Elbe-Werkstätten nur noch zwei. Und diese zwei sind ungewöhnlich groß im bundesweiten Vergleich. Das bietet den Beschäftigten innerhalb der Träger ein vielfältiges Angebot an Arbeitsmöglichkeiten, Schulungen und Bildungsangeboten, ohne die vertraute Struktur eines Trägers wechseln zu müssen. Vielfalt durch Größe, ökonomischer Erfolg durch Vielfältigkeit, Flexibilität nach innen und außen. Es sind die kleinen Wege, die vertrauensvolle und wertschätzende Zusammenarbeit und die schnellen Entscheidungen, die die LAG WfbM Hamburg kennzeichnen. Und vielleicht ist es auch kein Zufall, dass es ein Impuls der Hamburger LAG WfbM war, eine bundesweite Vernetzung anzustoßen, die jahrzehntelang von Dietrich Anders als Vorsitzendem geprägt wurde.



Die Kompetenz der Ecclesia Gruppe unterstützt die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben

Das Jahr 2006 markiert in der 100-jährigen Geschichte der Elbe-Werkstätten GmbH die Zusammenführung des Unternehmens mit der Hamburger Werkstatt GmbH und den Winterhuder Werkstätten unter dem Dach einer Konzerngesellschaft. Im Jahr 2006 ist aber auch die UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen worden. Sie ist getragen vom Begriff der Inklusion, der uneingeschränkten Teilhabe aller Menschen an allen Aktivitäten in der Gesellschaft. Die Elbe-Werkstätten mit mehr als 3 100 Mitarbeitenden an 40 Standorten – darunter 30 Außenarbeitsgruppen und mehr als 200 Einzelarbeitsplätze in regionalen Unternehmen – zeigen tagtäglich eindrucksvoll, wie Inklusion gelebt wird. Als einer der größten Arbeitgeber in Hamburg und führendes Unternehmen für Arbeit und Qualifizierung für Menschen mit Behinderung wollen die Elbe-Werkstätten darüber hinaus eine aktive Rolle im gesellschaftlichen Inklusionsprozess spielen. So ist es in der Unternehmensvision für das Jahr 2020 zu lesen. Denn Inklusion – so lautet das Credo – ist ein Auftrag an alle gesellschaftlich Beteiligten.



Die Ecclesia Gruppe, der größte deutsche Versicherungsmakler für Unternehmen und Institutionen, teilt diese Ansicht. Das spiegelt sich in den Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung wider, die wir vorhalten, und in den Aufträgen, die wir an Integrationsunternehmen vergeben. Darüber hinaus finden wir im betrieblichen Eingliederungsmanagement kreative Lösungen, um Mitarbeitenden, die plötzlich mit der Erfahrung einer körperlichen Einschränkung konfrontiert sind, eine Rückkehr an ihren Arbeitsplatz zu ermöglichen.

Unser Verständnis von der Verantwortung eines Versicherungsmaklers für das Thema Inklusion geht aber weiter. Ebenfalls im Jahr 2006 haben wir das Competence Centrum Behindertenhilfe (CCB) gegründet (www.versicherungsstelle-ccb.de). Es handelt sich dabei um eine Informationsplattform für die gesamte Sozialwirtschaft sowie für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke. Hier werden Fragen rund um den Versicherungsschutz von chronisch kranken und behinderten Menschen gesammelt, grundsätzlich erörtert und individuell mit Betroffenen besprochen. Die Erkenntnisse werden zudem in Merkblättern zusammengefasst, die beispielsweise in Kooperation mit dem Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte herausgegeben werden.

Das im Juli 2017 in Kraft getretene Bundesteilhabegesetz rückt die gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt. Das steigert die Bedeutung des Competence Centrums Behindertenhilfe. Wir bringen hier unser Wissen ein, um das Informationsgefälle zwischen Versicherer und Kunden auszugleichen. Das gehört zu unserer Aufgabe als Interessenvertreter unserer Kunden im Dauermandat.

Mit dem 100-jährigen Bestehen der Elbe-Werkstätten und dem Bundesteilhabegesetz stellt das Jahr 2020 wiederum einen Meilenstein auf dem Weg zur Inklusion dar. Die Ecclesia-Gruppe ist dankbar und stolz, schon seit mehr als 25 Jahren Partner der Elbe-Werkstätten in allen Versicherungsfragen sein zu dürfen. Wir freuen uns darauf, das Unternehmen auf seinem Weg weiter begleiten zu können.

Ecclesia Gruppe

Gründungsjahr: 1909, 1952 Wiedergründung als Ecclesia Versicherungs-Vermittlungs G.m.b.H

Hauptsitz: Detmold

Mitarbeitende: 1 750

Größter deutscher Versicherungsmakler für Unternehmen und Institutionen

Ecclesia Gruppe

Paul-Stritter-Weg 7

22297 Hamburg

Telefon: (040) 23 88 83 86

E-Mail: Info@ecclesia-gruppe.de

Was wäre, wenn es die Elbe-Werkstätten nicht gäbe

Wir haben unseren Gratulanten die Frage gestellt, was wäre, wenn es die Elbe-Werkstätten nicht gegeben hätte. Lesen Sie hier die Antworten:

Was wäre in Hamburg, passiert, wenn es nicht die jetzigen ElbeWerkstätten geben würde? Dann würde 2020 die Hamburger Werkstatt 100 Jahre feiern. Und die vier verschiedenen WfbMs in Hamburg würden eng, konstruktiv, vertrauensvoll zusammenarbeiten. Keine Fusion, keine Holding, keine Servicegesellschaft. Viel Geld gespart. Die Stadt mit ihrer Sozialbehörde würde eng mit dem Hamburger WfbM-Quartett zusammenarbeiten. Was in Berlin mit 15 WfbMs und einer gut organisierten Landesarbeitsgemeinschaft seit Jahren sich bewährt hat, wäre ein spannendes Projekt für Hamburg gewesen. Nun ist alles anders gekommen und ich gratuliere vom Herzen den jungen alten Elbe-Werkstätten.

Andreas Müller-Goldenstedt

Betriebsratsvorsitzender der Elbe-Werkstätten 2006 – 2013

Wir würden 100 Jahre Entwicklung und Erfahrung vermissen. Die Elbe-Werkstätten gehören zur Hansestadt wie unsere Wasserwege, gleich einer verbindenden Brücke von Ufer zu Ufer. Fließend trägt und formt sie das sich wandelnde Bewusstsein im Umgang mit behinderten Menschen mit, von der Fürsorge hin zu Gleichberechtigung und vollumfänglichen Teilhabemöglichkeiten. Und sie ist für manche Rehabilitandinnen und Rehabilitanden die Gangway in den ersten Arbeitsmarkt.

Sönke Fock

Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hamburg

Das Leben von Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen wäre deutlich eingeschränkter, ja ärmer. Denn ohne die „Elbe“ müssten die meisten von ihnen zu Hause, in ihrer Wohngruppe den Tag verbringen, da wir noch sehr weit davon entfernt sind, dass Betriebe, Dienstleistungsunternehmen, öffentliche Verwaltungen und andere Bereiche vielfältige Arbeitsplätze mit Assistenz im Angebot für diese Menschen haben. Die „Elbe“ sind nach wie vor unverzichtbar in ihrer Vielfalt der Arbeitsmöglichkeiten, der Chancen Freundschaften zu schließen, Arbeit und Beschäftigung als etwas sinnstiftendes, das Leben bereicherndes zu erfahren.

Karl Stengler

ehemaliger Geschäftsführer BHH Sozialkontor, Aufsichtsratsmitglied Elbe-Werkstätten

„Arbeit ist ein Teilhaberecht“, so der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm. Seine Umsetzung war und ist aber ein steiniger Weg. Die Elbe-Werkstätten bieten seit einem Jahrhundert Menschen mit Behinderung mit ihren Fähigkeiten und Wünschen Wege zu einer beruflichen Karriere. Sie haben damit einen unersetzbaren Beitrag zu ihrer Teilnahme am Arbeitsleben in Hamburg geleistet, der Anerkennung verdient. Nun gilt es, das heute unter den gegebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Barrieren Machbare gemeinsam inklusiv weiter zu entwickeln.

Georg Osterloher

Betriebsratsvorsitzender der Elbe-Werkstätten 1987 – 2012

Ich kann zwar nicht mit 100 Jahren EW aufwarten, aber 25 Jahre meines Arbeitslebens gehörten dem Aufbau der EW vom Start in gemieteten Schulen, Nutzung von Provisorien und einer auf Wachstum ausgerichteten Unternehmensleitung. Wenn es EW nichtgegeben hätte, so wäre mir wohl die besondere und liebenswerte Lebensrealität geistig und psychisch behinderter Menschen verschlossen geblieben. Teilhabe zu organisieren war erheblich mehr, als erfolgreich ein Unternehmen zu managen.

Diese 25 Jahre von 1986 bis 2011 haben mich verändert und ich möchte keines dieser Jahre missen. Ich wünsche EW weiterhin genügend Kraft für die noch lange nicht benden Integrationsprozesse.

Jürgen Lütjens

Elbe-Werkstätten – Kontinuität und Wandel

Etwas herstellen, das andere brauchen, und damit den eigenen Lebensunterhalt bestreiten – das ist für alle Menschen ein elementares Grundbedürfnis. Es ist elementar aus finanziellen Gründen, für das Selbstbewusstsein und für die Teilhabe in der Gesellschaft. Die Elbe-Werkstätten sorgen seit 100 Jahren dafür, dass in eine solche gesellschaftliche Arbeitsteilung selbstverständlich auch Menschen mit Behinderung eingebunden werden. Sie sind dabei auch deswegen so erfolgreich, weil sie immer offen waren für Wandel und Weiterentwicklung.

Anselm Sprandel

ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender Elbe-Werkstätten

Was wäre, wenn es die Elbe-Werkstätten nicht gäbe?

Ohne die Elbe-Werkstätten wären die Chancen auf Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Menschen deutlich schlechter. Aber auch für andere hätte das Nachteile. Z.B. würde es das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum am Südring so nicht geben – mit Arbeitsplätzen in der Gastronomie und hervorragenden Räumlichkeiten für die Fortbildung, deren Teilnehmer jeden Tag sehen können, dass behinderte Menschen einen guten Job machen.

Uwe Riez

Senatsdirektor a.D., und ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender Elbe-Werkstätten

Ich habe es ein halbes Jahr auf dem 1. Arbeitsmarkt versucht, das war 1973, da war ich 17. Das war in einer Keksfabrik in Lokstedt. Das war Fließband- und Akkordarbeit. Dem Tempo konnte ich nicht statthalten. 1974 bin ich in die Hamburger Werkstatt gekommen, zuerst in die Verpackung, dann viele Jahre in die Elektro-Montage. Es war mir wichtig, mein eigenes Geld zu verdienen. Seit 2000 bekomme ich Erwerbsminderungs-Rente, so dass ich ohne Grundsicherung leben kann. Ich wollte immer anderen Menschen helfen. Ich war immer neugierig.

Seit 1980 bin ich in der Interessenvertretung tätig, später hieß es dann Werkstatttrat, wo ich immer noch in verschiedenen Gremien tätig bin, u.a. als 1. Vorsitzende vom Gesamt-Werkstatttrat der Elbe-Werkstätten. Ich habe durch die Arbeit im Werkstatttrat viel erlebt und viel gelernt, was ich ohne die Elbe-Werkstätten nicht geschafft hätte.

Marion Blohm

Werkstatttratsvorsitzende Elbe-Werkstätten

Vor 100 Jahren war die HAWEE eine Werkstatt für Erwerbsbeschränkte und Kriegsversehrte. Die Aufgaben des Fachpersonals bestanden in der handwerklichen Ausbildung und Beschäftigung der Menschen.

Im Laufe der Jahrzehnte wurden die Anforderungen an das Fachpersonal größer. Denn die HW wandelte sich zu einer Werkstatt für Menschen mit einer Behinderung.

Heute versteht sich das Fachpersonal als Assistentinnen und Assistenten der Menschen mit einer Behinderung, und wir erarbeiten gemeinsam eine Berufswegeplanung.

Manfred Roolf

Betriebsratsvorsitzender Elbe-Werkstätten

Wenn ich mir die Frage stelle, was eine lebenswerte Gesellschaft ausmacht, so ist die Antwort: die Art und Weise wie wir miteinander und mit unserer Umwelt umgehen. Jeder Mensch soll die Chance auf ein gelingendes Leben bekommen.

Soziale Kontakte sind dafür ein wichtiger Faktor, das Gefühl gebraucht zu werden und auch Bildung ist wichtige Voraussetzung.

Das, was uns als Gesellschaft wichtig ist, wird durch die Elbe-Werkstätten in die Tat umgesetzt. Dafür bin ich dankbar.

Michael Sander

Geschäftsführer des Arbeiter-Samariter Bundes Hamburg,
ehemaliger Geschäftsführer Hamburger Werkstatt

„Wir sind hanseatisch, weltoffen, selbstbewusst“, heißt es im Leitbild der Elbe-Werkstätten. Was hanseatisch heißt, zeigt das Unternehmen seit 100 Jahren: Nicht allein an sich zu denken, sondern mit mindestens gleicher Hingabe auch an andere, besonders Schwächere. Heute sind die Elbe-Werkstätten einer der größten Arbeitgeber in der Region und schaffen vielfältige Teilhabe-Möglichkeiten für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Das Hanseatische – durch die Elbe-Werkstätten wird es erlebbar. Für alle.

Martin Berg,

Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaften Werkstätten für behinderte Menschen e.V. (BAG WfbM)

Viele Menschen hätten nicht die Möglichkeit am Arbeitsleben teilzuhaben und berufliche Perspektiven zu entwickeln.

Ingrid Körner

Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen der FHH

Vor 100 Jahren war die Vorgängerin der heutigen Elbe-Werkstätten eine Werkstatt für Erwerbsbeschränkte und Kriegsversehrte. Die Aufgaben des Fachpersonals bestanden in der handwerklichen Ausbildung und Beschäftigung der Menschen.

Im Laufe der Jahrzehnte wurden die Anforderungen an das Fachpersonal größer. Denn das Unternehmen wandelte sich zu einer Werkstatt für Menschen mit einer Behinderung. Heute versteht sich das Fachpersonal als Assistentinnen und Assistenten der Menschen mit einer Behinderung, und wir erarbeiten gemeinsam eine Berufswegeplanung.

Rolf Tretow

Sprecher der Geschäftsführung der Elbe-Werkstätten GmbH

Ausblick in die Zukunft

2020 –

Ausblick in die Zukunft

Über 100 Jahre nun zog sich das Motto wie ein roter Faden durch die Geschichte der Elbe-Werkstätten: Mit Menschen erfolgreich zu sein war stets das oberste Anliegen des Unternehmens, es war der Antrieb der vielen Geschäftsführer und Verantwortlichen. Es war und ist das Konzept, das die Elbe-Werkstätten so besonders, und so wichtig für Menschen mit Behinderungen macht.

Und das muss es auch in Zukunft bleiben, denn die Werkstatt steht vor großen Herausforderungen und mitunter schwierigen Zeiten. Um Wegbereiter der Inklusion sein und bleiben zu können, wird man sich weiterentwickeln und innovative Möglichkeiten der beruflichen Teilhabe anbieten müssen. Es gilt, die wirklich großen Fragen entschlossen anzugehen: Welche Rolle werden die Elbe-Werkstätten im kleinen und das Konzept der Behindertenwerkstatt im großen Maßstab bei der Inklusion der Arbeitswelt spielen? Hat die Werkstatt als Gesamtkonzept überhaupt noch eine Zukunft?

Die Rahmenbedingungen für die weitere Fortentwicklung der Elbe-Werkstätten werden dabei durch die Behindertenrechtskonvention vorgegeben, die 2009 in Deutschland in Kraft trat. Mit dem Ziel, das Recht auf Teilhabe Menschen mit Behinderung in Gesellschaft und Beruf zu gewährleisten, fordert die Konvention, dass Menschen mit Behinderung ihren Lebenshalt durch Arbeit selbst verdienen können müssen. So könne gesellschaftliche und berufliche Teilhabe für Behinderte gewährleistet werden. Die Arbeit in segregierenden Parallelstrukturen wie Behindertenwerkstätten sei langfristig zu überwinden. Dies bekräftigte der UN-Länderausschuss für Deutschland 2015, der eine schrittweise Abschaffung der Werkstätten forderte.

Stehen die Werkstätten in Deutschland also vor dem Aus? Wohl kaum, wenn sie die richtigen Lehren aus der Beurteilung der UN ziehen. Inklusion bedeutet nämlich, nicht nur nach UN-Verständnis, dass Menschen mit Behinderung eine bewusste Entscheidung pro oder kontra Werkstatt fällen können, was die Kenntnis über beide Alternativen voraussetzt. Künftig wird also die Bundesregierung weitere Anreize für Betriebe schaffen müssen, wie bereits durch die Einführung des „Budgets für Arbeit“ 2018 oder die Reform des Bundesteilhabegesetzes 2017, Menschen mit Behinderung auszubilden oder sogar einzustellen. Aber auch die Werkstätten selbst werden in der Verantwortung stehen, ihren Mitarbeitern eine Beschäftigung jenseits der Werkstatt zu ermöglichen – beispielsweise durch Praktika oder den Ausbau integrativer Arbeitsplätze (Außenarbeitsplätze). So ermöglichen sie es ihren Mitarbeitern, beide Seiten kennenzulernen, was ihnen wiederum eine echte Entscheidungsfreiheit bietet.

Eines ist jedenfalls klar: Ohne Werkstätten wird die Herausforderung beruflicher Inklusion auch in Zukunft kaum zu stemmen sein. Sie sind trotz der Überwindung des veralteten Fürsorgeprinzips ein Ort der Sicherheit, des Schutzes und der Sinnstiftung. Schließlich wird es immer Menschen geben, die entweder aufgrund der Schwere ihrer Behinderung oder einer persönlichen Entscheidung, nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig

werden wollen oder können. Die Bundesregierung hat dementsprechend 2017 bekräftigt, dass die Werkstätten in Deutschland kein Hindernis der Inklusion, sondern sogar ein Teil des inklusiven Arbeitsmarktes sind. Sie bieten 310 000 Menschen Arbeit, die keinen Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt haben.

Abgesehen davon sind Werkstätten schon lange mehr als nur ein Arbeitsplatz: Sie sind ein Ort der Begegnung. Während sich Menschen mit Behinderungen in Betrieben der freien Wirtschaft oftmals als Außenseiter fühlen, finden sie in der Werkstatt Kollegen, mit denen sie Schicksale, Geschichten und Emotionen teilen können und verstanden werden. Gerade die Elbe-Werkstätten sind dafür ein gutes Beispiel: Durch gemeinsame Sportaktivitäten und Ausflüge, die schon eine jahrzehntelange Tradition haben, finden Mitarbeiter hier Kollegen, die zu Freunden werden können. Damit bieten die Elbe-Werkstätten das, was auf dem harten Arbeitsmarkt von heute nur noch selten zu finden ist: echten Zusammenhalt. Diesen zu bewahren und zu stärken wird auch in Zukunft wichtig sein, denn Kollegialität stärkt das Selbstbewusstsein, bietet Lebensqualität und gibt ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Elbe-Werkstätten müssen auch künftig ein berufliches Zuhause für Menschen mit Behinderung bieten.

Freilich dürfen sich die Elbe-Werkstätten nicht mit einem guten Zusammenhalt unter den Kollegen zufrieden geben, denn Inklusion lebt auch und vor allem von der alltäglichen Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung auf Augenhöhe. Immer neue Kooperation zwischen Werkstatt und Betrieb der Freien Wirtschaft ermöglichen es mittlerweile schon 20 000 Mitarbeitern der BAG WfbM, auf ausgelagerten Arbeitsplätzen eine Anstellung außerhalb der Werkstatt zu finden. In sozialräumlichen Arbeitsplätzen, wie etwa in Cafés, Supermärkten oder Handwerksbetrieben, arbeiten ähnlich viele Menschen mit Behinderung und tragen so zum sozialen Miteinander bei.

Das selbstbestimmte Leben aller Menschen und damit die inklusive Gesellschaft basiert grundlegend auf einem Faktor: Bildung. Während Menschen nach Ablauf der Schulpflicht ein Recht auf Weiterbildung haben, unter anderem in Ausbildungsbetrieben und Universitäten, gelten Menschen mit Behinderung noch heute als „nicht ausbildungsfähig“. Von daher nehmen Behindertenwerkstätten die Rolle des Aus- und Weiterbilders ein, um auch Menschen mit Behinderung ihr Recht auf Bildung zu gewähren. Bei den Elbe-Werkstätten wird so beispielsweise interne Berufsbildung in allen Arbeitsbereichen der Werkstatt angeboten, aber auch direkt im Unternehmen mittels eines Integrationsbegleiters.

Daraus lassen sich zwei zentrale Herausforderungen für die Zukunft herauskristallisieren: Einerseits muss, wie schon in der Vergangenheit, das Individuum weiter im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Um echte Inklusion zu ermöglichen, müssen die Elbe-Werkstätten die Entfaltung und Weiterentwicklung individueller Potenziale fördern. Berufsbildung und Praxiserfahrungen in der freien Wirtschaft sind hier zentral. Ande-

rerseits steht die Mitbestimmung der Beschäftigten im Fokus, denn Inklusion von oben herab kann nicht funktionieren. Es gilt demnach künftig, innovative Kanäle zu schaffen, durch die eigene Ideen der Beschäftigten und Mitarbeiter diskutiert und in konkrete Maßnahmen umgemünzt werden können – etwa für die Produktion oder den Arbeitsalltag. Schon immer bestand das Erfolgsrezept der Elbe-Werkstätten aus der Balance zwischen dem individuellen Wohlergehen und dem wirtschaftlichen Erfolg. Heute, nach 100 Jahren, wissen wir, dass beides Hand in Hand geht und sich gegenseitig bedingt. Wenn diese Balance auch in Zukunft gewahrt bleibt, stehen den Elbe-Werkstätten auch in den nächsten 100 Jahren gute Zeiten bevor und sie bleibt mit Menschen erfolgreich.

Eine Zukunft ohne Barrieren?

Blicken wir in die Zukunft, könnte eine Frage lauten „Wird es in 100 Jahren noch Werkstätten geben? Sollten diese sich bis dahin nicht in einer dann inklusiven Arbeitswelt überflüssig gemacht haben?“. Die Vorstellung, dass eine inklusive und kultursensible Gesellschaft keine Barrieren auf dem Arbeitsmarkt kennt und sich nur auf die Ressourcen des Einzelnen konzentriert, ist nicht nur erstrebenswert, sondern erfüllt die Forderung nach einem ungehinderten Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt gemäß Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention. Insofern geht es hier nicht allein um eine Utopie, sondern um die Umsetzung eines gesellschaftlichen Vertrages oder mit Rousseau gesprochen um einen „contract sociale“, den der Bundestag in 2009 ratifiziert hat. Ob Werkstätten für Menschen mit Behinderung in dieser Arbeitswelt wirklich überflüssig sind oder als Alternativangebot weiterbestehen, sei an dieser Stelle erst einmal dahingestellt. Interessanter ist die Frage, ob die Instrumente des Bundesteilhabegesetzes und die Bei-



Rolf Tretow, Sprecher der Elbe-Werkstätten-Geschäftsführung

träge der einzelnen Akteure ausreichen, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu realisieren.

Menschen mit Behinderung sind von Geburt an, durch Krankheit, Unfall, Naturkatastrophe oder Krieg dauerhaft benachteiligt. Um trotz dieser Benachteiligung in Würde gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, gilt es einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, dass die Nachteile zumindest in finanzieller Hinsicht vollständig kompensiert werden. Im Hinblick auf die Teilhabe am Arbeitsmarkt ist mit dem Budget für Arbeit nach § 61 SGB IX ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Noch ist nach einer letzten Umfrage die Zahl der

Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt im Rahmen des Budgets für Arbeit eher ernüchternd – auch wenn einige Bundesländer, wie Hamburg, hier beachtenswerte Erfolge verzeichnen. Offensichtlich müssen hier deutliche Nachjustierungen erfolgen. Die Assistenzleistungen sollten eine auskömmliche Finanzierung erfahren, die es auch der Wirtschaft ermöglicht verstärkt Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Ziel muss sein, dass sich die Frage einer Zwangsabgabe der Wirtschaft sich nicht mehr stellt. Ein Schlüsselmoment dafür wird die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen mit Behinderung sein. Dazu trägt die Inklusion von kleinauf, in den Kindergärten, Schulen und schließlich im Arbeitsleben bei. Wenn mehr Übergänge von Menschen mit Behinderungen aus Werkstätten in den allgemeinen Arbeitsmarkt gelingen sollen, bedarf es noch zum einen einer Haltungsänderung der genannten Akteure und zum anderen dem Aufbau intelligenter Anreizsysteme, die eher belohnen als sanktionieren.

Bei der Personengruppe, die zurzeit im Budget für Arbeit beschäftigt sind, handelt es sich zum großen Teil um die Leistungsstarken aus Werkstätten. Aber auch für die weniger Leistungsstarken muss ein Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen werden, der erfolgversprechend ist. Mit § 215 SGB IX hat der Gesetzgeber die Schaffung von Inklusionsbetrieben und -abteilungen ermöglicht. Zwischenzeitlich gibt es in Deutschland rund 900 Inklusionsfirmen, die letztendlich auch nur eine Sondereinrichtung sind, aber nur wenige Integrationsabteilungen in Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes. Das ist bedauerlich und liegt unter Umständen daran, dass die Integrationsabteilungen finanziell nicht mit den erforderlichen Assistenzleistungen ausgestattet sind. Die Elbe-Werkstätten haben aktuell 32% ihrer Arbeitsplätze als ausgelagerte Arbeitsgelegenheiten in Gruppen oder als Einzelarbeitsplätze organisiert. Die Unternehmen, die mit den Elbe-Werkstätten zusammenarbeiten, sind über die Konstanz der Leistungsfähigkeit, die Loyalität und den Beitrag der Werkstattbeschäftigten zum Unternehmensklima begeistert. Wesentlich für die Unternehmen sind darüber hinaus die Leistungen der Fachkräfte zur Arbeits- und Berufsförderung, beziehungsweise der Integrationsbegleiter. Ohne sie wäre die ressourcengerechte Qualifizierung und Arbeitsaufteilung nur schwerlich möglich und das so wichtige Kriseninterventionsmanagement nicht sichergestellt.

Warum sollten die ausgelagerten Arbeitsgruppen zukünftig in Kombination mit dem Budget für Arbeit nicht als Inklusionsabteilungen organisiert werden und die ausgelagerten Einzelarbeitsplätze in das Budget für Arbeit übergeführt werden? Die Inklusionsabteilungen wären integrativer Bestandteil von Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes und damit auch keine Sondereinrichtung. Die Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung wäre der Abteilungsleiter und gleichzeitig Arbeitnehmer des Unternehmens. Sozialpädagogische, qualitätssichernde und weitere begleitende Dienste könnten von einer Werkstatt angeboten und eingekauft werden. Neben dem Nachteilsausgleich aus dem Budget für Arbeit erhält der Arbeitgeber eine Pauschale für jeden Beschäftigten zur Finanzierung seines Abteilungsleiters und der weiteren zugekauften Fachleistungen. Die

Beseitigung möglicher baulicher und technischer Barrieren sowie die Anschaffung digitaler Assistenz- und Lernsysteme zur Arbeitsförderung erfolgt aus der Ausgleichsabgabe. Ein derartiges Modell könnte bis zu 30 Prozent der aktuell 270 000 Werkstattbeschäftigten in Deutschland in den allgemeinen Arbeitsmarkt überleiten.

Dennoch wird die Heterogenität der Menschen mit Behinderung sowie das Wunsch- und Wahlrecht auch in Zukunft ein breites Spektrum von personenzentrierten Bildungs-, Arbeits- und Beschäftigungsangeboten erfordern, das neben sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen und externen Werkstattplätzen auch weiterhin attraktive interne Beschäftigungsangebote in Werkstätten vorsieht. Dabei gilt es, das Spannungsfeld zwischen internen und externen Arbeitsplätzen zu entschärfen. Die Teilhabe am Arbeitsleben sowohl auf einem internen als auch auf einem externen Arbeitsplatz oder in einer Inklusionsabteilung muss für den Menschen mit Behinderung gleichermaßen als Erfolg erlebbar sein. Schlussendlich muss es gelingen, für alle Werkstattbeschäftigten sowohl innen als auch außen attraktive Perspektiven zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch langfristig ein nicht unwesentlicher Teil der Werkstattbeschäftigten wünscht, in Werkstätten zu arbeiten. Dies kann im Sinne einer Berufswegeplanung auch zeitlich begrenzt sein. Auch wenn dieser Wunsch der Forderung des UN-Fachausschusses zur Behindertenrechtskonvention, Werkstätten langfristig abzuschaffen, zuwiderläuft, ist er zu respektieren, aber zumindest mit den Betroffenen im Rahmen von gelebter Partizipation zu diskutieren. Leider hat der UN-Fachausschuss dies versäumt.

Zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehört Arbeit und ein Einkommen aus dieser Arbeit, mit dem der Lebensbedarf hinreichend gedeckt werden kann. Es wird an der Zeit, dass Menschen mit Behinderung in Werkstätten aus dem bestehenden unübersichtlichen und nicht auskömmlichen Entgelt- und Transfersystem herausgeführt werden und zukünftig ein auskömmliches Grundeinkommen in der Werkstatt erhalten, wie es zum Beispiel Werkstatträte Deutschlands seit langem fordern haben. Die Leistung der Werkstattbeschäftigten muss in Zukunft unter Berücksichtigung der Nachteile einer Behinderung auf dem Niveau des allgemeinen Arbeitsmarktes entlohnt werden. Nur so kann ein Leben in Würde für Menschen mit Behinderung perspektivisch Realität werden.


Rolf Tretow, Dezember 2019

Zeittafel:

1. August 1920	Gründung der „Hamburger Werkstätten für Erwerbsbeschränkte“ (HAWEE) durch das Hamburger Arbeitsamt für Behinderte und Kriegsinvaliden, mit Kontor in den Großen Bleichen 23 und der Produktion in der Herrentwiete 27-29. Arthur Rehberg wird erster Geschäftsführer.
4. April 1924	Die Umwandlung der HAWEE in eine GmbH ermöglicht die Arbeit nach kaufmännischen Grundsätzen.
November 1924	Verlagerung der Bürstenabteilung vom Ansharplatz zur Herrenweide.
1925	Fertigung von Zigarren: Vergleichbare Berliner Werkstätten beschäftigen in diesem Bereich 60 Menschen. Planungen für einen Wäschereibetrieb, für Staats- und Privatbetriebe, Waschen und Leihhandtücher.
März 1925	Eingabe des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen, in der der Ausbau der Hamburger Werkstätten gefordert wird.
1925	Lebhafte Bedenken bei den Gewerbetreibenden gegen den weiteren Ausbau der Werkstätten, die als Konkurrenz empfunden werden.
Mai 1926	Verlegung des gesamten Betriebes der HAWEE an die Gothenstraße.
1928	Ersuchen des Pflegeamtes, frühere Prostituierte bei den HAWEE zu beschäftigen. „Wegen der in moralischer und sittlicher Beziehung zu erwartenden Schädigung unserer Erwerbsbeschränkten durch die Beschäftigung solcher Personen hat der Aufsichtsrat beschlossen, solche Aufträge abzulehnen“.
1928	Der Aufsichtsrat der HAWEE schließt sich der Auffassung von Dr. Friedrich Wilhelm Polligkeit (1876 – 1960), Vorsitzender des Vereins für öffentliche und private Fürsorge, die dieser auf dem deutschen Fürsorgetag äußerte, an: „Maßnahmen und Einrichtungen der Arbeitsfürsorge für unterstützende Personen unterliegen in gleicher Weise den Grundsätzen der Fürsorge wie denen der Wirtschaftlichkeit (letztere im Sinne der Produktivität, nicht im Sinne einer Rentabilität aufgefasst).“
Juni 1928	Neue Geschäftsverbindung mit der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Ähnliche Vereinbarung scheitern mit der Handelsgesellschaft Produktion.
Juni 1928	Heftige Diskussionen im Aufsichtsrat der HAWEE: Die Frage der Bezuschussung ist strittig, der fürsorgerische Aspekt findet in

einer reinen Wirtschaftlichkeitsberechnung weithin Berücksichtigung. Der Vertreter der Finanzdeputation betont, dass man dort davon ausginge, dass die HAWEE sich selbst trügen. Andernfalls sei das Modell gescheitert. Dann müsse geprüft werden, ob die HAWEE statt als GmbH wieder in die Behörden eingegliedert werden sollte.

Jan 1929 Die Auseinandersetzung zwischen HAWEE und Finanzdeputation eskaliert: Die Erwerbsbeschränkten haben nur eine durchschnittliche Produktivität/Erwerbsfähigkeit von 55%. Die Kosten für Kraftstrom, Maschinen, Aufsichtspersonal usw. seien hingegen doppelt so hoch wie in normalen Betrieben. Die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber vergleichbaren Betrieben des Marktes nicht gegeben, zumal es keine bevorzugte Beauftragung durch die Finanzdeputation gäbe.

1929 Die HAWEE ruft ein Motto aus: „Kein Almosen! Kauft unsere Erzeugnisse.“

1929 Die HAWEE wird um die Abteilungen Tischlerei, Polsterei und Buchbinderei erweitert.

Mai 1929 Die neu gegründete Tischlerei wirtschaftet besonders unwirtschaftlich, zudem würden durch teure Maschinen Kapital gebunden. Der Aufsichtsrat fordert Beschäftigungsarten, die einen geringeren technischen Bedarf und daher weniger Kapitalbindung hätten.

Januar 1930 Verwaltung und Produktion siedeln in die Gothenstraße in Hammerbrook um.

1930 Beschwerden der Schumacher-Innung: Entgegen der Gründungsabsichten würden in den Arbeitslehrwerkstätten junge Leute zu Handwerkern ausgebildet (und böten damit Konkurrenz).

1932 Der Betrieb schreibt mit einem Verlust von 12 261,96 Rentenmark rote Zahlen.

1. Januar 1933 In den HAWEE sind 443 erwerbsbeschränkte und 40 voll erwerbsfähige Mitarbeiter beschäftigt.

Januar 1934 Die Gauleitung fordert eine „Einschränkung der HAWEE-Betriebe“ und beschreibt deren Umsatzsteigerungen der Polsterei zu Lasten der Privatwirtschaft als „außerordentlich bedenklich“.

13. Mai 1936 Der Hamburger Senat stellt die Produktion in der HAWEE um: Ab sofort dürfen nur noch Behördenaufträge ausgeführt werden.

1. April 1939 Die HAWEE wird zum kriegs- und lebenswichtigen Betrieb erklärt. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September blickt der Betrieb bereits auf viele Monate der Vollbeschäftigung zurück.

30. September 1939 Erstmals nimmt der Gauleiter Karl Kaufmann an einer Sitzung des Aufsichtsrates der HAWEE teil. Die Nationalsozialisten setzen sich zunehmend im Betrieb fest.

1941 91 Beschäftigte wurden seit Ausbruch des Krieges mit Hilfe von Kaufmann auf einen anderen Arbeitsplatz vermittelt. Dadurch verzögert sich die Auftragsausführung spürbar.

3./4. Mai 1942 Durch Bombenangriffe entsteht bei der HAWEE ein Sachschaden von 7 200 Reichsmark.

31. März 1943 Erstmals gibt es Hinweise darauf, dass die HAWEE ausländische Arbeitskräfte aus der Sowjetunion und Frankreich beschäftigt. Die Geschäftsführung sah die „Fremdarbeiter“ mehr als notwendiges Übel, denn als willkommene Verstärkung.

27./28. Juli 1943 Bei den alliierten Luftangriffen auf Hamburg (Unternehmen „Gomorrha“) werden die Gebäude der HAWEE fast vollständig zerstört. zehn Mitarbeiter sterben, davon drei als Luftschutzhelfer. Der Gesamtschaden wird auf 300 000 Reichsmark geschätzt.

1945 35 von 200 Werkstatt-Mitarbeitern überleben den Zweiten Weltkrieg, es können Personalakten, einige Büromaschinen und eine Kasse mit 6 500 RM in bar und ein paar Werkzeuge gerettet werden.

1949 Die HAWEE beschließt den Aufbau neuer Abteilungen – und läutet die Phase des Wachstums ein.

19. Dezember 1950 In einer schlichten Feier würdigt Senator Neuenkirch das dreißigjährige Jubiläum der Hamburger Werkstätten für Erwerbsbehinderte und dankt Behörden und Privatpersonen, die durch Auftragserteilungen die soziale Aufgabe dieses Unternehmens gefördert und unterstützt haben. Ausbildung und Beschäftigung seien das Ziel der HAWEE. 200 Personen arbeiten in der Tischlerei, Orthopädie, Korbmacherei, Bekleidungsabteilung und Weberei.

26. November 1956 Gründet Kurt Juster gemeinsam mit anderen Eltern den Verein zur Förderung spastisch gelähmter Kinder e.V. (heute Leben mit Behinderung Hamburg).

10. März 1958 Einweihung eines Beschäftigungsheim in der Richardstraße 60 für Jugendliche von 15 bis 25 Jahre.

31. März 1960 Ein bedeutsamer Tag für die Hamburger Werkstätten für Erwerbsbehinderte (HAWEE). Neben dem Versorgungsheim Farmsen wird an der August-Krogmann-Straße der Grundstein für eine neue Werkstatt gelegt. Bau und Einrichtung werden mit 3,75 Millionen Mark veranschlagt.

1962 Das Bundessozialhilfegesetz manifestiert den fürsorgeorientierten Umgang mit Menschen mit Behinderung.

1963 Erstmals werden Beschäftigte außerhalb der Werkstätten auf dem Friedhof Ohlsdorf als Gärtner eingesetzt.

Mai 1965 Im Jugendheim Bahrenfelder Straße (Ottensen) werden Räumlichkeiten für die Beschäftigung von zwölf Jugendlichen mit geistiger Behinderung eingerichtet.

Oktober 1965 In der Ohlstedter Straße (Wohldorf-Ohlstedt) wird ein weiteres Beschäftigungsheim eröffnet.

Herbst 1967 Die Werkstatt auf dem ehemaligen Kinderheim-Grundstück Billwerder Billdeich 424b wird eröffnet und in die Werkstätten der Arbeits- und Sozialbehörde eingegliedert.

1967 Ein neues Beschäftigtenheim mit Werkstatt im Bezirk Harburg: Der Tanzsaal einer ehemaligen Gaststätte im Göhlbachtal (Eißendorf) wird angemietet und umgebaut. 36 Arbeitsplätze stehen zur Verfügung. Die Beschäftigungsheime werden in der neu geschaffenen Abteilung „Beschäftigungswerkstätten für Behinderte“ zusammengefasst.

1968 Arbeiten rund 180 Beschäftigte – vor allem mit geistiger Behinderung – in den fünf Beschäftigungswerkstätten der Sozialbehörde Richardstraße, Bahrenfelder Straße, Ohlstedter Straße und Billwerder Billdeich sowie Göhlbachtal im Bezirk Harburg.

Anfang 1969 Die Sonderschule Groß Borstel am Lokstedter Damm wird fertig gestellt. Auch hier wird eine kleine provisorische Beschäftigungswerkstatt für 24 Menschen mit Behinderung eingerichtet.

Mitte 1972 Senat und Bürgerschaft stimmen dem Neubau der Zentralwerkstatt Südring mit geplanten Gesamtkosten von etwa 9,6 Millionen Mark zu. Es soll eine Anlernwerkstatt mit 120 Plätzen sowie rund 140 Dauer-Arbeitsplätzen entstehen.

6. Dezember 1973 Der Grundstein für die Zentralwerkstatt mit 260 Anlern- und Arbeitsplätzen im Südring wird durch Senator Weiß gelegt.

7. Dezember 1973 Eine neue Werkstatt mit 450 Plätzen wollen das Bundesministerium und die Bundesanstalt für Arbeit in Sasel finanzieren. Damit erhält die Behindertenwerkstatt in Farmsen, die mit ihren rund 360 Stellen aus den Nähten platzt, vorläufig Entlastung.

1. März 1974 Der Grundstein für das Heilpädagogische Zentrum auf der Elfenwiese in Marmstorf (Bezirk Harburg) wird gelegt. Hier entstehen Sonderkindertagesheime und Sonderschulen sowie in einem dritten Bauabschnitt eine Großwerkstatt.

1. Januar 1975 Die Werkstätten der Sozialbehörde werden durch die Bundesanstalt für Arbeit, heute Bundesagentur für Arbeit, als „Werkstatt für Behinderte (WfB)“ im Sinne des Schwerbehindertengesetzes anerkannt. Ab Juli desselben Jahres sind alle in den Werkstätten tätigen Beschäftigten mit Behinderung kranken- und rentenversichert. Dadurch ist in den Werkstätten eine vollständige Lohnbuchhaltung notwendig, was den Einsatz elektronischer Datenverarbeitung (EDV) erfordert.

23. April 1975
18. Juni 1975 Dietrich Anders wird Geschäftsführer der Hamburger Werkstatt 260 Plätze für vom Schicksal benachteiligte Mitbürger bekommt die Behindertenwerkstatt am Südring (Winterhude), deren Richtfest gefeiert wurde. Die neue Zentralwerkstatt, die auch ein Bewegungsbad erhält, soll vier von gegenwärtig sechs kleinen Einrichtungen dieser Art ersetzen, in denen Menschen mit Behinderung nur unzureichend gefördert werden.

23. September 1975 Grundsteinlegung für eine neue Werkstatt am Meiendorfer Mühlenweg durch Senator Ernst Weiß. Dort entstehen für insgesamt 28 Millionen Mark 600 Trainings- und Arbeitsplätze, Sozial-, Therapie- und Behandlungsbereiche für körperlich, geistig, psychisch und mehrfach behinderte Menschen.

Mitte 1977 Insgesamt arbeiten in den Werkstätten der Sozialbehörde 335 Menschen mit Behinderung – im Südring 169, in der Richardstraße 61, in den Gartengruppen auf dem Friedhof Ohlsdorf und im Stadtpark 21 und im Bezirk Harburg 84 Menschen mit Behinderung.

1. November 1976 Einzug in den Südring. Noch im selben Jahr werden die kleinen Außenwerkstätten Bahrenfelder Straße, Billwerder Billdeich, Lokstedter Damm und Ohlstedter Straße aufgelöst.

1. Januar 1978 Die Werkstätten der Sozialbehörde werden in einen Landesbetrieb umgewandelt und Ferdinand Schäfers wird der erste Geschäftsführer.

Januar 1978 Zum ersten Mal wird in den Winterhuder Werkstätten eine Interessensvertretung der Beschäftigten gewählt. Verbesserungen am Arbeitsplatz und im täglichen Zusammenleben sind vorrangige Themen.

8. April 1978 Richtfest am Nymphenweg: Die Marmstorfer Werkstatt wird mit 260 Plätze geplant.

26. April 1978 Nach insgesamt fast vierjähriger Bauzeit wird die Großwerkstatt am Südring eingeweiht. Der Elfeinhalb-Millionen-Mark-Bau ist unterteilt in eine Eingangsstufe sowie einen Trainings- und einen Produktionsbereich und bietet Arbeitsplätze für insgesamt 340 Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen.

August 1979 Alle Gebäudeteile am Nymphenweg sind fertig, die Großwerkstatt im Bezirk Harburg nimmt ihren Betrieb auf. Im Nymphenweg werden beispielsweise in der Druckerei Broschüren gefertigt und in der Holzverarbeitung Verpackungskisten getischlert. Mit Bezug des 14-Millionen-Mark-Baus wird das Provisorium Göhlbachtal aufgelöst.

1980 Kommt zu den Gartengruppen auf dem Friedhof Ohlsdorf und im Stadtpark eine weitere auf dem Gelände des Pflegeheims Oberaltenallee hinzu.

August 1980 Die Werkstättenverordnung tritt in Kraft. Sie regelt die Anforderungen an eine Werkstatt. Für etwa 40 tariflich Beschäftigte bedeutet dies, die benötigte sonderpädagogische Zusatzqualifikation nachzuholen.

1980 Die Winterhuder Werkstätten präsentieren sich erstmals auf der Messe „Du und Deine Welt“.

Juni 1981 In Farmsen wird die erste barrierefreie öffentliche Bücherhalle gebaut. Sie ist speziell auf die Bedürfnisse von Rollstuhlfahrern zugeschnitten. In der Nähe liegt das Berufsförderungswerk für Umschüler mit körperlicher Behinderung, die Werkstatt für behinderte Menschen und die Schule für Kinder mit körperlicher Behinderung am Tegelweg.

August 1982 Trotz des Baus der Großwerkstätten Nymphenweg und am Südring besteht steigender Bedarf an Werkstattplätzen. Deshalb werden ab August 1982 vier Räume der ehemaligen Volksschule Klotzenmoorstieg 2 (Groß Borstel) als Werkstatt genutzt. In den Folgejahren werden hier weitere provisorische Plätze eingerichtet.

Oktober 1983 Im Südring entsteht eine sogenannte Ausgangsgruppe. Durch gezielte Förderung sollen die knapp zehn Beschäftigten auf eine Tätigkeit in der Wirtschaft vorbereitet werden.

Oktober 1984 In Hamburg findet der Werkstättentag statt. Zum „Abend der Begegnung“ kommen rund 900 Teilnehmer in die Werkstatt Südring.

19. Mai 1986 Die Elbe-Werkstätten werden als eine GmbH für den Einzugsbereich im Süderelbe-Raum, Altona und Bergedorf gegründet. Ihr erster Geschäftsführer und Gründer ist Bodo Schümann.

August 1986 Am Lohbrügger Markt eröffnet der erste Werkstattladen außerhalb der Werkstatt. Das etwa 45 Quadratmeter große Geschäft bietet Holz-, Keramik-, Textil- und Papierwaren. Er wird von zwei Mitarbeiterinnen und zwei ehrenamtlichen Helferinnen betrieben.

1. Januar 1987 Erhält der Landesbetrieb einen neuen Namen: Winterhuder Werkstätten.

1. Januar 1987 Die Werkstatt Nymphenweg wird aus dem Landesbetrieb ausgegliedert und in die neue Elbe-Werkstätten GmbH überführt. Die Zahl der Mitarbeiter mit Behinderung sinkt dadurch von 762 im Jahr 1986 auf 489 ein Jahr später.

September 1987 Eröffnung der Kantine „Tiffany“ in den Arbeitsgerichten Osterbekstraße (Barmbek-Süd). Die Winterhuder Werkstätten betreiben ihr erstes gastronomisches Angebot außerhalb der eigenen Räumlichkeiten. Sechs Mitarbeiter finden hier Arbeit.

September 1987 Höhepunkt der vielen sportlichen Aktivitäten ist ein großes Spiel- und Sportfest auf der Jahn-Kampfbahn mit etwa 400 Teilnehmern.

November 1987 erscheint die erste Ausgabe der „Winterhuder Werkstattzeitung“ (WWZ).

März 1988 Die Blindenwerkstatt Wismarer Straße (St. Georg) wird übernommen und als Abteilung „Besen-/ Bürstenwaren und Stuhlflechterarbeiten“ in die Werkstatt Klotzenmoorstieg integriert. Dadurch wächst diese um weitere 17 Plätze auf 173.

1990 Dem Doppelziel sowohl einer dauerhaften Beschäftigung der Mitarbeiter mit Behinderung als auch einer Verbesserung der Einnahmen dient das „Tee-Projekt“. Hierbei werden verschiedene Teesorten von einem Hamburger Teehandelshaus bezogen, verpackt und unter eigenem Namen vertrieben.

1991 Der zweite Umbauabschnitt der Werkstatt Klotzenmoorstieg wird fertig. Ein erheblich erweitertes Raumangebot, auch für weitere Gruppen, steht zur Verfügung. Auch die Bäckerei nimmt ihren Betrieb auf.

23. Januar 1991 Friedenskundgebung der Elbe-Werkstätten zum Golfkrieg.

Mai 1992 Die Tischlerei zieht vom Südring in neu hergerichtete Räumlichkeiten im Klotzenmoorstieg.

1992 Die Winterhuder Werkstätten beteiligen sich zum zwölften Mal an der Messe „Du und deine Welt“.

1. August 1992 Die Sozialbehörde richtet den Fachdienst „Hamburger Arbeitsassistenten“ für die berufliche Integration von Menschen mit geistigen Behinderungen ein. Er wendet sich vor allem an Menschen mit Behinderung, die außerhalb der Werkstatt Arbeit finden möchten.

Ende 1992 Wird die Zweigwerkstatt Richardstraße in ihrer bestehenden Form durch Umzug von drei Gruppen in die Werkstatt Klotzenmoorstieg aufgelöst, um Platz zu schaffen für eine Werkstatt für psychisch Erkrankte.

1993 Einweihung einer neuen Werkstatt in Neuallermöhe, Bergedorf.

1994 Es erfolgt die Abkehr von der bisherigen Selbstkostenerstat-

1994 tung mit Gewinn- und Verlustausgleich: Fortan werden mit allen Hamburger Werkstätten im Rahmen ihrer Finanzierung nur noch feste Kostensätze vereinbart. So soll eine wirtschaftliche Betriebsführung der Werkstätten „belohnt“ werden. Grund der neuen Praxis ist die Änderung des Bundessozialhilfegesetzes

1994 Die Interessensvertreter der Beschäftigten der Winterhuder Werkstätten fordern die Beteiligung an Bewerbungsgesprächen. 1997 wird dies umgesetzt.

20. April 1994 Bodo Schümann gibt die Geschäftsführung der Elbe-Werkstätten an Jürgen Lütjens ab.

21. September 1994 Auf dem ehemaligen Brauereigelände am Altonaer Friesenweg entstehen ein neuer Gewerbehof und eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Die Fertigstellung der Werkstatt mit 180 behindertengerechten Arbeitsplätzen wird für Dezember 1995 geplant, der letzte der beiden Bauabschnitte für den Gewerbehof soll 1996 beendet werden.

1995 Die Werkstatt für Menschen mit psychischer Behinderung geht in der Richardstraße als „Eilbek-Service“ in Betrieb. Er bietet rund 30 Arbeitsplätze – unter anderem im neuen Fahrradladen mit Reparaturwerkstatt.

28. Juli 1995 Weitere Außenarbeitsplätze entstehen bei den Winterhuder Werkstätten – in einem Kfz-Betrieb, einem kunststoffverarbeitenden und einem feinmechanischen Unternehmen.

1996 Die Hamburger Werkstatt feiert ihr 75. Jubiläum.

22. März 1996 Die 1985 durch das Landesamt für Rehabilitation festgelegten Einzugsbereiche für die vier Werkstätten in Hamburg, Alsterdorfer Werkstätten (heute alsterarbeit gGmbH), Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburger Werkstatt GmbH und Winterhuder Werkstätten, werden aufgehoben.

26. April 1996 Die „Korkkampagne“ wird ins Leben gerufen: Aus alten Korken fertigen die Beschäftigten ökologische Baudämmstoffe.

1998 Der Neubau der Werkstatt am Friesenweg (Othmarschen) wird eingeweiht. In dem Gewerbegebäude finden 180 Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz.

1999 Die Interessenvertretung der Mitarbeiter mit Behinderung heißt fortan Werkstatttrat. Grund ist eine neue Mitwirkungsverordnung.

Das Theater-Ensemble „Minotauros Kompanie“ wird gegründet und verbindet Theater mit Inklusion.

2000 Wolfgang Pritsching wird Geschäftsführer des Winterhuder Werkstätten.

24. Juni 2002 Michael Sander löst Dietrich Anders als Geschäftsführer der Hamburger Werkstatt ab.

20. September 2002 Jürgen Lütjens übernimmt die Geschäftsführung der Elbe-Werkstätten. Sie macht sechs Millionen Euro Umsatz.

2003 Dietrich Anders verlässt nach 29 Jahren als Geschäftsführer die Hamburger Werkstatt.

2005 Das Berufsbildungsprojekt „Jobvision“ geht an den Start: Es ermöglicht Menschen mit psychischer Behinderung durch individuelle Begleitung und Praktika den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

17. Nov. 2006 Wolfgang Müller wird Geschäftsführer der Winterhuder Werkstätten.

Dezember 2006 Die UN-Charta über die Rechte von Menschen mit Behinderung wird verabschiedet. Sie definiert, dass die Menschenrechte für alle Menschen gelten. Staaten haben die Einhaltung dieser Menschenrechte zu gewährleisten. Ausgrenzende und damit behindernde Strukturen sind konsequent abzubauen.

2006 Unter dem Namen „PIER Holding GmbH“ und mit Jürgen Lütjens als erstem Sprecher vereinen sich die Elbe-Werkstätten und die Hamburger Werkstatt GmbH. Die Winterhuder Werkstatt stößt im Folgejahr dazu, nachdem sie zum Oktober 2007 in eine GmbH umgewandelt wird.

23. Okt. 2007 Wolfgang Pritsching bleibt auch nach der Überführung der Winterhuder Werkstätten in eine GmbH deren Geschäftsführer.

Januar 2008 Das neue Schulbistro wird im Wirtschaftsgymnasium auf St. Pauli eröffnet.

Mai 2008 Nach dem Vorbild des „Eilbek-Service“ entsteht in Groß Borstel das Fahrradfachgeschäft „Die Kette“.

24. Februar 2009 Der Deutsche Bundestag ratifiziert die UN-Charta über die Rechte von Menschen mit Behinderung.

15. Sep. 2009 Jürgen Lütjens wird Geschäftsführer der Hamburger Werkstatt.

2010 Die Elbe-Werkstätten übernehmen die Funktion der PIER Holding Gesellschaft als Dachorganisation.

1. Sept. 2010 Detlef Scheele übernimmt die Geschäftsführung der Elbe-Werkstätten.

6. Sept. 2010 Detlef Scheele wird, zunächst gemeinsam mit Wolfgang Pritsching, Geschäftsführer der Winterhuder Werkstätten GmbH.

Oktober 2010 Rolf Tretow wird gemeinsam mit Detlef Scheele Geschäftsführer der Elbe-Werkstätten.

12. Okt. 2010 Detlef Scheele übernimmt auch die Geschäftsführung der Hamburger Werkstatt.

2011 Die Winterhuder Werkstätten und die Hamburger Werkstatt geben ihre Eigenständigkeit auf und fusionieren dadurch komplett mit den Elbe-Werkstätten.

1. Oktober 2011 Anton Senner wird Geschäftsführer bis zum 31. Dezember 2016.

März 2013 Der Anteil der Außenarbeitsplätze steigt stetig an: „Elbe“ schließt eine Partnerschaft mit Lidl ab, die es Beschäftigten ermöglicht, im Logistikzentrum Wennerstorf in der elektronischen Artikelsicherung zu arbeiten.

2014 Die Elbe-Werkstätten spenden 500 selbst gefertigte „Guttasyn“-Schürzen für den Kampf gegen Ebola in Westafrika.

12. Januar 2015 Die über 35 Jahre alte Großküche in Sasel wird für 1,9 Millionen Euro saniert. So können die CO₂-Emissionen um 70% gesenkt und spezielle Schallschutzdecken eingebaut werden.

17. April 2015 Der UN-Länderausschuss für Deutschland spricht sich für einen schrittweisen Abbau aller Werkstätten für Menschen mit Behinderung aus, um einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen. Nur so könne man die Ziele der UN-Charta erreichen.

6. September 2016 Durch eine Kooperation mit tesa können 14 Beschäftigte auf dem Firmengelände unter freiem Himmel arbeiten: Sie mähen Rasenflächen, schneiden Hecken und Sträucher und pflegen Blumenbeete.

Oktober 2016 Eine neue Außenarbeitsgruppe nimmt ihre Arbeit bei der Hans Hepp GmbH auf: Hier werden bis heute Verbandtaschen und -kästen mit erste-Hilfe-Produkten befüllt.

1. Januar 2017 Carsten Möbs übernimmt die Geschäftsführung.

2018 Die Dienstleistungstochter PIER Service & Consulting GmbH geht im Zuge der Verschmelzung in die Elbe-Werkstätten GmbH auf.

April 2019 Das Theater-Ensemble „Minotauros Kompanie“ feierte die Premiere ihres Musiktheaterspektakels „There’s something wrong with you“. Auf dem Schauspielplatz rund um die Elbphilharmonie werden mit Gesangseinlagen alle möglichen Menschengruppen (Politiker, Manager, Demonstranten) aus dem Blickwinkel eines Menschen mit Behinderung portraitiert.

2020 Als Nachfolgeorganisation der Hamburger Werkstatt feiern die Elbe-Werkstätten ihr 100-jähriges Jubiläum.

Danksagung

Die Freude, sich mit der Geschichte der Elbe-Werkstätten beschäftigen und sie nach zu zeichnen, hat mich während der Recherche beflügelt, erinnerte sie mich doch an meine Kindheit, als ich meinem Großvater, Bernhard Kriete, in den Winterhuder Werkstätten besuchen durfte. Er bildete dort nach seiner aktiven Zeit Buchbinder aus. Vieles hat sich seitdem verändert: Das Umfeld, die Beteiligung von Menschen mit Behinderung in und an der Gesellschaft und ja, auch weiße Mäntel der Ausbilder sieht man nicht mehr. Dafür beeindruckt heute wie damals die Menschlichkeit, die durch die Flure weht, der man in den ganz vielschichtigen Arbeitsumfeldern begegnet. Allen, die dazu beitragen, gilt mein besonderer Dank.

Ein Buch wie dieses ist immer auch Ergebnis einer Teamarbeit. Für vielfältige Unterstützung möchte ich mich bei Rolf Tretow, Karen Schierhorn, Cosima Hansen, Bernd Marzi und Timo Eichhammer herzlich bedanken. Das Gespräch mit dem Werkstattträt hat mir tiefere Einblicke in den Lebens- und Arbeitsalltag ermöglicht. Auch dafür meinen herzlichen Dank.

Abschließend bleibt all jenen zu danken, die die Vorarbeiten erstellt haben, auf die ich zurückgreifen konnte. Stellvertretend für sie sei Dr. Bodo Schümann genannt und gedankt.

Hamburg im März 2020
Sven Tode

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Der Hofzweg Perkeo, Seite 12

Perkeos Maschgrä (k.A.) „Perkeo und seine Geschichte“, URL: <http://www.perkeo.org/perkeo>

Abbildung 3: Der „wundersame Blinde“ Conrad Paumann, Seite 12

Von Wintter, Heinrich Eduard (1881) „Abgebildete Person: Conrad Paumann“, URL: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/co/Conrad_Paumann_by_Heinrich_Eduard_von_Wintter.jpg

Abbildung 1: Beethoven mit Hörrohr, Seite 13

Climate Action Network International (2018) „Ludwig: Standing Room Only“, URL: <http://www.climateactionnetwork.org/blog/ludwig-standing-room-only>

Abbildung 4: Otto-Perl-Bund, Seite 19

Heimatverein Wildenhain e.V. (k.A.) „Otto Perl – Für uns heute noch von Bedeutung?“, URL: <https://www.heimatverein-wildenhain.de/persolichkeiten/otto-perl/>

Abbildung 5: Nationaltheater in Weimar, Seite 22

Weimar.de (k.A.) „Deutsches Nationaltheater Weimar“, URL: <https://www.weimar.de/kultur/buehnen/deutsches-nationaltheater-weimar/>

Abbildung 6: „Der Krüppel“, Seite 24

Vereinigung der Körperbehinderten Oesterreichs (1934) „Der Krüppel“, Nummer 7/8, Wien, URL: bidok.uibk.ac.at/bibliothek/archiv/kruempel/der-krueppel-1934-7-8.pdf

Abbildung 7: Die Hamburger Ausgangsanstalten, Seite 31

Hamburger Euthanasie-Opfer – Die Toten von 1939 – 1945 (k.A.) „Alle Ausgangs- und Zielanstalten“, URL: http://www.hamburger-euthanasie-opfer.de/images/ls_mapBig.png

Abbildung 8: NS-Propagandadarstellung, Seite 32

bpk-Bildagentur (k.A.) „Dia-Serie ‚Blut und Boden‘, Medien-ID: 30009704

Abbildung 9: Edward „Ed“ Roberts, Seite 41

Foundsf (2013) „Ed Roberts: The Father of Independent Living“, URL: http://www.foundsf.org/index.php?title=File:Stacks_image_5.png#filelinks

Abbildung 10: „Der Kampf für die Integration, Seite 46

Ernst Herb (1980) „Demonstration zum Frankfurter Reiseurteil 8.5.1980“, Archiv der beh. Pol. Selbsthilfe,

Abbildung 11: „UN Vollversammlung“, Seite 76

Gruban, Patrick (2006) „UN General Assembly“, flickr, URL: <https://www.flickr.com/photos/gruban/336920038/in/photostream/>

1 9 2 0
G E G R Ü N D E T
2 0 2 0
J U B I L Ä U M
3 1 0 0
A R B E I T S P L Ä T Z E
J A H R E

WIR GRATULIEREN DEN ELBE-WERKSTÄTTEN

Vielfalt und Inklusion sind für die Otto Group wichtige Bestandteile eines fortschrittlichen und verantwortungsvollen Unternehmens. Als Kooperationspartner begleiten wir die wichtige Arbeit der Elbe-Werkstätten und freuen uns auf viele weitere gemeinsame Jahre im Zeichen der Diversität.

Mehr zum Thema Inklusion findest du auf www.ottogroup.com

otto group